



Protokoll der Regierung des Kantons St.Gallen

Sitzung vom: 3. Dezember 2019 / Nr. 830

Neubau Verwaltungszentrum West (H123): Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale (NEZ)

- Nachtrag Projektskizze «Verwaltungszentrum West»; Genehmigung
- Projektauftrag Übergangslösung NEZ («ÜL-NEZ»); Erteilung
- Projektauftrag «NEZ – Technik und Organisation»; Erteilung

Auszug an: Stadtrat St.Gallen, Rathaus, 9001 St.Gallen

Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen, Neugasse 3,
9004 St.Gallen

Staatskanzlei / Finanzdepartement / Amt für Finanzdienstleistungen / Finanzkontrolle / Kantonspolizei / Sicherheits- und Justizdepartement / Baudepartement / Hochbauamt

- Beilagen:
- Nachtrag zur Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» [Beilage 1]
 - Projektauftrag Übergangslösung NEZ («ÜL-NEZ») [Beilage 2]
 - Projektauftrag «NEZ – Technik und Organisation» [Beilage 3]
 - Beilagen zu Projektaufträgen «ÜL-NEZ» und «NEZ – Technik und Organisation»:
 - 1) Terminplanung
 - 2) initiale Risikoanalyse
 - 3) Komplexitätsbeurteilung

Zugestellt am: 18. Dezember 2019

Das Baudepartement und das Sicherheits- und Justizdepartement berichten:

A. Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) genehmigte die Regierung die Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)». Die Projektdefinition ist derzeit in Arbeit. Als nicht priorisiertes Vorhaben ist das «VZW» Teil des aktuellen Hochbautenprogramms 2019 (RRB 2019/454). Mit dem «VZW», das auf dem Armstrong-Areal in St.Gallen-Winkeln entstehen soll, wird angestrebt, ein neues Sicherheits- und Verwaltungszentrum zu erstellen, in dem verschiedene Dienststellen und Einheiten zusammengeführt werden sollen (Kantonspolizei mit Kantonaler Notrufzentrale, Untersuchungsgefängnisse, Staatsanwaltschaft).

B. Im «VZW»-Vorhaben vorgesehen ist auch eine in den Bau integrierte Notruf- und Einsatzleitzentrale (NEZ), bestehend aus Betriebsräumen mit Arbeitsplätzen (Frontend NEZ) und – gemäss ursprünglicher Planung – eigenem Rechenzentrum (RZ-NEZ). Das Finanzdepartement wurde mit RRB 2017/847 eingeladen, für das Rechenzentrum in der Phase Projektdefinition die Frage «make or buy» zu beantworten, zumal für die Staatsverwaltung des Kantons St.Gallen eine Konsolidierung der Rechenzentren der Staatsverwaltung und



ihren angegliederten Organisationen von strategischer Bedeutung ist. Der Dienst für Informatikplanung (DIP) hat zwischenzeitlich die Resultate der Abklärungen im Bericht «SVZ-RZ, Grundlagen zum Entscheid make or buy»¹ zusammengestellt.

C. Das Einsatzleit- und Informationssystem (ELIS) ist Teil des Rechenzentrums der heutigen Kantonalen Notrufzentrale (KNZ). Das ELIS ist am Ende seines technischen Lebenszyklus von acht bis zehn Jahren angelangt und muss spätestens im Jahr 2024 ersetzt sein. Ein Ersatz am heutigen Standort der KNZ, dem Calatrava-Bau im Klosterhof, ist aus räumlichen und technischen Gründen nicht möglich.

D. Der Steuerungsausschuss «VZW» hat an seiner Sitzung vom 18. Juni 2019 auf Grundlage des Berichts des DIP entschieden, das Rechenzentrum «RZ-NEZ» als Sourcing-Lösung weiterzuverfolgen und demgemäss nicht in eigener kantonaler Verantwortung umzusetzen, sondern auf dem Dienstleistungsmarkt bei Drittanbietern einzukaufen. Durch den strategischen Beschluss zu Gunsten einer «buy»-Strategie für das Rechenzentrum «RZ-NEZ» resultierten zwei eigenständige Projekte, die in der Folge getrennt voneinander weiterbearbeitet werden:

- «Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale» mit einem abgesetzten Rechenzentrum (Projekt «ÜL-NEZ»)
- Neubau «Verwaltungszentrum West» ohne Rechenzentrum «RZ-NEZ» (Projekt «VZW»)

E. Mit dem Projekt «ÜL-NEZ» kann der dringliche Ersatz der heutigen KNZ termingerecht bis zum Jahr 2024 im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten realisiert werden. «ÜL-NEZ» besteht aus den Teilprojekten «Frontend NEZ», «Backend RZ» und «NEZ – Technik und Organisation»². Die drei Teile müssen als Ganzes bestehen, um den Übergangsbetrieb einer funktionsfähigen Notruf- und Einsatzleitzentrale erfüllen zu können. Mit der Übergangslösung «ÜL-NEZ» werden die Notruf- und Einsatzleitzentralen von Kanton und Stadt mindestens für einen Produkte-Lebenszyklus von acht bis zehn Jahren erhalten. Wird wie geplant der Bezug im Jahr 2024 sichergestellt und kann im Jahr 2033 eine endgültige Lösung im «VZW» bezogen werden, sind die Investitionen bezüglich «Backend RZ» wie auch jene bezüglich «NEZ – Technik und Organisation» geschützt. Das Projekt «ÜL-NEZ» steht unter hohem Zeitdruck. Der beiliegende Projektauftrag für «ÜL-NEZ» trägt diesem Umstand Rechnung und koordiniert einerseits die verschiedenen Teile unter sich; andererseits stellt er den Konnex zum Projekt «VZW» dar.

F. Aus Sicht des Kantons ist der Teil «NEZ – Technik und Organisation» ein Teilprojekt im Rahmen des Projekts «ÜL-NEZ». Hier ergibt sich indessen eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Stadt St.Gallen, da diese das bisher mit dem Kanton gemeinsam beschaffte und betriebene Einsatzleitsystem parallel zum Kanton ebenfalls ablösen wird. Gestützt auf die Ergebnisse einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Kanton und Stadt haben die Regierung und der Stadtrat am 15. bzw. 22. Oktober 2019 beschlossen, die technisch-organisatorische Ablösung des ELIS im Rahmen eines gemeinsamen Projektauftrags nach dem Modell «Abgesetzte Arbeitsplätze» anzugehen (RRB 2019/709). Aus diesen Gründen ist für die technisch-organisatorische Ablösung des ELIS ein eigenständiger Projektauftrag – der einerseits eng in den Projektauftrag «ÜL-NEZ» eingebettet ist und andererseits gemein-

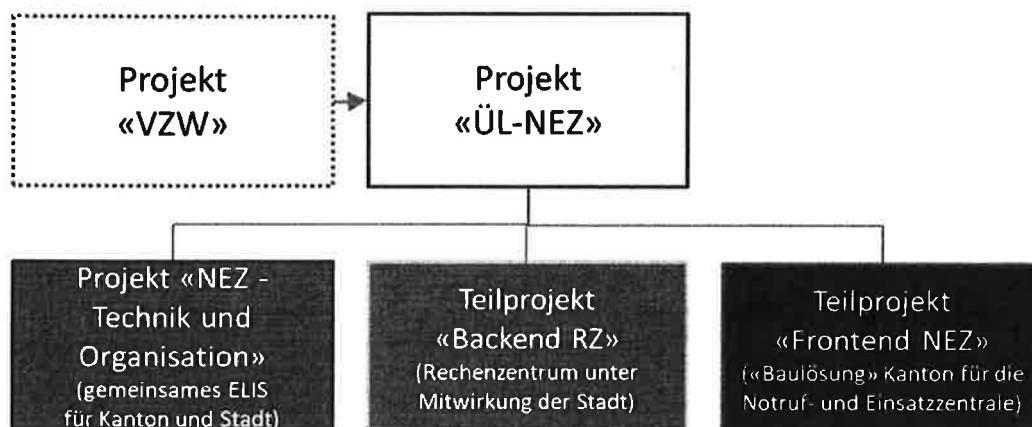
¹ SVZ = Sicherheits- und Verwaltungszentrum (siehe unten Bst. K).

² Im Rahmen der Projektarbeiten «VZW» wurde dieses Teilprojekt bisher als «Ausbau NEZ» bezeichnet. Der neue Begriff bringt zum Ausdruck, dass es um ein umfangreiches organisatorisches und technisches Ablöseprojekt für das ELIS geht, das überdies paritätisch mit der Stadt St.Gallen zu führen ist (siehe unten Bst. F).



sam mit der Stadt St.Gallen erarbeitet wurde – zu erteilen («NEZ – Technik und Organisation»). Für diesen Projektteil wird der Stadtrat St.Gallen seinerseits dem Projektauftrag zustimmen haben.

G. Grafisch lassen sich die verschiedenen Projekte und Teilprojekte wie folgt darstellen:



H. Gemäss Vorgaben im Zusammenhang mit dem Bericht 40.13.03 «Neugestaltung des Immobilienmanagements des Kantons St.Gallen» und der Immobilienverordnung (sGS 733.1) ist das Projekt «VZW» nach dem Immobilienprozess zu führen. Mit der Neuausrichtung dieses Projekts ohne NEZ können nun der Immobilienprozess und auch das öffentliche Beschaffungswesen ordnungsgemäss durchgeführt werden. Demnach werden zuerst der politische Genehmigungsprozess und anschliessend der Projektierungs- und Realisierungsprozess durchgeführt.

Das Projekt «ÜL-NEZ» wird nicht auf dem Armstrong-Areal realisiert. Stattdessen soll ein Rechenzentrum («Backend» bzw. «RZ-NEZ») auf dem freien Markt beschafft und ein geeigneter Standort für den Frontbetrieb der NEZ («Frontend NEZ») gefunden werden. Für das Projekt «Backend RZ» – das auch eine Erweiterung für ein Rechenzentrum für die ganze Staatsverwaltung ermöglichen soll – wird derzeit ein Projektauftrag unter Führung des Finanzdepartementes, in enger Abstimmung mit dem Kommando der Kantonspolizei, erarbeitet.

I. Durch das Sourcing des Rechenzentrums findet im Projekt «VZW» eine Entflechtung und somit eine inhaltliche und terminliche Entlastung statt. So ist namentlich keine vorgezogene, zeitkritische erste Bauetappe für eine neue Notruf- und Einsatzleitzentrale mehr erforderlich. Die Notruf- und Einsatzleitzentrale ist aber mit dem Teilbereich «Frontend NEZ» (Disponenten-Arbeitsplätze, Führungsräume und die zugehörigen Infrastrukturen) nach wie vor im Projekt «VZW» zu berücksichtigen.

J. Der bisherige Projektverlauf für das Vorhaben «VZW» stand unter einem hohen Termin- und Handlungsdruck. Der Projektierungsprozess musste bereits in der Phase Projektskizze parallel zum Genehmigungsprozess geführt werden. Es blieb wenig Zeit, um die strategischen und politischen Fragestellungen umfassend aufzuarbeiten und entsprechende Grundlagen bereitzustellen. Mit der Neuausrichtung wird im Projekt «VZW» nun der Termindruck reduziert. Der neue Fahrplan erlaubt es, die für eine Weiterbearbeitung notwendigen strategischen Grundlagen im erforderlichen Umfang aufzuarbeiten und bereitzustellen.



So sind insbesondere die Amts- bzw. Nutzerstrategien von zentraler Bedeutung, um daraus eine gesamtheitliche, vernetzte und politisch abgestützte Sichtweise hinsichtlich dem Projekt «VZW» ableiten zu können.

K. In der Arbeitsgruppe Kommunikation und im Steuerungsausschuss «VZW» wurde mehrfach kontrovers diskutiert, ob die Projektbezeichnung «Neubau Verwaltungszentrum West» noch korrekt ist. Nach Prüfung alternativer Projektbezeichnungen beschloss der Steuerungsausschuss an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2018 den neuen Projekttitel «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)». Mit der Neuausrichtung des «VZW» und mit der Vorlage des Nachtrags zur Projektskizze bietet sich die Gelegenheit, den Projekttitel von «Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» zu «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)» formell zu vollziehen und bis auf Weiteres diesen neuen Projekttitel zu verwenden.

L. Der Beschluss der Regierung vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) betreffend Genehmigung der Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West» hat, abgesehen von den als Folge des Sourcings des Rechenzentrums bzw. der Übergangslösung «ÜL-NEZ» resultierenden Änderungen, nach wie vor Gültigkeit. Die entsprechenden Änderungen sind im beiliegenden Nachtrag zur Projektskizze abgebildet.

Die Regierung erwägt:

1. Das Verwaltungszentrum West («VZW») ist wesentlicher Bestandteil der strategischen Überlegungen zur räumlichen Entwicklung der Zentralverwaltung. Die Zusammenlegung der in der Stadt St.Gallen angesiedelten Dienststellen der Kantonspolizei (einschliesslich Frontbetrieb NEZ), der Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsgefängnisse auf dem Armstrong-Areal in St.Gallen-Winkeln ist auch nach einer Neuausrichtung des «VZW» unbestritten.
2. Mit der Strategie, das Rechenzentrum der RZ-NEZ zu «sourcen», also auf dem freien Markt zu beschaffen, kann eine Entlastung des «VZW» erzielt und der Termindruck im Projektablauf für das «VZW» reduziert werden. Eine Erweiterung des Rechenzentrums auf weitere Teile der Staatsverwaltung («RZ-GOV») ist zu prüfen, darf aber die Arbeiten im Projekt «ÜL-NEZ» nicht behindern oder verzögern. Der unter Führung des Finanzdepartementes zu erarbeitende Projektauftrag für das «Backend RZ» ist zeitnah fertigzustellen und der Regierung vorzulegen.
3. Der sichere und unterbrechungsfreie Betrieb der KNZ hat höchste Priorität. Der Termindruck für die Ablösung des ELIS sowie von dessen Umsystemen in der KNZ bis spätestens im Jahr 2024 bleibt bestehen. Mit einem eigenständigen Projekt «ÜL-NEZ» kann der termingerechte Ersatz der KNZ sichergestellt und der Weiterbetrieb der NEZ für mindestens einen weiteren Produktlebenszyklus von acht bis zehn Jahren gewährleistet werden. Dabei ist für die Ablösung des ELIS – die aufseiten des Kantons ein Teilprojekt von «ÜL-NEZ» bildet – in Abstimmung mit dem Stadtrat St.Gallen ein gesonderter Projektauftrag zu erteilen («NEZ – Technik und Organisation»).
4. Durch die Neuausrichtung des Projekts «VZW» kann auf eine vorgezogene Realisierung einer «NEZ» auf dem Armstrong-Areal verzichtet werden, und dieses Projekt kann gemäss Immobilienprozess weiterentwickelt werden. Der politische Genehmigungsprozess erfolgt vorab und das öffentliche Beschaffungsrecht kann ordnungsgemäss eingehalten werden.



Der Planungs- und Realisierungsprozess erfolgt erst nachgelagert nach erfolgreicher Volksabstimmung.

5. Das «VZW» ist eines der grössten und komplexesten Projekte des Kantons St.Gallen. Als Zentrumsneubau auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen hat es strategische Bedeutung. Umso wichtiger sind die Grundlagen, auf deren Basis die Projektziele, der Bedarf und die Anforderungen an das Vorhaben erarbeitet und die Synergiepotenziale erkannt werden. Mit der Schwerpunktplanung der Regierung 2017 bis 2027 (28.17.01) und den Departementsstrategien liegen entsprechende übergeordnete strategische Grundlagen vor. Aufgrund des bisherigen Termindrucks konnten die Amts- bzw. Nutzerstrategien der vom «VZW» betroffenen Dienststellen noch nicht bereitgestellt werden. Die Neuausrichtung des «VZW» mit angepasstem Zeitplan erlaubt es nun aber, die entsprechenden Amts- bzw. Nutzerstrategien als Grundlagen für die weitere Projektierung zu erarbeiten oder zu aktualisieren. Im Rahmen der Bearbeitung der Projektdefinition für das Projekt «VZW» sind sie von zentraler Bedeutung.

6. Im Hinblick auf die weitere Projektbearbeitung, insbesondere für die Phasen Botschaft und Volksabstimmung, ist eine überzeugende und einprägsame Projektbezeichnung notwendig. Mit der neuen Bezeichnung «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)» kann diese Anforderung bis auf Weiteres erfüllt werden. Ab der Phase Projektdefinition soll daher in Zukunft ausschliesslich diese neue Projektbezeichnung verwendet werden. Ob die Bezeichnung «Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen» definitiv bleiben soll, wird aufgrund der künftigen Nutzung und Ausgestaltung zu überprüfen sein. Da keine oder nur wenige *Verwaltungsstellen* in diesem Zentrum geplant sind und das Schwergewicht der Nutzung auf polizeilichen und justiziellen Tätigkeiten liegen wird, scheinen Bezeichnungen im Sinn von «Polizei- und Justizzentrum», wie sie für vergleichbare Gebäude in Zürich und Schaffhausen verwendet werden, nicht abwegig. Jedenfalls scheint es verfrüht, schon heute die im Jahr 2033 geltende Bezeichnung definitiv zu fixieren.

7. Für die Vorbereitungs- und Realisierungsarbeiten der zeitkritischen Projekte «ÜL-NEZ» und «NEZ – Technik und Organisation» sind in der Erfolgsrechnung 2019 und 2020 bei der Kantonspolizei je 1,5 Mio. Franken Projektierungskosten budgetiert. Dieser Betrag von insgesamt 3 Mio. Franken steht zur Verfügung für die Vorbereitung der Ausschreibungen, für die Honorierung der – noch festzulegenden – Gesamtprojektleitung sowie für die weiteren Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten. Am (Teil-)Projekt «NEZ – Technik und Organisation» wird sich die Stadt St.Gallen mit einem noch zu definierenden Kostenanteil beteiligen. Bis zur Festlegung dieses Kostenteilers (dessen Erarbeitung Bestandteil des Projektauftrags ist) wird der Kanton die im Jahr 2020 auflaufenden Gesamtkosten vorschüssen; die Zusicherung der Stadt für die Rückzahlung liegt vor.

Die Regierung beschliesst:

1. Der Nachtrag zur Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» wird gemäss Beilage 1 genehmigt.
2. Das Baudepartement wird eingeladen, das Vorhaben «H123 Neubau Verwaltungszentrum West» mit Begleitung des Sicherheits- und Justizdepartementes im Rahmen der Neuausrichtung weiter voranzutreiben und die Projektdefinition zuhanden der Regierung zu erarbeiten.



3. Als Grundlage für die weitere Bearbeitung sind die Amts- bzw. Nutzerstrategien der vom «VZW» betroffenen Dienststellen zu erarbeiten und der Regierung zeitgerecht zur Kenntnis zu bringen.
4. Ab der Phase Projektdefinition wird für das Projekt «VZW» bis auf Weiteres die Projektbezeichnung «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)» verwendet.
5. Der Projektauftrag für die Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale («ÜL-NEZ») wird gemäss Beilage 2 erteilt.
6. Der Projektauftrag «NEZ – Technik und Organisation» wird gemäss Beilage 3 erteilt; vorbehalten bleibt eine gleichlautende Beschlussfassung des Stadtrates St.Gallen.
7. Das Sicherheits- und Justizdepartement wird eingeladen, die in den Projektaufträgen vorgesehene externe Gesamtprojektleitung in Absprache mit der Direktion Soziales und Sicherheit nach den Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungsrechts auszu-schreiben und der Regierung den Antrag auf Zuschlag zu unterbreiten.
8. Das Finanzdepartement wird eingeladen, zeitnah und in enger Abstimmung mit dem Kommando der Kantonspolizei den Projektauftrag «Backend RZ» im Sinn der Erwägungen vorzubereiten.
9. Die im Jahr 2020 auflaufenden Kosten für Vorbereitungs- und Projektarbeiten werden durch den Kanton vorfinanziert, bis die Kostenteilung mit der Stadt St.Gallen ausge-handelt ist.





Nachtrag Projektskizze Hochbauten

H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)

Federführung:
Baudepartement

Datum: 3. Dezember 2019

Verfasser:
Projektentwicklung HBA, Roger Rüfli



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Vorgeschichte und Ausgangslage	6
1.1 Ausgangslage Projekt VZW	6
1.2 Neuausrichtung Projekt «VZW»	7
1.3 Bisher erbrachte Vorleistungen	8
1.4 Abgrenzung und Abhängigkeiten	8
1.5 Dringlichkeit und Zeitrahmen	8
2 Problem- und Aufgabenstellung VZW	9
2.1 Strategische Grundlagen und Rahmenbedingung	9
3 Ziele und Lösungsstrategien	10
3.1 Vorgezogene Prozesse und Massnahmen	10
3.2 Chancen und Gefahren	10
4 Berührungspunkte zu anderen Vorhaben	11
5 Projektabwicklung VZW	11
5.1 Projektorganisation und -controlling	12
5.1.1 Steuerungsausschuss (SA)	12
5.1.2 Projektausschuss (PA)	13
5.1.3 Projektteam (PT)	13
5.1.4 Eigentümer	14
5.1.5 Nutzer	14
5.1.6 Planer	14
5.1.7 Gesamtprojektleiter Bauherr	14
5.2 Zeitplan und Meilensteine «VZW»	14
5.3 Personelle Ressourcen	15
5.4 Finanzstruktur	15
5.5 Projektmarketing und -kommunikation	16
5.5.1 Neue Projektbezeichnung	16
5.6 Projektauswertung	16



6	Risiken	16
7	Wirtschaftlichkeit und Finanzen	17
8	Abkürzungsverzeichnis	17



Zusammenfassung

Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) genehmigte die Regierung die Projekt-skizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)». Die Projektdefinition ist derzeit in Arbeit. Als nicht priorisiertes Vorhaben ist das «VZW» Teil des aktuellen Hochbautenprogramms 2019 (RRB 2019/454). Mit dem VZW, das auf dem Armstrong-Areal in St.Gallen-Winkeln entstehen soll, wird angestrebt, ein neues Sicherheits- und Verwaltungszentrum zu erstellen, in dem verschiedene Dienststellen und Einheiten zusammengeführt werden sollen (Kantonspolizei mit Kantonaler Notrufzentrale, Untersuchungsgefängnisse, Staatsanwaltschaft).

Im VZW-Vorhaben vorgesehen ist auch eine in den Bau integrierte Notruf- und Einsatzleitzentrale (NEZ), bestehend aus den Betriebsräumen mit Arbeitsplätzen (Frontend NEZ) und – gemäss ursprünglicher Planung – eigenem Rechenzentrum (RZ-NEZ). Das Finanzdepartement wurde deshalb mit RRB 2017/847 eingeladen, für das Rechenzentrum in der Phase Projektdefinition die Frage «make or buy» zu beantworten, zumal für die Staatsverwaltung des Kantons St.Gallen eine Konsolidierung der Rechenzentren in der Staatsverwaltung (Government) und ihren angegliederten Organisationen von strategischer Bedeutung ist. Der Dienst für Informatikplanung (DIP) hat zwischenzeitlich die Resultate der Abklärungen im Bericht «SVZ-RZ, Grundlagen zum Entscheid make or buy» zusammengestellt.

Das Einsatzleit- und Informationssystem (ELIS) ist Teil des Rechenzentrums der heutigen Kantonalen Notrufzentrale (KNZ). Das ELIS ist am Ende seines Lebenszyklus von 8 bis 10 Jahren angelangt und muss spätestens im Jahr 2024 ersetzt sein. Ein Ersatz am heutigen Standort der KNZ, dem Calatrava-Bau im Klosterhof, ist aus räumlichen und technischen Gründen nicht möglich.

Der Steuerungsausschuss «VZW» hat an seiner Sitzung vom 18. Juni 2019 auf Grundlage des Berichts des DIP entschieden, das Rechenzentrum NEZ als Sourcing-Lösung weiterzuverfolgen und nicht in eigener kantonaler Verantwortung umzusetzen, sondern auf dem Dienstleistungsmarkt bei Drittanbietern einzukaufen. Durch den strategischen Beschluss zu Gunsten der «buy»-Strategie des Rechenzentrums NEZ resultierten zwei eigenständige Projekte, welche in der Folge getrennt voneinander weiterbearbeitet werden:

- «Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale» mit einem abgesetzten Rechenzentrum (Projekt «ÜL-NEZ»)
- Neubau «Verwaltungszentrum West» ohne Rechenzentrum NEZ (Projekt «VZW»)

Mit dem Projekt «ÜL-NEZ» kann der dringliche Ersatz der heutigen KNZ termingerecht bis im Jahr 2024 im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten realisiert werden. «ÜL-NEZ» besteht aus den Teilprojekten «Frontend NEZ», «Backend RZ» und «NEZ – Technik und Organisation»¹. Die drei Teilprojekte müssen als Ganzes bestehen, um den Übergangsbetrieb einer funktionsfähigen Notruf- und Einsatzleitzentrale erfüllen zu können. Mit der Übergangslösung «ÜL-NEZ» wird beabsichtigt, die Notruf- und Einsatzleitzentrale mindestens für einen Produkte-Lebenszyklus von 8 bis 10 Jahren zu erhalten. Wird wie geplant der Bezug im Jahr 2024 sichergestellt und kann im Jahr 2033 eine endgültige Lösung im «VZW» bezogen werden, sind die Investitionen im Teilprojekt «Backend RZ» wie auch jene bezüglich «NEZ – Technik und Organisation» geschützt.

Gemäss Vorgaben des Kantonsratsbeschlusses zur «Neugestaltung des Immobilienmanagements des Kantons St.Gallen» (40.13.03) ist das Projekt «VZW» nach dem Immobilienprozess zu

¹ Im Rahmen der Projektarbeiten «VZW» wurde dieses Teilprojekt bisher als «Ausbau NEZ» bezeichnet. Der neue Begriff bringt zum Ausdruck, dass es um ein umfangreiches organisatorisches und technisches Ablöseprojekt für das ELIS geht, das überdies paritätisch mit der Stadt St.Gallen zu führen ist).



führen. Mit der Neuausrichtung des Projektes «VZW» (ohne RZ-NEZ) können nun der Immobilienprozess und auch das öffentliche Beschaffungswesen ordnungsgemäss durchgeführt werden. Demnach werden zuerst der politische Genehmigungsprozess und anschliessend der Projektierungs- und Realisierungsprozess geführt. Das Projekt «ÜL-NEZ» wird demzufolge nicht auf dem Armstrong-Areal realisiert. Stattdessen soll ein Rechenzentrum («Backend RZ») auf dem freien Markt beschafft und ein geeigneter Standort für den Frontbetrieb der NEZ («Frontend NEZ») gefunden werden.

Durch das Sourcing des Rechenzentrums NEZ findet im Projekt «VZW» eine Entflechtung und somit eine inhaltliche und terminliche Entlastung statt. So ist im Projekt «VZW» keine vorgezogene erste Baustappe für eine neue Notruf- und Einsatzleitzentrale mehr erforderlich. Die Notruf- und Einsatzleitzentrale ist aber mit dem Teilbereich «Frontend NEZ» (Disponenten-Arbeitsplätze, Führungsräume und die zugehörigen Infrastrukturen) nach wie vor im Projekt «VZW» zu berücksichtigen.

Der bisherige Projektverlauf für das Vorhaben «VZW» stand unter einem hohen Termin- und Handlungsdruck. Der Projektierungsprozess musste bereits in der Phase Projektskizze parallel zum Genehmigungsprozess geführt werden. Es blieb wenig Zeit, um die strategischen und politischen Fragestellungen umfassend aufzuarbeiten und entsprechende Grundlagen bereitzustellen. Mit der Neuausrichtung wird im Projekt «VZW» nun der Termindruck reduziert. Der neue Fahrplan erlaubt es, die für eine Weiterbearbeitung notwendigen strategischen Grundlagen im erforderlichen Umfang aufzuarbeiten und bereitzustellen. So sind insbesondere die Amts- bzw. Nutzerstrategien von zentraler Bedeutung, um daraus eine gesamtheitliche, vernetzte und politisch abgestützte Sichtweise hinsichtlich dem Vorhaben «VZW» ableiten zu können.

In der Arbeitsgruppe Kommunikation und im Steuerungsausschuss «VZW» wurde mehrfach kontrovers diskutiert, ob die Projektbezeichnung «Neubau Verwaltungszentrum West» noch korrekt ist. Nach Prüfung alternativer Projektbezeichnungen beschloss der Steuerungsausschuss an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2018 den neuen Projekttitel «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)». Mit der Neuausrichtung des «VZW» und mit der Vorlage des Nachtrags zur Projektskizze bietet sich die Gelegenheit, den Projekttitel von «Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» zu «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)» formell zu vollziehen und inskünftig den neuen Projekttitel zu verwenden.

Der Beschluss der Regierung vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) betreffend Genehmigung der Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» hat, abgesehen von den als Folge des Sourcings des Rechenzentrums bzw. der Übergangslösung NEZ resultierenden Änderungen, nach wie vor Gültigkeit. Die Neuausrichtung des «VZW» wird der Regierung mit dem vorliegenden Nachtrag zur Projektskizze gleichzeitig mit dem Projektauftrag «ÜL-NEZ» zum Beschluss unterbreitet.



1 Vorgeschichte und Ausgangslage

1.1 Ausgangslage Projekt VZW

Das Vorhaben «Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» betrifft das Hochbauamt (HBA) als Eigentümerversorger, Betreiber und Bauherr sowie das Sicherheits- und Justizdepartement (SJD) mit der Kantonspolizei (KAPO) inkl. Kantonalen Notrufzentrale (KNZ), dem Kantonalen Führungsstab (KFS) des Amtes für Militär- und Zivilschutz (AfMZ), der Staatsanwaltschaft (StA) sowie dem Amt für Justizvollzug (AJV) als Nutzer. Das «VZW» ist wesentlicher Bestandteil der strategischen Überlegungen der Regierung zur räumlichen Entwicklung der Zentralverwaltung. Mit dem Erwerb der Liegenschaft Kunklerstrasse im Jahr 2014 (Armstrong-Areal) konnte eines der letzten grossen Areale in der Stadt St.Gallen für die angestrebte Nutzung des Kantons St.Gallen gesichert werden.

Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) genehmigte die Regierung die Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)». Zur Erreichung der Synergieschöpfungsziele im Vorhaben «VZW» und damit zur Lösung der mit der Genehmigung der Projektskizze erteilten Aufträge der Regierung wurde eine externe Nutzer- / Betriebsvertretung beauftragt und in der Projektorganisation dem Steuerungsausschuss direkt unterstellt.

Das Rechenzentrum (RZ) bzw. das Einsatzleit- und Informationssystem (ELIS) der heutigen Kantonalen Notrufzentrale (KNZ) und deren Umsysteme sind am Ende ihres technischen Lebenszyklus von 8 bis 10 Jahren angelangt und Wartungsverträge sowohl für die Software wie für die Hardware laufen aus. Der dringliche Ersatz des ELIS auf spätestens 2023 wird in der Projektskizze vom 12. Dezember 2017 ausgewiesen.

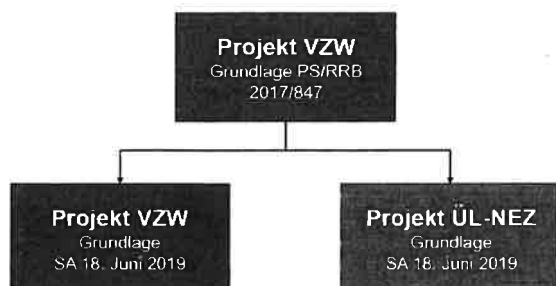
Im Jahr 2018 folgten umfassende Abklärungen im Sinne der im RRB 2017/847 festgehaltenen Aufträge. Unter anderem hat sich gezeigt, dass eine Integration von Infrastrukturen des Kantonalen Führungsstabes des AfMZ in das «VZW» bzw. in die neue Notrufzentrale weder notwendig noch zweckmässig ist. Die entsprechenden Anforderungen können für den weiteren Projektverlauf ausgeklammert werden. Des Weiteren wurde das Finanzdepartement eingeladen, eine Strategie zu den kantonalen Rechenzentren zu erarbeiten und dabei die Frage «make or buy» zu klären. Unter Mitberücksichtigung der spezifischen Anforderungen an ein Rechenzentrum für eine Notruf- und Einsatzleitzentrale (RZ-NEZ) wurde am 27. Februar 2019 der Bericht des FD-DIP «SVZ-RZ, Grundlagen zum Entscheid "make or buy"» vorgelegt. Darin wurde die «buy-Strategie» bzw. das Sourcing der kantonalen Rechenzentren empfohlen.

Am 18. Juni 2019 hat der Steuerungsausschuss (SA) «VZW» auf Grundlage dieser Ergebnisse beschlossen, dass das RZ-NEZ nicht durch den Kanton St.Gallen erstellt wird, sondern aus strategischen, ökonomischen und inhaltlichen Gründen auf dem freien Markt zu beschaffen ist (sogenanntes «Sourcing»). Ebenso beschloss er, das Projekt «VZW» aus inhaltlichen, finanziellen und zeitlichen Gründen in zwei unabhängigen Projekten zu lösen:

- Projekt «Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale» («ÜL-NEZ») mit einem abgesetzten Rechenzentrum für die Notruf- und Einsatzleitzentrale (NEZ) mit Inbetriebnahme spätestens im Jahr 2024
- Projekt «Verwaltungszentrum West» (VZW) ohne Rechenzentrum mit einer Inbetriebnahme im Jahr 2033



Abb: Grafische Übersicht der Neuausrichtung:



Die Projekte «VZW» und «ÜL-NEZ» sollen eigenständig organisiert und bearbeitet werden. Mit der gleichzeitigen Vorlage des Nachtrags zur Projektskizze «VZW» und dem Projektauftrag «ÜL-NEZ» wird die Regierung über den aktuellen Projektstand und über die Gliederung in die beiden eigenständigen Projekte informiert, sodass sie in der Folge über die skizzierte Neuausrichtung befinden kann.

Das neue Projekt «ÜL-NEZ» ist ein Ersatz der heutigen KNZ und somit ein Technik- bzw. IT-Projekt des SJD, verbunden mit einem Bauprojekt. Es gliedert sich in drei Teilprojekte wie folgt:

- Teilprojekt «Frontend NEZ»:
«Frontend NEZ» beinhaltet die Räume und die Infrastrukturen für die Disponenten-Arbeitsplätze der NEZ. «Frontend NEZ» ist eine Übergangslösung von acht bis zehn Jahren bis zum Bezug des «VZW» voraussichtlich im Jahr 2033.
- Teilprojekt «Backend RZ»:
Das «Backend RZ» beinhaltet Räume und die Infrastrukturen für die Aufnahme des Einsatzleit- und Informationssystems (ELIS) der NEZ sowie deren Umsysteme (Projekt «NEZ – Technik und Organisation»). «Backend RZ» soll auf dem freien Markt als definitive Lösung beschafft werden und spätere Erweiterungen für weitere Teile der Kantonsverwaltung (RZ-GOV) zulassen.
- Teilprojekt «NEZ – Technik und Organisation»²:
Die Notruf- und Einsatzleitzentrale besteht aus verschiedenen technischen Systemen und Anwendungen (ELIS). Diese sind mit den zugehörigen Umsystemen und den Disponenten-Arbeitsplätzen abzulösen. Der Ausbau findet für einen weiteren Lebenszyklus von acht bis zehn Jahren sowohl in dem bereitzustellenden «Backend RZ» wie auch am Standort der Disponenten-Arbeitsplätze «Frontend NEZ» statt.

In den weiteren Kapiteln wird nicht näher oder nur am Rande auf das Projekt «ÜL-NEZ» bzw. dessen Teilprojekte eingegangen. Weitere Informationen zum Projekt «ÜL-NEZ» sind dem separaten Projektauftrag «ÜL-NEZ» zu entnehmen.

1.2 Neuausrichtung Projekt «VZW»

Mit dem Entscheid des SA vom 18. Juni 2019, die kantonalen Rechenzentren zu «sourcen», erhält das Projekt «VZW» eine neue Ausrichtung wie folgt:

² Ehemals «Ausbau NEZ»; vgl. Fussnote 1.



- Das Projekt «VZW» beinhaltet weiterhin eine Notruf- und Einsatzleitzentrale (NEZ), allerdings nur noch mit einem «Frontend-NEZ» (Disponenten-Arbeitsplätze) ohne «Backend RZ» (Rechenzentrum/ELIS).
- Im Projekt «VZW» besteht kein Zeitdruck mehr für eine vorgezogene erste Bauetappe NEZ bis 2024. Der Immobilienprozess kann dadurch ordnungsgemäss umgesetzt werden.

1.3 Bisher erbrachte Vorleistungen

Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) genehmigte die Regierung die Projektskizze «H123 – Neubau Verwaltungszentrum West». Das Projekt «VZW» ist in dieser Projektskizze umfassend dokumentiert. Als nicht priorisiertes Vorhaben ist das Verwaltungszentrum West Teil des aktuellen Hochbautenprogramms 2019 (RRB 2019/454).

Vor dem Beschluss des SA vom 18. Juni 2019, das Projekt «VZW» aus inhaltlichen, finanziellen und zeitlichen Gründen neu auszurichten, sind die nachfolgenden wesentlichen Grundlagen erarbeitet worden:

- strategisches Nutzungskonzept für das «VZW» (5. März 2018, pom+)
- Entwurf strategisches Betriebskonzept für das «VZW» (6. Juni 2018, pom+)
- Flächen- und Raumbedarf für das «VZW» (17. Oktober 2018, Kernteam «VZW»)
- Gesamt-Konzept für das «VZW» inkl. Grobbaubeschrieb und Kostengrobschätzung (22. Februar 2019)
- Vorprojekt-Konzept für eine erste Etappe NEZ des «VZW» inkl. Grobbaubeschrieb und Grobkostenschätzung (22. Februar 2019)

Die vorgenannten Grundlagen und Dokumente finden weiterhin Verwendung, müssen aber auf die beschlossene Neuausrichtung angepasst werden. So sind z.B. die erbrachten Projektierungsleistungen nicht mehr als Grundlage für eine konkrete Umsetzung, sondern als Nachweis der Machbarkeit zu verstehen. In diesem Sinne liefern die bisher erarbeiteten Grundlagen weiterhin wertvolle Erkenntnisse für die Weiterbearbeitung.

Die weiteren, umfassenden Aufträge und vorgängigen Entscheide im Projekt «VZW» sind in den ordentlichen Projekt- und Steuerungsausschuss-Sitzungen «VZW» dokumentiert.

1.4 Abgrenzung und Abhängigkeiten

Mit der Übergangslösung «ÜL-NEZ» wird der Betrieb der NEZ mindestens für einen Produktlebenszyklus von 8 bis 10 Jahren erhalten. Wird wie geplant der Bezug «ÜL-NEZ» im Jahr 2024 sichergestellt und kann im Jahr 2033 die endgültige Lösung im «VZW» auf dem Armstrong-Areal bezogen werden, sind die Investitionen im Teilprojekt «Backend RZ» geschützt. Das Gleiche gilt grundsätzlich für das Teilprojekt «NEZ – Technik und Organisation», wobei nach Ablauf des Produktlebenszyklus zu analysieren sein wird, welche Bestandteile neu geregelt werden müssen. Die Bauten im Teilprojekt «Frontend NEZ» werden durch die neu bezogenen Räume im «VZW» abgelöst und damit obsolet.

Durch die Strukturierung der Projekte «VZW» und «ÜL-NEZ» bestehen in der Folge keine weiteren Abhängigkeiten der beiden Projekte zueinander.

1.5 Dringlichkeit und Zeitrahmen

Durch die Entflechtung von Rechenzentrum und «VZW» und durch die Realisierung einer Übergangslösung für die Notruf- und Einsatzleitzentrale für einen ELIS-Lebenszyklus von 8 bis 10 Jahren kann der Zeitdruck im Projekt «VZW» massgeblich reduziert werden.



Nach «ÜL-NEZ» soll der Weiterbetrieb des «Frontend NEZ» im «VZW» sichergestellt werden. Diese zeitliche Abhängigkeit bedingt für die NEZ im Projekt «VZW» eine Betriebsaufnahme im Jahr 2033. Diesbezüglich besteht also im Projekt «VZW» keine erhöhte Dringlichkeit mehr.

Eine nach wie vor hohe Dringlichkeit besteht dagegen im Projekt «VZW» hinsichtlich Erneuerung bzw. Ersatz der beiden Stadtgefängnisse. Die Sicherstellung eines konformen Betriebes bis im Jahr 2033 gilt es im Rahmen der Bearbeitung der Projektdefinition zu prüfen.

2 Problem- und Aufgabenstellung VZW

Durch das Sourcing des Rechenzentrums NEZ als endgültige Lösung reduziert sich die Problem- und Aufgabenstellung im Projekt «VZW» um diese Komponente. Für den Betrieb der Notruf- und Einsatzleitzentrale im «VZW» ist aber weiterhin das «Frontend-NEZ» mit den Disponenten-Arbeitsplätzen, den Führungsräumen und den zugehörigen Infrastrukturen vorzusehen.

Bezüglich Aufgabenstellung ergeben sich aus der Neuausrichtung des «VZW» folgende hauptsächlichen Auswirkungen und Änderungen gegenüber der Projektskizze vom 19. Dezember 2017:

- Im «VZW» ist kein Rechenzentrum NEZ mehr vorzusehen.
- Im «VZW» ist das «Frontend NEZ» (Disponenten-Arbeitsplätze, Führungsräume) der Notruf- und Einsatzleitzentrale weiterhin zu berücksichtigen. Es stellt den Fortbetrieb der NEZ für das «Frontend-NEZ» ab dem Jahr 2033 sicher.
- Der Immobilienprozess kann im Projekt «VZW» ordnungsgemäss umgesetzt werden.
- Eine vorgezogene Etappierung für eine NEZ im Projekt «VZW» ist nicht mehr erforderlich. Das Vorhaben kann ohne NEZ als Gesamtprojekt weiterbearbeitet werden.
- Die Zeitspanne zwischen Bezug «ÜL-NEZ» (2024) und «VZW» (2033) soll nicht über einen technischen ELIS-Zyklus von acht bis zehn Jahren hinausgehen.

In allen anderen Bestandteilen hat die Projektskizze vom 19. Dezember 2017 weiterhin Gültigkeit. Insbesondere bleibt die Problem- und Aufgabenstellung des dringlichen Erneuerungsbedarfs der beiden Stadtgefängnisse nach wie vor bestehen.

2.1 Strategische Grundlagen und Rahmenbedingung

Durch die Vorgabe einer Ersatzlösung NEZ bis 2024 stand der bisherige Projektverlauf «VZW» von Anfang an unter einem hohen Termindruck. Bereits in der Phase Projektskizze musste der Projektierungsprozess parallel zum Genehmigungsprozess geführt und es mussten bereits konkrete Projektvorgaben erarbeitet werden. Dabei blieb wenig Zeit, die strategischen und politischen Fragestellungen umfassend aufzuarbeiten und entsprechende Grundlagen bereitzustellen.

Mit der Neuausrichtung wird im Projekt «VZW» der Termindruck massgeblich reduziert und das Projekt kann ordnungsgemäss gemäss Immobilienprozess abgewickelt werden. Nach Genehmigung des Nachtrags zur Projektskizze durch die Regierung ist der Arbeitsbeginn für die Phase Projektdefinition auf Mitte 2020 vorgesehen. Dieser neue Fahrplan erlaubt es, die für eine Weiterbearbeitung notwendigen strategischen Grundlagen im erforderlichen Umfang aufzuarbeiten und bereitzustellen. So ist insbesondere die Aufarbeitung der Amts- bzw. Nutzerstrategien von zentraler Bedeutung, um daraus eine gesamtheitliche, vernetzte und politisch abgestützte Sichtweise hinsichtlich dem Vorhaben «VZW» ableiten zu können.



3 Ziele und Lösungsstrategien

Mit Beschluss vom 23. Dezember 2014 (RRB 2014/817) genehmigte die Regierung den Kaufvertrag für das sogenannte Armstrong-Areal «Grundstück W3019, Kunklerstrasse 9, St.Gallen-Winkel» und legte damit den Standort für das künftige Verwaltungszentrum fest.

Mit dem «VZW» kann die angestrebte strategische Entwicklung der Zentralverwaltung umgesetzt werden: Die Bündelung von Aufgaben im künftig grössten Verwaltungsstandort, die Aufhebung zahlreicher Mietobjekte und die Erneuerung der frei werdenden Objekte im Eigentum für Nachfolgenutzungen.

Die Zielformulierungen bleiben durch die Neuausrichtung für das Projekt «VZW» unverändert. Gemäss Entscheid des Steuerungsausschusses (SA) vom 18. Juni 2019 ist das Vorhaben «VZW» auf dem Armstrong-Areal unbestritten.

Auch die Lösungsstrategie gemäss Projektskizze vom 19. Dezember 2017 hat im Grundsatz auch mit der Neuausrichtung des «VZW» weiterhin Bestand.

3.1 Vorgezogene Prozesse und Massnahmen

Bezüglich Prozessen und vorgezogenen Massnahmen resultieren aus der Neuausrichtung des Projektes «VZW» folgende hauptsächlichen Änderungen gegenüber der Projektskizze vom 19. Dezember 2017:

- der Projektierungsprozess kann ordentlich gemäss Immobilienkonzept im Anschluss an den Genehmigungsprozess geführt werden;
- es werden keine vorgezogenen Rückbaumassnahmen der Bestandsbauten auf dem Armstrong-Areal benötigt;
- es wird keine vorgezogene erste Bauetappe NEZ mehr benötigt.

Nach wie vor Gültigkeit hat das Vorziehen eines allfälligen Umzonungs- und/oder Sondernutzungsverfahrens, um für das Vorhaben «VZW» entsprechende Planungssicherheit zu erlangen.

Der Projektstand im Sommer 2018 sah die Umsetzung einer ersten Bauetappe NEZ für das Jahr 2024 vor. Als vorgezogene Massnahme war dabei geplant, mit den Rückbauarbeiten im Jahr 2020 zu starten. Aufgrund dessen wurden sämtliche bestehenden Mietverhältnisse auf dem Armstrong-Areal aufgekündigt. Mit der Neuausrichtung des «VZW» ist nun nicht mehr mit einer Bautätigkeit auf dem Armstrong-Areal vor dem Jahr 2026 zu rechnen. Aufgrund dieser neuen Zeitverhältnisse ist das Hochbauamt bereits daran, bestehende Vermietungen aufrechtzuerhalten und neue Mietverhältnisse zu generieren.

3.2 Chancen und Gefahren

Chancen

Die neue Ausgangslage bietet die Chance, das Gesamtprojekt «VZW» in einem verträglichen Zeitrahmen unter Berücksichtigung sämtlicher Teilprozesse inklusive seriöser Erarbeitung der nötigen Grundlagen zu entwickeln und zu planen. Abhängigkeiten und Schnittstellen zu vorgezogenen Teilprojekten können vermieden werden. Eine Realisierung des Vorhabens in Etappen ist aber nach wie vor möglich.

Gefahren

Das Gesamtprojekt «VZW» ist für den Kanton St.Gallen von grosser politischer und finanzieller Bedeutung. Es wird deshalb vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit stehen und erfordert von Beginn weg eine bedarfsgerechte Projektkommunikation. Konflikte mit Dritt- und übergeordneten



Interessen werden unausweichlich sein und bergen in finanzieller wie auch in zeitlicher Hinsicht unvorhersehbare Risiken.

4 Berührungspunkte zu anderen Vorhaben

Mit Beschluss vom 7. Mai 2019 (RRB 2019/303) genehmigte die Regierung die Projektskizze «H186 - Zentralisierung der Sicherheitspolizei inkl. Interventionseinheit». Vorgesehen ist eine räumliche Übergangslösung für die Sicherheitspolizei (Sipo) bis zum Bezug im «VZW» im Jahr 2033. Damit soll der akuten Platznot der Kantonspolizei begegnet werden. Geplant ist der Teilausbau der Räumlichkeiten des kantonseigenen Gebäudes an der Mingerstrasse 2 (Depotgebäude). Die Umsetzung des Projektes «Zentralisierung Sipo» ist Voraussetzung für den verlängerten Zeitrahmen im Projekt VZW.

Mit Beschluss vom 18. Juni 2019 (RRB 2019/444) genehmigte die Regierung das Budget 2020 für Kleinvorhaben (Bauten und Renovationen). Unter anderem ist darin für das Untersuchungsamt St.Gallen (UASG) der Staatsanwaltschaft (StA) und die Stadtorganisation Ermittlung (SO-ERM) der Kriminalpolizei, welche in der Schützengasse 1 untergebracht sind, eine Übergangslösung bis zum Bezug des «VZW» im Jahr 2033 vorgesehen. An der St.Leonhardstrasse 7 in St.Gallen konnte hierzu ein geeignetes Mietobjekt gefunden werden. Hintergrund ist die Freistellung des Gebäudes für die dringlichen Instandsetzungsmassnahmen und die Nachfolgenutzung für das Kreisgericht. Das Umzugsprojekt in die St.Leonhardstrasse 7 wie auch der Um- und Ausbau der Schützengasse 1 für das Kreisgericht sind Voraussetzung für den verlängerten Zeitrahmen im Projekt VZW.

Die weiteren in Kap. 6 der Projektskizze vom 19. Dezember 2017 aufgeführten Berührungspunkte bleiben unverändert.

5 Projektabwicklung VZW

Mit der Neuausrichtung kann das Projekt «VZW» nun als Gesamtprojekt weiterverfolgt werden. Das Vorziehen einer Etappe unter hohem Zeitdruck ist nicht mehr erforderlich.

Die Projektabwicklung für das «VZW» orientiert sich damit ausschliesslich am ordentlichen Immobilienprozess. Mit Ausnahme eines allfälligen Umzonungs- und/oder Sondernutzungsverfahrens sind keine vorgezogenen Projektierungs- bzw. Realisierungsleistungen mehr notwendig. Mit der Ausarbeitung eines Gesamtprojekts kann mit Blick auf eine Volksabstimmung auch dem Grundsatz der «Einheit der Materie» bestmöglich nachgekommen werden. Unabhängig davon lässt sich das Projekt «VZW» aber grundsätzlich nach wie vor in einer oder mehreren Bauetappen realisieren.

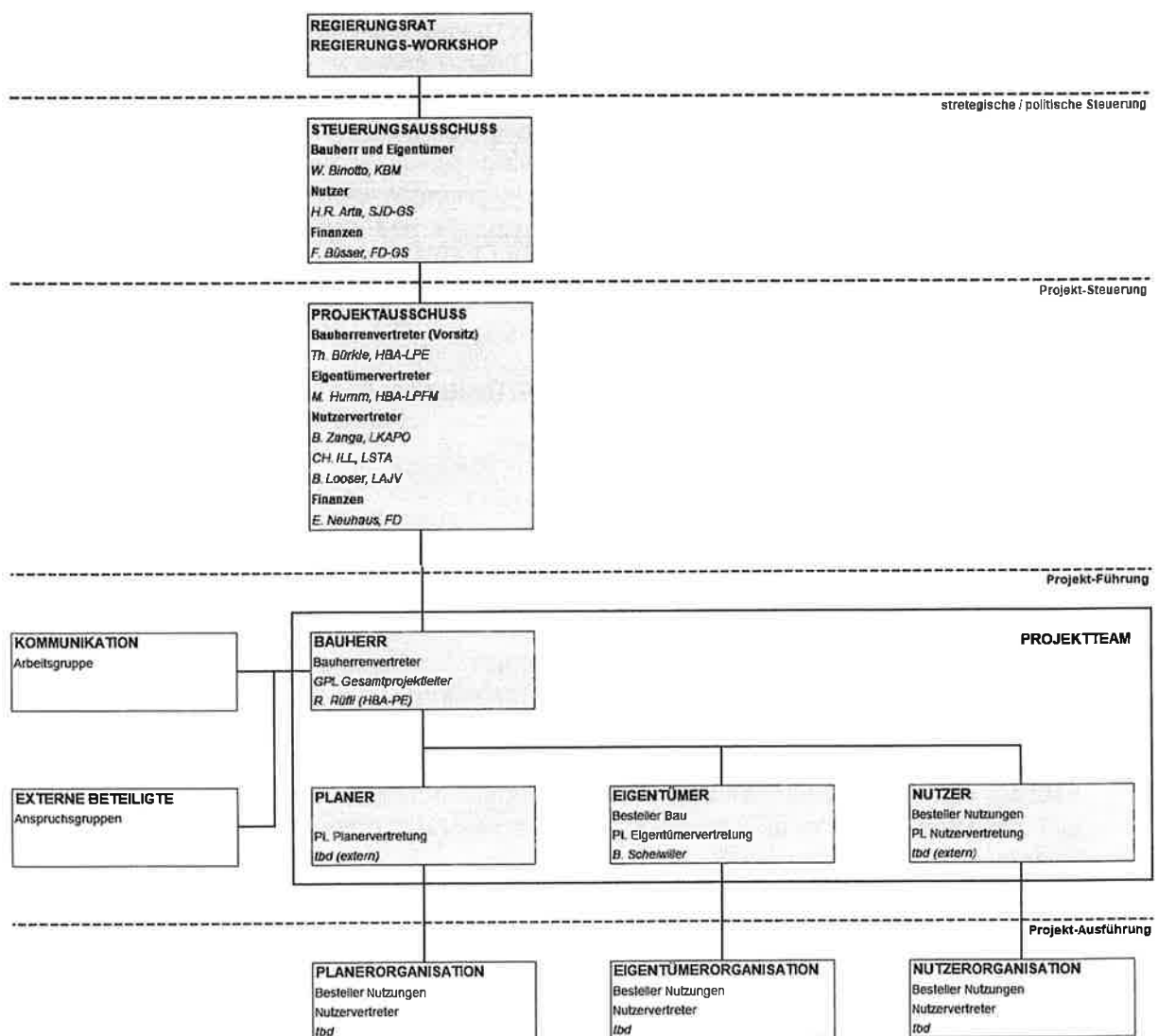
Die nächste Bearbeitungsphase konzentriert sich auf die Projektdefinition des Gesamtprojektes VZW. In dieser Phase sollen auf Grundlage übergeordneter Strategien wie der Schwerpunktplanung der Regierung 2017 – 2027, den Departementsstrategien und den Nutzer- bzw. Amtsstrategien die Rahmenbedingungen, der Bedarf und die Anforderungen an die Nutzung und den Betrieb des VZW, wie auch an das Gebäude ermittelt werden. Wie bereits mit der Projektskizze beauftragt, hat die weitere Bearbeitung unter Berücksichtigung von Vorgaben wie Synergieschöpfung, New Work und von den Fragestellungen zu «make or buy» zu erfolgen. Mit der Projektdefinition wird der Umfang der Bestellung für das «VZW» vorgegeben.



5.1 Projektorganisation und -controlling

Die Gesamtprojektleitung erstellt nach Genehmigung des Nachtrags zur Projektskizze für die Phase Projektdefinition ein Projekthandbuch. Darin sollen insbesondere die Projektorganisation und weitere Inhalte betreffend Zusammenarbeit und Projektablauf abschliessend geregelt werden. Das Projekthandbuch wird durch den Projektausschuss «VZW» verabschiedet.

Mit der Neuausrichtung des Projektes «VZW» und mit dem Fokus auf die zu erarbeitenden Themen in der Phase Projektdefinition ist die Projektorganisation «VZW» zu aktualisieren. Das von der Regierung beauftragte Mandat für die externe Nutzer- und Betriebsvertretung hat mit der Steuerungsausschuss-Sitzung am 18. Juni 2019 geendet. Unterstützend soll die Arbeitsgruppe Kommunikation weitergeführt werden.



5.1.1 Steuerungsausschuss (SA)

Der Steuerungsausschuss ist das strategische Steuerungsorgan des Auftraggebers im Projekt. Er stellt die Einbindung des Projektes in das politische und somit auch in das öffentliche Umfeld sicher.



Mitglieder:

- Kantonsbaumeister (Vorsitz)
- Generalsekretär SJD
- Generalsekretär FD

Beisitz:

- Vorsitzender Projektausschuss
- Gesamtprojektleiter Bauherr
- Leiterin/ Leiter Arbeitsgruppe Kommunikation

Wesentliche Aufgaben und Kompetenzen:

- Strategische und politische Steuerung des Projektes
- Genehmigung strategischer und politischer Projektänderungen während des Projektfortschrittes
- Informiert bei Bedarf die Regierung und/oder den Kantonsrat
- Erteilt Aufträge an den Projektausschuss

5.1.2 Projektausschuss (PA)

Der Projektausschuss ist das projektspezifische Entscheidungsorgan und stellt als Bindeglied die Information gegenüber dem Steuerungsausschuss und dem Projektteam sicher. Er übernimmt die operative Steuerung des Projektes und trägt die Verantwortung für die zielgerichtete Erarbeitung und Umsetzung des Vorhabens.

Mitglieder:

- Th. Bürkle, HBA, Bauherrenvertreter (Vorsitz)
- M. Humm, HBA, Eigentümerverspreter
- B. Zanga, Nutzerverspreter KAPO
- Ch. ILL, Nutzerverspreter STA
- B. Looser, Nutzerverspreterin AJV
- E. Neuhaus, FD, Verspreter Finanzen

Beisitz:

- Gesamtprojektleiter Bauherr

Wesentliche Aufgaben und Kompetenzen:

- Operative Steuerung des Projektes (Controlling)
- Legt die Projektziele bezüglich Kosten, Qualität und Terminen fest
- Fällt auf Antrag des Projektteams Entscheide im Rahmen seiner Kompetenzen
- Hat projektbezogenes Weisungsrecht gegenüber dem Projektteam
- Genehmigt die projektspezifischen Anforderungen und Rahmenbedingungen und den Projektauftrag
- Informiert bei Bedarf den SA
- Erteilt Aufträge an das Projektteam

5.1.3 Projektteam (PT)

Das Projektteam ist verantwortlich für das Projekt. Es erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für die übergeordneten Gremien und setzt das Projekt im Rahmen der Vorgaben und Beschlüsse um. Das PT erteilt Aufträge an die untergeordneten Gruppen. Es ist zuständig für die Konsolidierung der erarbeiteten Grundlagen aus den untergeordneten Gruppen.

Mitglieder:

- R. Rüfli, HBA, Bauherrenvertreter und Gesamtprojektleiter (Vorsitz)
- B. Scheiwiller, HBA, Eigentümerverspreter
- tbd, externes Mandat, Nutzerverspreter
- tbd, externes Mandat, Planerverspreter

Beisitz (bei Bedarf):



- Vertreter der Nutzer- und Arbeitsgruppen und allenfalls weitere

Wesentliche Aufgaben und Kompetenzen:

- Setzt die Ziele der Regierung und die Beschlüsse des SA und PA um
- Definiert die Rahmenbedingungen für die Projektdurchführung, Koordination und Überwachung der wirtschaftlichen, leistungs-, qualitäts-, kosten- und termingerechten Abwicklung des gesamten Projektes
- Prüft phasengerecht die Projektergebnisse und führt bei Bedarf Projektoptimierungen durch
- Hat projektbezogenes Weisungsrecht gegenüber dem Eigentümer, Nutzer und Planer
- Stellt die Projektinformation und -kommunikation sicher
- Informiert bei Bedarf den PA
- Erteilt Aufträge an untergeordnete Gruppen

5.1.4 Eigentümer

Das Portfoliomanagement im Hochbauamt vertritt die Anliegen des Eigentümers im Projektteam und Projektausschuss. Es stellt die Vereinbarkeit des Vorhabens mit der Immobilienstrategie des Kantons St.Gallen und die Einhaltung der Immobilienstandards (z.B. Flächen, Raum- und Baustandards, Bewirtschaftungs- und Nachhaltigkeitsstandards) sicher. Im Rahmen der Projektentwicklung/Projektdefinition verantwortet es zudem die Anliegen des Betreibers.

5.1.5 Nutzer

Der Nutzervertreter vertritt die Anliegen seiner Departementsleitung im Projektteam und Projektausschuss. Er stellt die Vereinbarkeit mit der übergeordneten Strategie des Nutzerdepartementes wie auch mit den Nutzer- bzw. Amtsstrategien sicher. Er berücksichtigt alle an das Bauvorhaben gestellten Bedürfnisse von Seiten der Nutzer.

Im Projektteam übernimmt die Nutzervertretung die Organisation, Führung, Koordination und Konsolidierung der untergeordneten Nutzergruppen. Er ist diesen gegenüber weisungsbefugt und erteilt ihnen Aufträge. Als externer Fachspezialist wird er vom Nutzerdepartement direkt beauftragt.

5.1.6 Planer

Der Planervertreter wird eigens für das Vorhaben mandatiert. Er dient dem Projekt als spezialisiertes Baufachorgan zu. Er vertritt die verschiedenen Baufachdisziplinen im Projektteam. Er nimmt Aufträge vom Gesamtprojektleiter entgegen und setzt diese im Planungsteam um. Der Planervertreter übernimmt die Organisation, Führung, Koordination und Konsolidierung des ihm untergeordneten Planungsteams.

5.1.7 Gesamtprojektleiter Bauherr

Der Gesamtprojektleiter Bauherr ist verantwortlich für die Organisation, Koordination und Überwachung des Projektfortschrittes. Er stellt eine termin-, qualitäts-, und kostenbewusste Vorgehensweise zum Erreichen der Projektziele sicher. Er formuliert Aufgaben und Aufträge für alle Leistungsträger, garantiert deren Einhaltung und optimiert den Einsatz und die Motivation aller an der Entwicklung des Bauvorhabens beteiligten Personen. Er ist die Ansprechstelle der Bauherrschaft gegenüber Eigentümer, Nutzer und Planer. Er vertritt die Vorgaben des PA gegenüber dem PT. In seinen Handlungen ist er gegenüber dem Eigentümer-, Nutzer- und Planervertreter weisungsberechtigt.

5.2 Zeitplan und Meilensteine «VZW»

Für das Projekt «VZW» sind nach der Neuausrichtung folgende Meilensteine vorgesehen:



Genehmigungsprozess:

Regierungsbeschluss zur Projektdefinition	Juni 2022
Regierungsbeschluss zur Botschaft	November 2022
Kantonsratsbeschluss zur Botschaft	Juni 2023
Volksabstimmung	November 2023

Projektierungs- und Realisierungsprozess (ohne Etappierung):

Verfahren Projektwettbewerb	2024/25
Projektierung	2026/27
Baubewilligungsverfahren	2028
Realisierung	2029 bis 2032
Inbetriebnahme und Bezug	2033

5.3 Personelle Ressourcen

Erfahrungen aus dem bisherigen Projektverlauf haben gezeigt, dass einige Projektbeteiligte die terminlichen und umfangmässigen Vorgaben aus Ressourcen- oder aus Gründen der Entscheidungskompetenz nicht immer einhalten konnten. Für die weitere Bearbeitung ist deshalb zwingend sicherzustellen, dass die jeweiligen Projektbeteiligten über genügend Ressourcen (intern / extern) und hinreichende Entscheidungskompetenzen verfügen. Nebst der umfassenden Bereitstellung von internen Ressourcen mit den erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten ist der Beizug externer Ressourcen aus Gründen der aktuellen Kapazitäten und des spezifischen Fachwissens unumgänglich. Dies gilt für alle Anspruchsgruppen im Projekt VZW.

Das durch die Gesamtprojektleitung zu erstellende Projekthandbuch regelt die personellen Ressourcen abschliessend.

5.4 Finanzstruktur

«PK 6C.II.070052»

Das Projekt «VZW» wurde bis und mit Projektskizze RRB 2017/847 vom 19. Dezember 2017 unter dem Projektierungskredit «PK 6C.II.070052» geführt. Dieser PK war ausgestattet mit einem Budget von rund 2 Mio. Franken. In der weiteren Bearbeitung wurde dieser mit dem Budget 2019 um 5 Mio. auf rund 7 Mio. Franken erhöht. Per Ende September 2019 sind noch rund CHF 5 Mio. verfügbar. Dieser Projektierungskredit «PK 6C.II.070052» wird weiterhin dem Projekt «VZW» zugeordnet und weitergeführt. Der voraussichtliche Kreditbedarf bis Abschluss des Genehmigungsverfahrens wird auf rund CHF 3 Mio. geschätzt. Im Budget sind aktuell CHF 5 Mio. verfügbar. Ende Jahr 2019 sind nur 3 Mio. als Bevorschussung zu aktivieren.

«PK 6C.II.01906»

Ein weiterer Projektierungskredit (Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentrale, PK 6C.II.01906) in Höhe von 1.5 Mio. Franken wurde per 1. Januar 2019 für die Bearbeitung einer möglichen ersten Etappe NEZ im Projekt «VZW» im BD eingerichtet. Dieser PK wurde bis anhin nicht in Anspruch genommen. Dieser Kredit PK 6C.II.01906 «Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentrale» in Höhe von 1.5 Mio. Franken findet im Projekt «VZW» keine Verwendung mehr. Ende Jahr 2019 wird die vollumfängliche Bevorschussung in Höhe von 1.5 Mio. Franken nicht mehr aktiviert.

Die Finanzstruktur im Technik- bzw. IT-Projekt «ÜL-NEZ» des SJD/FD wird unabhängig vom Projekt «VZW» im Projektauftrag «ÜL-NEZ» geregelt.

Im Projekt «VZW» wurde bis anhin eine Arbeitsgruppe Finanzen geführt und vertreten durch das FD. Diese Arbeitsgruppe wird nicht mehr benötigt. Das Finanzmanagement wird durch die Gesamtprojektleitung sichergestellt.



Das durch die Gesamtprojektleitung zu erstellende Projekthandbuch regelt das Finanzmanagement abschliessend.

5.5 Projektmarketing und -kommunikation

Im Projekt «VZW» wurde eine Arbeitsgruppe Kommunikation eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe Kommunikation wird neu in zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt, analog der separat geführten Projekte «ÜL-NEZ» und «VZW». Die Arbeitsgruppe Kommunikation zum Projekt «VZW» wird von der Dienststelle Kommunikation der Staatskanzlei geleitet. Einsitz in die Arbeitsgruppe haben zudem Kommunikationsvertreter der Kantonspolizei St.Gallen, des Baudepartementes sowie des Sicherheits- und Justizdepartementes. Die Koordination mit der Arbeitsgruppe Kommunikation im Projekt «ÜL-NEZ» wird durch die Kommunikationsvertretung des Sicherheits- und Justizdepartementes sichergestellt.

Das durch die Gesamtprojektleitung zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess in der Projektkommunikation abschliessend.

5.5.1 Neue Projektbezeichnung

Die aktuelle Projektbezeichnung «Neubau Verwaltungszentrum West» wurde im Zusammenhang mit dem Kauf des Grundstücks Kunklerstrasse 9 in St.Gallen-West (Armstrong-Areal) festgelegt. Davor wurden Bezeichnungen wie z.B. «Sicherheits- und Justizzentrum St.Gallen» oder «Armstrong-Areal» verwendet.

Im Rahmen der Weiterbearbeitung im Jahr 2018 wurde die Richtigkeit der Projektbezeichnung «Neubau Verwaltungszentrum West» in der Arbeitsgruppe Kommunikation wie auch im Steuerungsausschuss mehrfach kontrovers diskutiert. Nachdem mehrere alternative Projektbezeichnungen geprüft wurden, beschloss der Steuerungsausschuss an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2018 die neue Projektbezeichnung «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)».

Mit der Neuausrichtung des «VZW» und mit der Genehmigung des entsprechenden Nachtrags zur Projektskizze bietet sich die Gelegenheit, den Namenswechsel zu «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)» zu vollziehen und im weiteren Projektverlauf die Projektbezeichnung «Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St.Gallen (SVZ)» zu verwenden.

5.6 Projektauswertung

Das Projekt unterliegt einem laufenden Review durch ein Qualitätsmanagement. Im Rahmen der ordentlichen Projektphasen-Meilensteine werden durch die Gesamt- bzw. die Projektleitung die erforderlichen Zusammenzüge in Sachen Lieferobjekte und Erfüllung bewertet und dem Projektausschuss angezeigt.

6 Risiken

Die Risiken sind in der Projektskizze vom 19. Dezember 2017 unter Pkt. 7 abgehandelt. Sie haben weiterhin Gültigkeit, mit Ausnahme des Risikos «zeitgerechter Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentrale bis 2023», welches infolge der Neuausrichtung im Projekt «VZW» obsolet geworden ist.

Im Projekt «VZW» wurde bis anhin eine Arbeitsgruppe Risiko geführt und vertreten durch eine externe Firma. Diese Arbeitsgruppe wird nicht mehr benötigt. Das Risikomanagement wird durch die Gesamtprojektleitung sichergestellt.



Das durch die Gesamtprojektleitung zu erstellende Projekthandbuch regelt das Risikomanagement abschliessend.

7 Wirtschaftlichkeit und Finanzen

In der Projektskizze vom 19. Dezember 2017 wurde für das Projekt «VZW» der Bedarf an Arbeitsplätzen, Raum und Flächen ermittelt. Davon abgeleitet und referenziert zum Projekt «Polizei- und Justizzentrum (PJZ)» des Kantons Zürich wurde eine Grobkostenschätzung für das Projekt «VZW» erstellt. Dabei wurden die Synergiepotentiale wie auch die Fragestellungen zu «make or buy» und «New Work» noch nicht berücksichtigt.

Im Rahmen der Bearbeitung der Projektdefinition gilt es unter Berücksichtigung von Synergiepotentialen sowie der Themen «make or buy» und «New Work» den Bedarf, die Anforderungen sowie die Rahmenbedingungen an das Vorhaben detailliert zu ermitteln und eine Aussage zu Kosten, Mehrnutzen und Wirtschaftlichkeit zu treffen.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erklärung
AJV	Amt für Justizvollzug
AfMZ	Amt für Militär- und Zivilschutz
BD	Baudepartement
BD-HBA	Baudepartement, Hochbauamt
BM	Baumanagement des BD-HBA
BIT	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
BORS	Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit
DSSI	Direktion für Sicherheit und Soziales der Stadt St. Gallen
ELIS	Einsatzleit- und Informationssystem der KAPO
ERP	Enterprise Ressource Planning
FD	Finanzdepartement
FD-DIP	Finanzdepartement, Dienst für Informatikplanung
FM	Facility-Management des BD-HBA
GPL	Gesamtprojektleiter
GOV	Government, (kantonale) Verwaltung
KAPO	Kantonspolizei St.Gallen
KNZ	Bestehende Kantonale Notrufzentrale
KT	Kernteam
NEZ	Neue Notruf- und Einsatzleitzentrale
PA	Projektausschuss
PE	Projektentwicklung des BD-HBA
PFM	Portfoliomanagement des BD-HBA
PL	Projektleiter
RELEG	Stabsstelle Recht und Legistik (<i>Staatskanzlei SG</i>)
RRB	Regierungsratsbeschluss
RZ	Rechenzentrum
RZ-GOV	Rechenzentrum für die IT der kantonalen Verwaltung
RZ-NEZ	Rechenzentrum für die IT der Notruf- und Einsatzleitzentrale
SA	Steuerungsausschuss
SJD	Sicherheits- und Justizdepartement
STA	Staatsanwaltschaft des Kantons St.Gallen
SVZ	Sicherheits- und Verwaltungszentrum (neue Bezeichnung)
TP	Teilprojekt
TPL	Teilprojektleiter
ÜL-NEZ	Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale
VZW	Verwaltungszentrum West



Projektauftrag

Übergangslösung Notruf- und Einsatzleit- zentrale (Projekt «ÜL-NEZ»)

Auftraggeberin:
Regierung

Datum des Projektauftrags:
3. Dezember 2019

Verfasser:
– Baudepartement
– Sicherheits- und Justizdepartement



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Vorgeschichte und Ausgangslage	6
1.1 Ausgangslage Projekt «VZW»	6
1.2 Ausgangslage Projekt «ÜL-NEZ»	6
1.3 Bisher erbrachte Vorleistungen	7
1.4 Abgrenzung und Abhängigkeiten	8
1.5 Systemlandschaft	9
1.6 Dringlichkeit / Konsequenzen bei Nichtrealisierung oder verspäteter Realisierung	9
2 Problem- und Aufgabenstellung	9
3 Weitere Anspruchsgruppen	10
4 Ziele und Lösungsstrategien	11
4.1 Auswirkungen auf die Staatsziele	11
4.2 «VZW»	11
4.3 «ÜL-NEZ»	11
4.3.1 Kantonspolizei St.Gallen	11
4.3.2 Stadtpolizei St.Gallen	12
5 Projektziel und Lösungsvarianten	12
5.1 Standorte	12
5.2 Vorgesehene spätere Nutzungen	13
5.3 Rahmenbedingungen Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentralen	13
5.4 Termindruck, Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentralen	13
5.5 Projektlösungsstrategie Projekt «NEZ – Technik und Organisation»	13
5.6 Projektlösungsstrategie TP «Backend RZ»	13
5.7 Projektlösungsstrategie TP «Frontend NEZ»	13
5.7.1 Bedarf und Anforderungen an «Frontend NEZ»	13
5.7.2 Objektevaluation «Frontend NEZ»	14
5.7.3 Weiteres Vorgehen	15
5.8 Projektanforderungen / erwartetes Projektergebnis	15
5.9 Chancen und Gefahren	16
6 Berührungspunkte zu anderen Projekten und Vorhaben	16



7	Projektabwicklung	17
7.1	Projektorganisation und -controlling	17
7.2	Zeitplan	19
7.3	Kosten und erforderliche Ressourcen	20
7.4	Kostenteiler Kanton – Stadt St.Gallen	20
7.5	Finanzstruktur	21
7.6	Projektmarketing und -kommunikation	22
7.7	Change Management	22
7.8	Projektauswertung	22
7.9	Übergang in die Betriebsphase	23
8	Risiken	23
8.1	Ergebnis der initialen Risikoanalyse	23
8.2	Risikomanagement während dem Projekt	23
9	Wirtschaftlichkeit und Finanzen	24
10	Support für das Projekt	24
11	Auftragserteilung	25
12	Anhang	26
12.1	Referenzierte Dokumente	26
12.2	Abkürzungsverzeichnis	26
12.3	Beilagenverzeichnis	26



Zusammenfassung

Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) genehmigte die Regierung die Projektskizze «Neubau Verwaltungszentrum West (H123)». Als nicht priorisiertes Vorhaben ist das Verwaltungszentrum West «VZW» Teil des aktuellen Hochbautenprogramms 2019 (RRB 2019/454). Mit dem «VZW», das auf dem so genannten Armstrong-Areal in St.Gallen-Winkeln entstehen soll, wird angestrebt, ein neues Sicherheits- und Justizgebäude zu erstellen, in dem verschiedene Dienststellen und Einheiten zusammengeführt werden (namentlich Kantonspolizei, Untersuchungsgefängnis, Staatsanwaltschaft, Kantonale Notrufzentrale, Amt für Militär und Zivilschutz).

Für das «VZW»-Vorhaben bestanden ebenso Bedürfnisse seitens der Behörden und der Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) für ein in den Bau integriertes Rechenzentrum («RZ-NEZ»). Das Finanzdepartement wurde im RRB 2017/847 eingeladen, in der Phase Projektdefinition die Frage «make or buy» insbesondere in Sachen Rechenzentren zu beantworten, zumal für die Staatsverwaltung des Kantons St.Gallen eine Konsolidierung der Rechenzentren in der Staatsverwaltung und ihrer angegliederten Organisationen strategisch ist («RZ-GOV»). An der Steuerungsausschuss-Sitzung «VZW» vom 18. Juni 2019 wurde entschieden, die betroffenen Rechenzentren («RZ-NEZ» und «RZ-GOV») zu sourcen und damit nicht auf dem Armstrong-Areal zu erstellen. Durch den strategischen Beschluss zu Gunsten der «buy»-Strategie der Rechenzentren resultierten zwei eigenständige Bauprojekte:

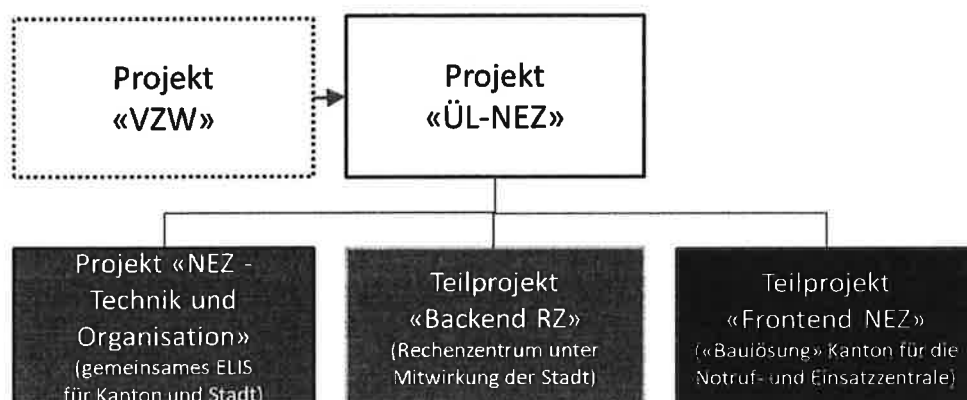
- «Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale» mit einem abgesetzten Rechenzentrum (Projekt «ÜL-NEZ»);
- Neubau «Verwaltungszentrum West» ohne Rechenzentren (Projekt «VZW»).

Ebenso wurde an der Steuerungsausschuss-Sitzung «VZW» vom 18. Juni 2019 beschlossen, das Projekt «VZW» stringent nach der Immobilienstrategie des Hochbauamtes des Kantons St.Gallen abzuwickeln. Demnach werden zuerst der politische Genehmigungsprozess und anschliessend der bauliche Planungsprozess geführt. Das Projekt «ÜL-NEZ» wird damit vom Vorhaben «VZW» entkoppelt und aus räumlichen und technischen Gründen nicht auf dem Armstrong-Areal realisiert. Stattdessen soll ein geeigneter Standort für die Kantonspolizei durch das Hochbauamt gesucht werden.

Das Einsatzleit- und Informationssystem (ELIS) ist Teil des Rechenzentrums der heutigen Kantonalen Notrufzentrale (KNZ). «ELIS» steht am Ende seines technischen Lebenszyklus von acht bis zehn Jahren und muss auf spätestens 2024 ersetzt sein. Die Vorsteherin der betroffenen Direktion der Stadt bzw. der Vorsteher des zuständigen Departements des Kantons St.Gallen beschlossen deshalb am 23. April 2019 aufgrund des ausgewiesenen Handlungsbedarfs ein gemeinsames Vorgehen für die Prüfung möglicher Organisationsformen und daraus abgeleitet die Beschaffung eines Notruf- und Einsatzleitzentralen-Systems für die KNZ und die EZ-Stapo. In der Folge suchten und ermittelten das Sicherheits- und Justizdepartement sowie die Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen gemeinsam mit einem externen Gutachter eine optimale technische und organisatorische Struktur. Dabei zeigte sich, dass ein Modell «abgesetzte Arbeitsplätze» unter Berücksichtigung der aufgezeigten politischen Rahmenbedingungen die meisten Synergien für Kanton und Stadt St.Gallen mit sich bringt, die grösste Realisierungschance hat und die zukunftssträchtigste Lösung ist, zumal sie jederzeit den Anschluss weiterer Kantone mit ebenfalls «abgesetzten Arbeitsplätzen» zulässt. In diesem Modell wird das Einsatzleitsystem in einem separaten Rechenzentrum aufgesetzt und installiert («Backend»), während die Arbeitsplätze der Disponentinnen und Disponenten («Frontend») in abgesetzten Notruf- und Einsatzleitzentralen, die nahe bei den jeweiligen Führungsorganen sind, eingerichtet und betrieben werden können. Bezüglich «Backend» wurde der grundlegende Entscheid gefällt, dass es aus mehreren

Gründen (Wirtschaftlichkeit, Skalierbarkeit) in der heutigen Zeit nicht mehr sinnvoll ist, ein Rechenzentrum selbst zu bauen, sondern die Rechenzentrumsleistungen bei externen Anbietern zu beziehen. Die technische und betriebliche Redundanz wird mit einer vergleichbar starken Organisation geführt (z.B. Kantonspolizei Zürich).

Das vorliegende Projekt «ÜL-NEZ» besteht aus insgesamt drei Teilen, die als Ganzes bestehen müssen, um den Betrieb einer gemeinsamen funktionsfähigen Notruf- und Einsatzleitzentrale («NEZ») von Kantons- und Stadtpolizei und weiteren Blaulichtorganisationen erfüllen zu können. Dies sind:



- Projekt «NEZ – Technik und Organisation»¹:
Die Notruf- und Einsatzleitzentrale besteht aus verschiedenen technischen Systemen und Anwendungen («ELIS»). Diese sind mit den zugehörigen Umsystemen und Disponenten-Arbeitsplätzen abzulösen. Der Ausbau findet sowohl in dem bereitzustellenden Rechenzentrum («Backend RZ») wie auch an den Standorten der Disponenten-Arbeitsplätze statt («Frontend NEZ»). Es unterliegt der gemeinsamen Federführung durch die Kantonspolizei St.Gallen (KNZ) und die Stadtpolizei St.Gallen (EZ-Stapo).
- Teilprojekt «Backend RZ»:
Im Teilprojekt «Backend RZ» soll eine geeignete Rechenzentrumsinfrastruktur (die allenfalls auch für die weitere Staatsverwaltung geeignet ist) gesucht werden. Die Rechenzentrumsleistungen sind von einem geeigneten Betreiber zu beziehen; der Stadtpolizei stehen diese Serviceleistungen ebenso zur Verfügung. Das TP «Backend RZ» unterliegt der Federführung durch das Finanzdepartement bzw. den Dienst für Informatikplanung, da die Anforderungen und Bedürfnisse nicht «nur» auf die Kantons- bzw. Stadtpolizei bezogen sind. Die Informatikdienste der Stadt St.Gallen sollen im Teilprojekt «Backend RZ» Einsitz nehmen, um die städtischen Anliegen zu vertreten.
- Teilprojekt «Frontend NEZ»:
Für die Räumlichkeiten «Frontend NEZ» der Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantonspolizei soll ein geeigneter Standort möglichst in Nähe des Polizeikommandos in der Stadt St.Gallen gesucht werden. Dieses Teilprojekt nennt sich «Frontend NEZ». Es unterliegt in baulicher Hinsicht der Federführung durch das Hochbauamt des Kantons St.Gallen. Vom Teilprojekt «Frontend NEZ» nicht betroffen ist der Standort der Stadtpolizei St.Gallen, der mit der Vadianstrasse 57 (V57) gegeben ist. Die Stadtpolizei ist demzufolge nicht in diesem Teilprojekt involviert.

¹ Im Rahmen der Projektarbeiten «VZW» wurde dieses Teilprojekt bisher als «Ausbau NEZ» bezeichnet. Der neue Begriff bringt zum Ausdruck, dass es um ein umfangreiches organisatorisches und technisches Ablöseprojekt für das ELIS geht, das überdies paritätisch mit der Stadt St.Gallen zu führen ist.



Die Beschaffungen innerhalb des Projekts unterstehen dem öffentlichen Beschaffungsrecht und folgen den Zuständigkeiten der Regierung und des Kantonsrates bzw. des Stadtrates und des Stadtparlamentes. Das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» bzw. das Teilprojekt «Backend RZ» werden zudem in einer gemeinsamen interdisziplinären Projektorganisation aus Vertretern von Kanton und Stadt zusammengefasst.

Gegenstand des vorliegenden Geschäfts bildet die Projektphase «Konzept» nach Hermes 5.1. Es wird mit Investitionen von rund 3,4 Mio. Franken gerechnet (inkl. TP «Frontend NEZ»).

1 Vorgeschichte und Ausgangslage

1.1 Ausgangslage Projekt «VZW»

Das Vorhaben «Neubau Verwaltungszentrum West (VZW)» betrifft das Hochbauamt (HBA) als Eigentümerversorger, Betreiber und Bauherr sowie das Sicherheits- und Justizdepartement mit der Kantonspolizei (Kapo), Staatsanwaltschaft (StA), Amt für Militär und Zivilschutz (AfMZ) sowie dem Amt für Justizvollzug (AJV) als Nutzer. In der Zwischenzeit hat sich erwiesen, dass eine Integration von Infrastrukturen des Kantonalen Führungsstabes des AfMZ in das «VZW» weder notwendig noch zweckmässig ist. Die entsprechenden Anforderungen können für das weitere Projekt ausgeklammert werden. Das «VZW» ist wesentlicher Bestandteil der strategischen Überlegungen der Regierung zur räumlichen Entwicklung der Zentralverwaltung. Mit dem Erwerb der Liegenschaft Kunklerstrasse im Jahr 2014 («Armstrong-Areal») konnte eines der letzten grossen Areale in der Stadt St.Gallen für die angestrebte Nutzung des Kantons St.Gallen gesichert werden.

Zur Erreichung der Synergieschöpfungsziele im Vorhaben «VZW» und damit zur Lösung der beschriebenen Aufgabenstellung wurde eine externe Nutzer- / Betriebsvertretung beauftragt und in der Projektorganisation dem Steuerungsausschuss (Ebene Regierung) direkt unterstellt. Das Projekt «VZW» wurde sodann in der «Projektskizze Hochbauten, H123 – Neubau Verwaltungszentrum West», vom 12. Dezember 2017, Version 1.2, von der Regierung am 19. Dezember 2017 zur weiteren Bearbeitung freigegeben (RRB 2017/847). Im Jahr 2018 folgten umfassende Abklärungen im Sinne der im RRB 2017/847 festgehaltenen Aufgabenstellungen. Am 18. Juni 2019 hat der Steuerungsausschuss «VZW» auf Grundlage dieser Ergebnisse beschlossen, das Projekt «VZW» aus inhaltlichen, finanziellen und zeitlichen Gründen in zwei unabhängigen Projekten zu lösen, nämlich:

- in einem Projekt «VZW», ohne Rechenzentrum, mit einer Inbetriebnahme ab dem Jahr 2033 und
- in einem Projekt Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale («ÜL-NEZ») mit einem abgesetzten Rechenzentrum mit Inbetriebnahme ab Jahr 2024. Im Weiteren wurde beschlossen, dass das Rechenzentrum nicht durch den Kanton St.Gallen erstellt, sondern aus strategischen, ökonomischen und inhaltlichen Gründen auf dem freien Markt zu beschaffen ist (sogenanntes «Sourcing»).

1.2 Ausgangslage Projekt «ÜL-NEZ»

Die Kantonspolizei wie auch die Stadtpolizei St.Gallen müssen in den kommenden Jahren ihre bestehenden Zentralensysteme «KNZ» bzw. Notruf- und Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei «EZ-Stapo» ersetzen; die Hardware ist am Ende ihres technischen Lebenszyklus angelangt. Die Vorsteherin der betroffenen Direktion der Stadt bzw. der Vorsteher des zuständigen Departementes des Kantons St.Gallen beschlossen deshalb am 23. April 2019 aufgrund des ausgewiesenen Handlungsbedarfs ein gemeinsames Vorgehen für die Prüfung möglicher Organisationsformen und daraus abgeleitet die Beschaffung eines Notruf- und Einsatzleitzentralen-Systems für die



KNZ und die EZ-Stapo. Die Ergebnisse sind im Schlussbericht vom 8. August 2019, «Notruf- und Einsatzleitzentralen der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen» dokumentiert. Sowohl Regierung als auch Stadtrat haben von diesem Schlussbericht am 13. August 2019 informell und am 15. bzw. 22. Oktober 2019 mit formellen Beschlüssen zustimmend Kenntnis genommen (RRB 2019/709). Die beabsichtigte Lösung sieht eine gemeinsame Beschaffung eines Einsatzleitsystems vor, das bei den beiden Notruf- und Einsatzleitzentralen KNZ und EZ-Stapo den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden kann. Die Rechenzentren (Backend) werden abgesetzt betrieben, die nicht in der KNZ bzw. EZ-Stapo untergebracht sind. Die Arbeitsplätze der Disponentinnen und Disponenten (Frontend) werden an den neuen (Kapo) bzw. bestehenden (Stapo) Standorten errichtet und betrieben. Es wird – wie bisher – eine gemeinsame Betriebsorganisation vorgesehen. Die technische und betriebliche Redundanz wird mit einer vergleichbar starken Organisation geführt (z.B. Kantonspolizei Zürich), womit die bestehende Redundanz zwischen KNZ und EZ-Stapo aufgelöst werden soll.

In Koordination mit den zuständigen Vorstehern der Departemente Finanzen (FD), Sicherheit und Justiz (SJD) und Bau (BD) des Kantons St.Gallen wurden folgende Beschlussfassungen an der Steuerungsausschuss-Sitzung «VZW» vom 18. Juni 2019 hinsichtlich der Projektstruktur «ÜL-NEZ» getroffen:

- Teilprojekt «Ausbau NEZ» mit neuer Bezeichnung: Projekt «NEZ – Technik und Organisation»²:
Die Notruf- und Einsatzleitzentrale besteht aus verschiedenen technischen Systemen und Anwendungen («ELIS»). Diese sind mit den zugehörigen Umsystemen und Disponenten-Arbeitsplätzen abzulösen. Der Ausbau findet sowohl in dem bereitzustellenden Rechenzentrum («Backend RZ») wie auch an den Standorten der Disponenten-Arbeitsplätze statt («Frontend NEZ»). Es unterliegt der gemeinsamen Federführung durch die Kantonspolizei St.Gallen (KNZ) und die Stadtpolizei St.Gallen (EZ-Stapo).
- Teilprojekt «Backend RZ»:
Im Teilprojekt «Backend RZ» soll eine geeignete Rechenzentrumsinfrastruktur (die allenfalls auch für die weitere Staatsverwaltung geeignet ist) gesucht werden. Die Rechenzentrumsleistungen sind von einem geeigneten Betreiber zu beziehen; der Stadtpolizei stehen diese Serviceleistungen ebenso zur Verfügung. Das TP «Backend RZ» unterliegt der Federführung durch das Finanzdepartement bzw. den Dienst für Informatikplanung, da die Anforderungen und Bedürfnisse nicht «nur» auf die Kantons- bzw. Stadtpolizei bezogen sind. Die Informatikdienste der Stadt St.Gallen sollen im Teilprojekt «Backend RZ» Einsitz nehmen, um die städtischen Anliegen zu vertreten.
- Teilprojekt «Frontend NEZ»:
Für die Räumlichkeiten Frontend NEZ der Notruf- und Einsatzleitzentrale soll ein geeigneter Standort möglichst in Nähe des Polizeikommandos in der Stadt St.Gallen gesucht werden. Dieses Teilprojekt nennt sich «Frontend NEZ». Es unterliegt der Federführung durch das Hochbauamt des Kantons St.Gallen. Vom Teilprojekt «Frontend NEZ» nicht betroffen ist der Standort der Stadtpolizei St.Gallen, der mit der Vadianstrasse 57 gegeben ist. Die Stadtpolizei ist demzufolge nicht in diesem Teilprojekt involviert.

1.3 Bisher erbrachte Vorleistungen

Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 (RRB 2017/847) genehmigte die Regierung die Projektskizze «Neubau Verwaltungszentrum West (H123)». Das Projekt «VZW» ist in der «Projektskizze Hochbauten, H123 – Neubau Verwaltungszentrum West», vom 12. Dezember 2017, Version 1.2,

² Vgl. Fussnote 1.



umfassend dokumentiert. Als nicht priorisiertes Vorhaben ist das Verwaltungszentrum West (VZW) Teil des aktuellen Hochbautenprogramms 2019 (RRB 2019/454).

Am 18. Juni 2019 hat der Steuerungsausschuss «VZW» beschlossen, das Projekt «VZW» aus inhaltlichen, finanziellen und zeitlichen Gründen in zwei unabhängigen Projekten zu lösen. Zudem wurde festgehalten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Partnerorganisationen geklärt wird, insbesondere zwischen der Stadt- und Kantonspolizei St.Gallen. Dabei wurden folgende Vorleistungen einer gemeinsamen Einsatzleitzentralen-Doktrin für die Partnerorganisationen aus Sicht der Kantonspolizei St.Gallen berücksichtigt:

- Studie «TP Prozesse und Organisation» (19. März 2018, V 1.0, Kapo SG);
- Studie «TP Finanzen und Recht» (18. April 2018, V 1.3, Kapo SG);
- Studie «Anhang Technik» (20. März 2018, V 1.0, Kapo SG).

Für den Genehmigungs- und Planungsprozess «VZW» wurden folgende Grundlagen erarbeitet: ein strategisches Nutzungskonzept für das «VZW» (5. März 2018, pom+);

- ein Entwurf strategisches Betriebskonzept für das «VZW» (6. Juni 2018, pom+);
- der Flächen- und Raumbedarf für das «VZW» (17. Oktober 2018, Kernteam «VZW»);
- ein planerisches Gesamtkonzept für das «VZW» inkl. Grobbaubeschrieb und Kostengrobschätzung (22. Februar 2019);
- ein Vorprojekt-Konzept für eine erste Etappe «NEZ» des «VZW» inkl. Grobbaubeschrieb und Grobkostenschätzung.

Die massgebenden materiellen Grundlagen für die gemeinsame Beschaffung eines Notruf- und Einsatzleitzentralen-Systems für die KNZ und die EZ-Stapo sind im Schlussbericht vom 8. August 2019, «Notruf- und Einsatzleitzentralen der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen» festgehalten. Die Kantons- und Stadtregierung haben am 15. bzw. 22. Oktober 2019 beschlossen, das im Schlussbericht empfohlene Modell «Abgesetzte Arbeitsplätze» weiter zu verfolgen.

1.4 Abgrenzung und Abhängigkeiten

Das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» bzw. die Teilprojekte «Backend RZ» und Frontend «NEZ» stehen innerhalb des Projekts «ÜL-NEZ» in direkter Abhängigkeit zueinander. Kann eines der Teilprojekte nicht realisiert werden, fällt das gemeinsame Projektziel. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass die Räume für die Unterbringung der Disponenten-Arbeitsplätze «Frontend NEZ» und der Rechnersysteme «Backend RZ» vor oder gleichzeitig mit der materiellen Bereitstellung des Einsatzleitzentralen-Systems «ELIS» bereitgestellt werden können, damit die Notruf- und Einsatzleitzentralen mit der erforderlichen Hard- und Software ausgestattet werden können.

Das vorliegend zu erarbeitende Projekt «ÜL-NEZ» beabsichtigt, die Notruf- und Einsatzleitzentrale mindestens für einen Produkte-Lebenszyklus von acht bis zehn Jahren zu realisieren. Wird wie geplant der Bezug im Jahr 2024 sichergestellt und kann im Jahr 2033 die endgültige Lösung im «VZW» auf dem Armstrong-Areal bezogen werden, sind die Investitionen im Teilprojekt «Backend RZ» geschützt. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für das Teilprojekt «NEZ – Technik und Organisation», auch wenn voraussichtlich nach einem Produktlebenszyklus gewisse Erneuerungen erforderlich sein werden. Voraussichtlich werden auf Kantonsseite die Bauten im Teilprojekt «Frontend NEZ» durch neue Räume im «VZW»-Vorhaben abgelöst. Für die Stadtpolizei ist die räumliche und organisatorische Situation dannzumal bei Bedarf neu zu beurteilen.



Durch die Strukturierung der Projekte «VZW» und «ÜL-NEZ» bestehen in der Folge keine weiteren Abhängigkeiten zueinander. Die überarbeitete Projektskizze «VZW» und das Projekt «ÜL-NEZ» sind inskünftig getrennt zu bearbeiten (Projektstruktur, Finanzierung usw.).

1.5 Systemlandschaft

Die Systemlandschaft ist in der Projektskizze «VZW» ausgewiesen und in den aufgeführten Studien gemäss Abschnitt 1.3 detailliert dokumentiert.

1.6 Dringlichkeit / Konsequenzen bei Nichtrealisierung oder verspäteter Realisierung

Ein Nichtrealisieren oder zu spätes Realisieren hat folgende Konsequenzen:

- Generelle Konsequenzen: Der gesetzliche Leistungsauftrag der Staatsverwaltung des Kantons und der Stadt St.Gallen können nicht eingehalten werden; Notrufe werden nicht oder zu spät verarbeitet.
- Organisatorische/funktionelle Konsequenzen: Die Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen sind nicht mehr funktionsfähig; die Tätigkeiten können mit dem bestehenden Personal mit den bereitgestellten Notsystemen nicht aufrechterhalten werden.
- Wirtschaftliche/funktionelle Konsequenzen: Ein Betriebsausfall führt zu hohen Kosten. Haftungsfällen gegenüber Dritten sind nicht auszuschliessen.
- Ressourcenbezogene Konsequenzen: Die Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen können mit dem bestehenden Personal die gesetzlichen Leistungsaufträge ohne Notruf- und Einsatzleitzentrale nicht erfüllen.

2 Problem- und Aufgabenstellung

Das Einsatzleit- und Informationssystem «ELIS» ist das zentrale Führungsinstrument für die tägliche Bewältigung von Ereignissen. Ohne ein derartiges System können die Notrufzentralen und damit auch die Kapo und die Stapo ihre Aufgaben nicht wahrnehmen und die Sicherheit der Bevölkerung wäre dadurch nicht mehr gewährleistet. Aufgrund des technischen Lebenszyklusendes von «ELIS» per 2023 kann ab diesem Zeitpunkt die Funktionalität nicht mehr vollumfänglich zugesichert werden. Es muss daher mit Systemausfällen gerechnet werden, was wiederum die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet.

Die Flächen und Raumkonditionen in der heutigen KNZ sind nicht optimal und für die Ablösung des technischen Systems und die künftigen Arbeitsplätze ungeeignet. Akustik und Klima (Durchzugserscheinungen, Frischluftzuführung usw.) erschweren den Dienstbetrieb in der KNZ. Trotz punktueller Massnahmen konnte die Arbeitsplatz-Situation nur in Teilen verbessert werden. In der Stadtpolizei genügen die Flächen und Raumkonditionen den aktuellen und zukünftigen Anforderungen und Bedürfnissen.

Die Aufgabengebiete der KNZ und EZ-Stapo wachsen kontinuierlich. Die Anzahl Anrufe, auch aufgrund von mobilen Geräten (u.a. Alarmierungs-Apps usw.) steigt. Neue Dienste müssen durch ein neues Einsatzleitsystem abgedeckt werden können, wie z.B. die Entgegennahme von SMS, MMS, Massaging-Diensten etc. Der Strassenverkehr nimmt ebenfalls zu, was zu Mehraufwand bei der Verkehrsüberwachung und damit verbunden auch zu mehr Verkehrsschalt-Aktionen führt.



Zeitkritische Tätigkeiten wie beispielsweise die Fahndung, Notsuche usw. führen zu grösserem Aufwand und zu einem erhöhten Personalbedarf. Insbesondere im Notruf 144 ist mit dem Bevölkerungswachstum und der Altersentwicklung mit einem Zuwachs der medizinischen Notfälle zu rechnen. Zur Abarbeitung des erweiterten Aufgabengebietes braucht es mehr Personal. Die Infrastrukturen der KNZ sind heute ausgereizt; der zusätzlich geforderte Raumbedarf kann darin nicht abgedeckt werden.

In besonderen Lagen ist die Nähe zur Führung entscheidend, um einen schnellen und sicheren Informationsfluss zu gewährleisten. Normalerweise treffen die Informationen in der KNZ bzw. EZ-Stapo ein und müssen dann an die entsprechenden Führungsstellen verteilt werden. Heute sind die Führungsräume bei der Kantonspolizei auf verschiedene Stockwerke und auf verschiedene Gebäude verteilt. Um die Arbeit optimal durchführen zu können, braucht es jedoch die Nähe der Führungsräume zur KNZ. In welcher Form diese bereitgestellt werden, ist Gegenstand des Teilprojekts «Frontend NEZ».

Mit den neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen muss die Redundanzfrage mit einem gleichwertigen Partner gelöst werden. Fehlt die Redundanz, können die abgesetzten Arbeitsplätze bei einem Ausfall oder einer Evakuierung nicht mehr betrieben werden.

Zusammenfassend gilt:

- Das Einsatzleit- und Informationssystem «ELIS» der KNZ und EZ-Stapo erreicht per Ende 2023 das technische Lebenszyklusende. Ohne Ersatzlösung steigt bei einem Weiterbetrieb danach das Ausfallrisiko der Systeme zunehmend. Die Redundanz ist heute zwischen diesen beiden Systemen sichergestellt, in Notfallsituationen hingegen räumlich unzureichend gelöst (höchstens vier Disponenten-Arbeitsplätze für den Kanton).
- Es gibt keine Alternative, sollte die Ersatzlösung KNZ und EZ-Stapo nicht oder nicht zeitnah zur Verfügung stehen.
- Eine alternative Redundanzlösung von KNZ und EZ-Stapo ist nicht vorhanden.
- Die aktuelle Infrastruktur der KNZ ist bereits ausgereizt und der zusätzliche Raumbedarf kann darin nicht abgedeckt werden (höchstens dreizehn Disponenten-Arbeitsplätze).

3 Weitere Anspruchsgruppen

Als nicht dem Kanton angehörende Anspruchsgruppe nimmt die Stadt St.Gallen eine zentrale Rolle ein und tangiert das Projekt «VZW» und «ÜL-NEZ» in verschiedenen Punkten:

- Die Stadt St.Gallen hat zusammen mit der Stadt Gossau den Raum «St.Gallen-West» und «Gossau-Ost» als Entwicklungsgebiet mit überregionaler Bedeutung definiert und ist daran, nachhaltige, städtebauliche und verkehrstechnische Konzepte zu entwickeln. Das Armstrong-Areal befindet sich innerhalb dieses Bearbeitungsperimeters an strategisch wichtiger Lage und nimmt als eines der noch wenig vorhandenen grösseren und bebaubaren Grundstücke in diesem Kontext eine zentrale Position ein.
- Die Stadt St.Gallen ist Bewilligungs- und Koordinationsbehörde von Bauvorhaben und kann daher wesentlichen Einfluss auf das Vorhaben «VZW» und die Verfahren nehmen. Im Projekt «ÜL-NEZ» gilt dies ebenso, sofern die Infrastruktur «Backend RZ» und / oder «Frontend NEZ» auf Stadtgebiet durch bewilligungspflichtige Bauvorhaben umzusetzen ist.
- Durch die strategische Zusammenarbeit von Kantons- und Stadtpolizei ist bei der Evaluation und Beschaffung der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen eine enge Koordination und Abstimmung gefordert. Dies betrifft die Organisation, Prozesse, Anwendungen und die Technik der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen gleichermassen.



- Die neue Notruf- und Einsatzleitzentrale bedingt eine neue Lösung zur Sicherstellung der Redundanz. Dazu muss ein Partner bzw. ein Zweitgebäude gefunden werden, dessen Anlage zeitgleich mit der Notruf- und Einsatzleitzentrale in Betrieb gehen kann. Des Weiteren sind bei einer Mietlösung für das Teilprojekt «Frontend NEZ» die Anspruchsgruppen um den zuständigen Vermieter zu ergänzen (betrifft nur Kapo).
- Weitere Kantone wie Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sind interessiert, sich gegebenenfalls der neuen Notruf- und Einsatzleitzentrale anzuschliessen. Im Moment liegen mündliche Absichtserklärungen der zuständigen Behörden vor. Mit dem Organisationsmodell «Abgesetzte Arbeitsplätze» kann dies sichergestellt werden.

4 Ziele und Lösungsstrategien

4.1 Auswirkungen auf die Staatsziele

Mit der Schwerpunktplanung 2017–2027 (28.17.01) hat die Kantonsregierung als strategische Ziele die «Zukunftsfähige Infrastruktur», die «Umfassende Sicherheit», die «Neue Arbeitswelt», die «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» und «Zukunftsorientierte Reformen» festgelegt und die angestrebte Immobilienentwicklung bestätigt. Die Vision des Sicherheits- und Justizdepartementes (SJD) lautet «Wir schaffen Sicherheit». Darunter werden die Bündelung der Kräfte und die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit sowie das effektive und effiziente Erfüllen der Aufgaben verstanden. Mit dem vorgezogenen Projekt «ÜL-NEZ» wird ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung geleistet. Es werden die Voraussetzungen geschaffen, damit die Polizei ihren umfassenden Sicherheitsauftrag in der Region effizient und mit kurzen Wegen erfüllen kann.

4.2 «VZW»

Mit Beschluss vom 23. Dezember 2014 (RRB 2014/817) konnte die Regierung nach mehrjähriger Vorarbeit des Hochbauamtes den Kaufvertrag für das sogenannte Armstrong-Areal «Grundstück W3019, Kunklerstrasse 9, St.Gallen-Winkeln» genehmigen und damit den Standort für das künftige Verwaltungszentrum festlegen. Mit dem «VZW» kann die angestrebte strategische Entwicklung der Zentralverwaltung umgesetzt werden: die Bündelung von Aufgaben im künftig grössten Verwaltungsstandort, die Aufhebung zahlreicher Mietobjekte und die Erneuerung der genutzten Objekte im Eigentum für Nachfolgenutzungen.

4.3 «ÜL-NEZ»

4.3.1 Kantonspolizei St.Gallen

Die Kantonspolizei zählt aktuell rund 900 Mitarbeitende und gliedert sich in die Hauptabteilungen Technik & Logistik, Kriminalpolizei, Verkehrspolizei, Sicherheitspolizei und Regionalpolizei. Sie betreibt – als Teil der Hauptabteilung Technik & Logistik – die kantonale Notrufzentrale «KNZ». Diese ist für die Meldungseingänge bzw. Alarmierung sämtlicher Blaulichtorganisationen verantwortlich. Der heutige Standort der «KNZ» an der Moosbruggstrasse in St.Gallen wurde im Jahr 1998 als Neubau im sogenannten Calatrava-Bau bezogen. In den Jahren 2008/09 mussten das Einsatzleit- und Informationssystem «ELIS» vollständig erneuert und die Räumlichkeiten baulich angepasst werden. Das «ELIS» ist seither im 7x24h-Betrieb im Dauereinsatz. Bereits damals zeigte sich, dass die räumlichen Gegebenheiten zunehmend die betrieblich-technischen Anforderungen nicht mehr erfüllen können. Das heutige System wird im Jahr 2023 am Ende seines technischen Lebenszyklus sein, der normalerweise eine Zeitdauer von acht bis zehn Jahren umfasst. Dadurch können der technische Support und die Ersatzteillieferungen zur Aufrechterhaltung des Systems nur mit erhöhtem Aufwand gewährleistet werden. Ohne Ersatzlösung «ELIS» bis Ende



2023 steigt bei einem Weiterbetrieb ab dem Jahr 2024 das Ausfallrisiko des Systems zunehmend. Eine Alternative zur Ersatzlösung ist nicht vorhanden. Als Redundanz (Übergangslösung für einige Tage) steht das gleiche System bei der Stadtpolizei St.Gallen zur Verfügung. Dieses muss gleichzeitig erneuert werden, ansonsten besteht ein existenzielles Sicherheitsrisiko für die Öffentlichkeit.

4.3.2 Stadtpolizei St.Gallen

Für die Stadtpolizei St.Gallen gelten sinngemäss die Aussagen im Abschnitt 4.3.1. Ausgenommen davon sind deren Raumverhältnisse: Die Räumlichkeiten an der Vadianstrasse 57 genügen den Anforderungen und Bedürfnissen der Stadtpolizei, zumal die Redundanzfrage mit der KNZ gemäss Schlussbericht vom 8. August 2019, verabschiedetes Lösungskonzept «Abgesetzte Arbeitsplätze», nicht mehr sicherzustellen ist.

5 Projektziel und Lösungsvarianten

Die Zielformulierungen der Anspruchsgruppen lassen sich zusammengefasst wie folgt beschreiben:

- Beschaffung und Betrieb eines neuen Einsatzleit- und Informationssystems «ELIS» mit der Bereitstellung von Hard- und Software im «Frontend NEZ» sowie «Backend RZ» bei Kantons- und Stadtpolizei;
- nachhaltige und sichere Infrastrukturen und Arbeitsplatzbedingungen, Bereitstellung der Bauten für die Unterbringung der Notruf- und Einsatzleitzentralen («Frontend NEZ»);
- Inbetriebnahme der Notruf- und Einsatzleitzentralen spätestens per Mitte 2024 bei Kantons- und Stadtpolizei;
- Prüfung der Möglichkeit des Einbezugs eines Rechenzentrums für die Staatsverwaltung des Kantons St.Gallen im «Backend RZ».

Die detaillierten Ausprägungen der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen sind gemeinsam zwischen Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen zu klären und zu definieren. Hierfür wird, gleichzeitig und gemeinsam mit dem Stadtrat St.Gallen, ein eigenständiger Projektauftrag erteilt (Projekt «NEZ – Technik und Organisation»).

5.1 Standorte

Gemäss Entscheid des Steuerungsausschusses «VZW» vom 18. Juni 2019 wurden als Rahmenbedingungen für die Notruf- und Einsatzleitzentrale der KNZ festgehalten:

- Auf die Nutzung der bestehenden KNZ-Räume (Calatrava-Bau) wird verzichtet; das «Armstrong»-Areal wird ausgeschlossen.
- Der Standort der Kantonspolizei für das Teilprojekt «Frontend NEZ» soll möglichst in der Nähe zum Klosterhof (Kommando) bzw. auf dem Stadtgebiet zu liegen kommen; dieser Standort ist in Form einer Übergangslösung bis zum Bezug «VZW», voraussichtlich im Jahr 2033, gesetzt.
- Die Suche nach dem Standort und Leistungserbringer im Teilprojekt «Backend RZ» ist Gegenstand eines Beschaffungsvorhabens. Als zwingende Vorgabe muss dieser in der Schweiz und wünschenswert in nicht allzu ferner Distanz von der Stadt St.Gallen liegen. Betroffen davon sind die Kantons- und Stadtpolizei gleichermassen.
- Die Stadtpolizei bzw. die zuständige Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen halten am bestehenden Standort der EZ-Stapo an der Vadianstrasse 57 fest.



5.2 Vorgesehene spätere Nutzungen

Durch die Abkopplung des Rechenzentrums, einerseits vom «VZW», anderseits von den Einsatzleitzentralen, kann das Teilprojekt «Backend RZ» bzw. diese Investitionen als langfristige Lösung betrachtet werden, die auch nach dem Bezug des VZW im Zeitraum 2033 weiterbestehen wird.

5.3 Rahmenbedingungen Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentralen

Der dringliche Ersatz von «ELIS» und der zusätzliche Platzbedarf der KNZ kann aufseiten des Kantons nicht innerhalb des aktuellen Baubestandes gelöst werden. Somit hat der Ersatz KNZ, inkl. «ELIS», an einem neuen Standort zu erfolgen. Die neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen sollen räumlich unabhängig von der heutigen Anordnung bei der Kantonspolizei betrieben werden können.

5.4 Termindruck für den Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentralen

Die Planung und Genehmigung eines komplexen Vorhabens wie derjenigen einer Notruf- und Einsatzleitzentrale bedingt eine lange Entwicklungs-, Planungs- und Realisierungszeit, anderseits den Durchlauf an speziellen formellen und baulichen Prozessen und Verfahren. Eine Inbetriebnahme ist jedoch spätestens im Jahr 2024 sicherzustellen.

5.5 Projektlösungsstrategie Projekt «NEZ – Technik und Organisation»

Die Lösungsstrategie ist im Schlussbericht vom 8. August 2019, «Notruf- und Einsatzleitzentralen der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen» dokumentiert. Diese wurde von den Regierungen von Kanton und Stadt am 15. bzw. 22. Oktober 2019 verabschiedet.

5.6 Projektlösungsstrategie Teilprojekt «Backend RZ»

Die Lösungsstrategie in diesem Teilprojekt ist im Bericht «SVZ-RZ», Grundlagen zum Entscheid «make or buy», 27. Februar 2019, V 1.01, ausführlich dargelegt. Der Steuerungsausschuss hat am 18. Juni 2019 auf Grundlage der Zustimmung der betroffenen Departemente einstimmig beschlossen, die Rechenzentren NEZ und GOV nicht im «VZW» durch den Kanton zu erstellen und damit zu sourcen (Variante «buy», siehe auch Abschnitt 1.2).

5.7 Projektlösungsstrategie Teilprojekt «Frontend NEZ»

Das Teilprojekt «Frontend NEZ» soll als Übergangslösung bis zum Bezug im «VZW» im Jahr 2033 konzipiert werden. Als wesentliche Abweichung gegenüber der definitiven Lösung, die im «VZW» vorgesehen wird, ist der Verzicht auf die Führungsräume des Kommandos und auf das Besucherzentrum zu erwähnen. Das Kommando führt während der Übergangszeit weiterhin vom Stadtzentrum St.Gallen bzw. vom Klosterhof aus. Hintergrund dieser Strategie ist die Entlastung des Projekts vom Druck der ansonsten notwendigen Erweiterung der Räumlichkeiten.

5.7.1 Bedarf und Anforderungen an «Frontend NEZ»

Der Bedarf und die Anforderungen im Teilprojekt «Frontend NEZ» sind auf eine Übergangslösung von rund acht bis zehn Jahren ausgerichtet. Alle Funktionen werden sinngemäss wie im heute bestehenden Betrieb der Kantonalen Notrufzentrale bereitgestellt. Der sichere und unterbruchfreie Betrieb gemäss den Anforderungen ist dabei sicherzustellen.



Der Ausbaustandard für «Frontend NEZ» soll mit dem Charakter einer Übergangslösung einhergehen, hingegen so gewählt werden, dass insbesondere die Mitarbeitenden optimale Bedingungen für ihre Leistungserbringung vorfinden.

Das Hochbauamt und die Kantonspolizei haben gemeinsam den Bedarf und die Anforderungen an den Standort bzw. an das Objekt für «Frontend NEZ» vorgegeben. Auf dieser Grundlage soll ein geeignetes Objekt gefunden werden. Massgebende Eckwerte sind u.a. Räumlichkeiten von rund 1'500 m² Nutzfläche, die örtliche Nähe zum Kommando bzw. zum Stadtzentrum, die Nähe zum Autobahnanschluss und Parkiermöglichkeiten.

5.7.2 Objektevaluation «Frontend NEZ»

Für die Evaluation von Objekten für das TP «Frontend NEZ» wurden verschiedene Möglichkeiten untersucht und in Erwägung gezogen. Unter anderem wurden der Einbau in ein bestehendes kantonales Eigentumsobjekt, das Erstellen eines kantonalen Neubaus und der Kauf eines Objekts geprüft. Diese Möglichkeiten erwiesen sich jedoch nach genauer Betrachtung aus den folgenden Gründen als nicht umsetzungstauglich:

- Bei den Eigentumsobjekten des Kantons sind die geforderten Flächen nicht verfügbar und wenn diese bereitgestellt würden, sind aufwendige, kostspielige und zeitintensive Nutzungsprochaden nicht zu vermeiden. Ein Neubauprojekt kann aus Zeitgründen nicht bis 2024 umgesetzt werden. Der Kauf eines Objekts, mit dem alleinigen Zweck, darin eine Übergangslösung vorzusehen, entspricht nicht dem Charakter des Vorhabens und verfehlt die nachhaltige Vorgehensstrategie.
- Im Rahmen des gemeinsamen Vorgehens von Kanton und Stadt St.Gallen in Sachen «Backend RZ» wurde ebenfalls eine Anfrage nach geeigneten Räumlichkeiten für «Frontend NEZ» an das Hochbauamt der Stadt St.Gallen gerichtet. Die Rückmeldung des städtischen Hochbauamtes ergab, dass die Stadt St.Gallen aktuell über keine frei verfügbaren und geeigneten Flächen verfügt.
- Als weitere Möglichkeit wurde ein Sourcing des «Frontend NEZ» im Rahmen der Beschaffung «Backend RZ» geprüft. Erste Abklärungen zeigen, dass für «Backend RZ» im Grossraum St.Gallen keine geeigneten Anbieter zu finden sind und folglich für ein «Frontend NEZ» die geforderte Nähe zum Stadtzentrum St.Gallen ebenso nicht gegeben wäre (z.B. denkbare RZ-Standorte in Linth-Limmern, Frauenfeld oder Gais).

Es verbleibt damit die Lösungsform in einem Mietobjekt. Dieses Vorgehen lässt eine zeitnahe und unabhängige Umsetzung des Vorhabens zu und unterstützt den Charakter einer Übergangslösung. Als Nachteil erweist sich allenfalls die vorzeitige, rechtliche und monetäre Sicherung eines geeigneten Mietobjekts, insbesondere dann, wenn der Genehmigungsprozess mit dem Kreditbeschluss noch nicht abgeschlossen ist.

Aktuelle Abklärungen des Hochbauamtes auf dem Mietermarkt präsentieren mehrere Möglichkeiten für potenziell geeignete Mietobjekte innerhalb des Stadt- und Grossraums St.Gallen. Insgesamt konnten aus elf Angeboten fünf einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Dabei handelt es sich um ein Objekt in Gossau Ost, zwei Objekte in St.Gallen-Bruggen, ein Objekt in St.Gallen-St.Fiden und ein Objekt in St.Gallen-Neudorf. Als Resultat einer ersten groben Machbarkeitsprüfung dieser fünf Objekte wurden die folgenden drei Objekte für eine vertiefte Betrachtung empfohlen (Reihenfolge ohne Wertung):

- Objekt Gossau Ost, St.Galler-Strasse 244, 9200 Gossau
- Objekt Lerchenfeld, Zürcherstrasse 204, 9014 St.Gallen
- Objekt Winkel, Heiligkreuzstrasse 5, 9008 St.Gallen



In Zusammenarbeit zwischen dem Hochbauamt, der Kantonspolizei und Fachspezialisten wurden in der Folge die drei Mietobjekte besichtigt und einer detaillierteren Prüfung auf Eignung unterzogen sowie eine erste Grobschätzung der Investitions- und Mietkosten vorgenommen. Je nach Objekt bzw. Ausbaustrategie liegen die Bauinvestitionen bei rund 16 Mio. Franken (+/-20 Prozent). Nach dem Auszug, voraussichtlich im Jahr 2033, ist für den Rückbau mit Kosten von rund 1 Mio. Franken (+/-20 Prozent) zu rechnen. Die noch nicht verhandelten Mietkosten, inkl. Nebenkosten und Parkierung, liegen je nach Objekt bzw. Ausbaustrategie zwischen 2,2 und 3,9 Mio. Franken für eine Nutzungsdauer von zwölf Jahren (2022-2033). Zu berücksichtigen ist voraussichtlich auch eine Reservationsgebühr des Mietobjekts bis zum Entscheid des Kantonsrates für das Jahr 2021 in geschätzter Höhe von 0.2 Mio. Franken.

Mit Vorliegen dieser drei potenziellen Mietobjekte ist die Objektevaluation nicht abgeschlossen. Es wird weiterhin nach geeigneten Objekten gesucht.

5.7.3 Weiteres Vorgehen

Auf Grundlage des beschriebenen Beschaffungsbedarfs mit den zugrundeliegenden Anforderungen sollen nur noch Mietobjekte weiterverfolgt werden. Daraus folgt:

- Weitere und geeignete Mietobjekte sind bis Ende 2019 abschliessend zu prüfen.
- Ein Objektentscheid ist auf den Frühling 2020 anzustreben.
- Spätestens mit der RRB-Vorlage im Jahr 2020 hat die Projektdefinition mit den Angaben zu den genauen Kosten, zum empfohlenen Objekt sowie zu den Einbauten zu erfolgen.

5.8 Projektanforderungen / erwartetes Projektergebnis

Die Anforderungen an das Projekt können im jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend definiert werden, sondern müssen im Verlauf der Projektarbeiten weiter verfeinert und bei Bedarf ergänzt werden. Insbesondere wird das Projekt die folgenden Anforderungen zu erfüllen haben:

- neue Notruf- und Einsatzleitzentrale für die Kantonspolizei in einer gesicherten Bauwerksklasse mit erhöhten Anforderungen (Raumklima, Akustik, Raumhöhe usw.);
- vollständiger technischer und applikatorischer Ersatz von «ELIS» mit den zugehörigen Umsystemen («Frontend» und «Backend») für KNZ und EZ-Stapo;
- Bereitstellung eines Rechenzentrums in der geforderten Grösse bzw. Skalierung nach den einschlägig gültigen Standards für KNZ und EZ-Stapo;
- Berücksichtigung der Partnerorganisationen, auch in einer späteren Entwicklung oder Projektphase;
- Möglichkeit, jeweils in rund 8-bis-10-Jahres-Zyklen einen weiteren «ELIS»-Ersatz ohne bauliche Massnahmen vornehmen zu können;
- organisatorische und technisch-betriebliche Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Stadtpolizei, mit der Möglichkeit des Anschlusses weiterer Leistungsbezüger.

Damit das erwartete Projektergebnis eintritt, sind die involvierten Stakeholder wie folgt gefordert:

Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons bzw. Direktion für Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen (Projekt «NEZ – Technik und Organisation»):

- ein Pflichtenheft für die Ablösung der Kantonalen Notrufzentrale KNZ und der EZ-Stapo zu erarbeiten;
- gestützt auf die Pflichtenhefte Ausschreibungen gemäss dem gültigen öffentlichen Beschaffungsverfahren durchzuführen (gilt sowohl für die technische Ablösung des «ELIS» als auch für eine externe Projektleitung);



- die zur Realisierung vorgesehenen Varianten zu konkretisieren;
- die Entscheidungsgrundlagen für die Einholung der erforderlichen Kredite zu erarbeiten;
- den Projektauftrag für die Einführung der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen inkl. Rechenzentrum zu formulieren;
- die für die Entwicklungs- und Projektierungsarbeit nötigen Mittel in allen drei Teilprojekten sicherzustellen.

Finanzdepartement des Kantons St.Gallen (Teilprojekt «Backend NEZ»):

- ein Pflichtenheft für die Bereitstellung ausreichend gesicherter Rechenzentren für KNZ und EZ-Stapo zu erarbeiten, mit der Möglichkeit der Ausweitung auf weitere Teile der Staatsverwaltung;
- gestützt auf das Pflichtenheft eine Ausschreibung³ gemäss dem Beschaffungsverfahren durchzuführen;
- die zur Realisierung vorgesehenen Varianten zu konkretisieren;
- die Entscheidungsgrundlagen für die Einholung der erforderlichen Kredite zu erarbeiten;
- den Projektauftrag für die Beschaffung und den Betrieb des Rechenzentrums zu formulieren.

Baudepartement des Kantons St.Gallen (Teilprojekt «Frontend NEZ»):

- Raum und Flächen sowie Infrastruktur für die Arbeitsplätze der Disponenten der KNZ bereitzustellen;
- mögliche Nutzungsstrategien der freiwerdenden Räumlichkeiten in der heutigen KNZ (Calatrava-Bau) aufzuzeigen.

5.9 Chancen und Gefahren

Chancen

Mit der Projektstruktur «ÜL-NEZ», in Verbindung mit dem Projekt «NEZ-Technik und Organisation», sind die Zuständigkeiten und Aufgaben klar abgegrenzt. Die organisatorische Lösungsform sowie die technische Architektur sind zudem sehr flexibel und erlauben die gemeinsame Nutzung bedeutender Ressourcen wie z.B. Personal und Sachmittel.

Unter Einbezug der Partnerorganisation entsteht ein Vorhaben von weitreichender Bedeutung.

Gefahren

Projekte in der geplanten Grössenordnung sind von grosser politischer und finanzieller Bedeutung. Sie stehen vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit und sind damit verbunden, dass ein Zusammenwirken mit Dritt- und übergeordneten Interessen unausweichlich ist. Damit bestehen unvorhersehbare Risiken.

6 Berührungspunkte zu anderen Projekten und Vorhaben

Zusammengefasst können die Berührungspunkte zu anderen Projekten wie folgt beschrieben werden:

- Das Bilden der gemeinsamen Notruf- und Einsatzleitzentrale mit der Stadtpolizei und/oder weiteren Partnerorganisationen ist ein Organisations-Projekt der Kantonspolizei.
- Die Instandhaltung- und Instandsetzungsprojekte der freiwerdenden Objekte sind nicht Gegenstand des Vorhabens «ÜL-NEZ». Sie unterliegen der Verantwortung des Hochbauamtes.

³ Alternative: Möglicherweise ist eine «In-State»-Vergabe anzuwenden, bei der im Wesentlichen darauf abgestellt wird, ob ein Vergabevorgang wettbewerbsneutral ist.



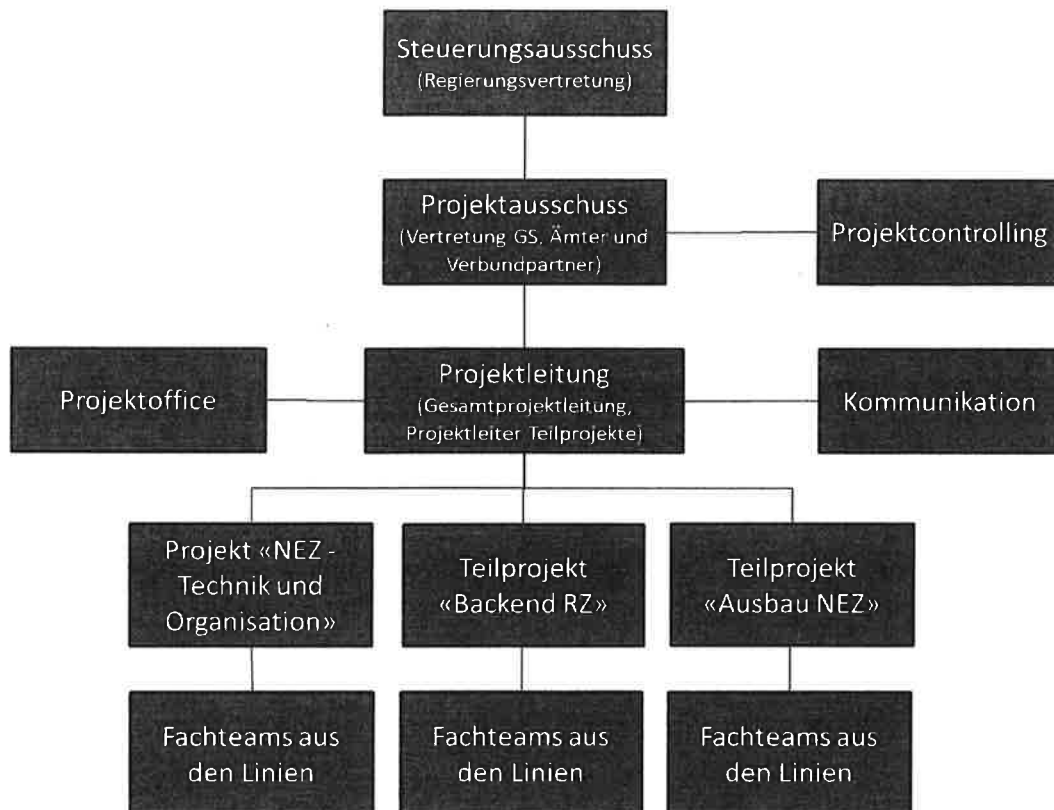
- Überlegungen zur Nutzungsstrategie der freiwerdenden Objekte werden in der Projektdefinition angestellt. Die Bearbeitung der daraus resultierenden Vorhaben ist nicht Teil des vorliegenden Projekts. Diese unterliegen der Verantwortung des Hochbauamtes.
- Mit dem Werterhalt POLYCOM gilt es, das Führungssystem (Funk) von Kantons- und Stadtpolizei zu ersetzen. Das Funksystem ist heute eng mit den Notruf- und Einsatzleitsystemen verbunden. Deren Ersatz hat koordiniert und gleichzeitig zu erfolgen.
- Die Bereitstellung des Rechenzentrums ist ein strategisches Querschnittsprojekt der IT-Strategie 2016+ im Finanzdepartement. Für die Koordination weiterer Mieterausbauten ist der Dienst für Informatikplanung (DIP) verantwortlich.
- Eine gleichwertige Redundanz mit einem starken Partner wie z.B. die Kantonspolizei Zürich muss rechtzeitig geklärt werden, um die massgebenden Anknüpfungspunkte klären zu können.

7 Projektabwicklung

Die Dienststelle Recht und Legistik (RELEG) der Staatskanzlei wurde angeschrieben, um zu prüfen, welches Vorgehen in der Projektabwicklung bzw. mit Blick auf die Verfahren der Beschlussfassung zu wählen ist. Sie hält fest, dass die Projekte «NEZ – Technik und Organisation» bzw. die Teilprojekte «Backend NEZ» und «Frontend NEZ» zusammen in jedem Fall Kosten von über 3 Mio. Franken verursachen. Daher ist eine Vorlage an den Kantonsrat erforderlich. Da diese Teilprojekte eng miteinander verknüpft sind, ist es angezeigt, dem Kantonsrat eine einzige Vorlage zu unterbreiten. Sollte der Kreditbeschluss des Kantonsrates nicht dem Finanzreferendum unterliegen, wäre es grundsätzlich möglich, die Vorlage in eine Budgetbotschaft an den Kantonsrat zu integrieren. Dies wurde mit dem Sonderkredit «Kantonale Notrufzentrale: Ersatz des Einsatzleitsystems, gemeinsame Beschaffung mit der Stadt St.Gallen» im Rahmen des Voranschlags 2007 [33.06.03] vollzogen. Nach heutiger Einschätzung ist davon auszugehen, dass der betreffende Sonderkredit im Sinn der bundesgerichtlichen Rechtsprechung als gebundene Ausgabe erscheint und damit nicht referendumspflichtig ist (siehe auch Abschnitt 9).

7.1 Projektorganisation und -controlling

Für das vorliegende Vorhaben ist folgende Organisationsstruktur vorgesehen, wobei die Gesamtprojektleitung und allfällige externe Mandate abschliessend zu bestimmen sind:



Steuerungsausschuss [SA]

F. Fässler, RR, SJD (Co-Vorsitz)
 S. Lüthi, SR, DSSI (Co-Vorsitz)
 HR. Arta, SJD-GS
 S. Gerteis, DSSI-SC
 B. Zanga, Kdt Kapo
 R. Hurni, Kdt Stapo

Projektausschuss [PA]

M. Gächter, SJD-KAPO (Co-Vorsitz)
 E. Gschwend, DSSI-Stapo (Co-Vorsitz)
 R. Schneider, FD-DIP
 J. Kellenberger, BD-HBA
 Vertretung GD
 Vertretung GVA
 H. Vetsch, IDS
 GPL Gesamtprojektleiter/in (tbd)

Projekt «NEZ – Technik und
 Organisation»:
 Projektleitung [PL]

PL U. Studerus (Stv. Th. Diem), SJD-KAPO
 PL R. Isenring (Stv. vakant), DSSI-STAPO
 ggf. Vertreter Verbundpartner

Fachteams [FT]:

Fach- und Arbeitsgruppen inkl. Verbundpartner mit deren
 Vertretern (durch PL noch zu bestimmen)



Teilprojekt «Backend RZ»:
Projektleitung [PL]

PL KH. Holenstein (Stv. D. Locher), FD-DIP
TPL U. Studerus (Stv. Th. Diem), SJD-KAPO
Vertretung DI-IDS

Fachteams [FT]

Fach- und Arbeitsgruppen inkl. Verbundpartner mit deren
Vertretern (durch PL noch zu bestimmen)

Teilprojekt «Frontend NEZ»:
Projektleitung [PL]

PL Bau R. Rüfli, BD-HBA (für Projektentwicklung; PL Bau
Umsetzung vakant)
TPL Nutzer R. Knechtle (Stv. E. Heldner), SJD-KAPO
ggf. Vertreter Verbundpartner

Fachteams [FT]

Fach- und Arbeitsgruppen inkl. Verbundpartner mit deren
Vertretern (durch PL noch zu bestimmen)

Die Teilprojekte bzw. die Teilprojektleiter werden durch die Gesamtprojektleitung in Form einer Projektleiterkoordination geführt. Unterstützend soll für das vorliegende Vorhaben ein Projektcontrolling, ein Riskmanagement, eine Fachgruppe Kommunikation und ein Projektoffice unterstützt werden. Die dazu erforderlichen Ressourcen werden noch erhoben.

Die A/V/K zwischen Stamm- und Projektorganisation orientieren sich nach dem Rollenmodell von Hermes 5.1.

7.2 Zeitplan

Die Zeitplanung in Beilage 1 umfasst einen ersten Einblick ab der Beschlussfassung durch die Regierung im Dezember 2019 (Projektauftrag) bis und mit Inbetriebnahme im Jahr 2024. Mit der gleichzeitigen und inhaltlich aufeinander abgestimmten Beschlussfassung über den Nachtrag zur Projektskizze «VZW» sowie über die Erteilung der Projektaufträge «ÜL-NEZ» und «NEZ-Technik und Organisation» wird eine zentrale Grundlage für den Projekterfolg gelegt. Die Meilensteine richten sich nach den Projektphasen-Ergebnissen nach Hermes 5.1, Szenario Standardanwendung.

Der vorliegende Projektauftrag bis und mit Projektphase «Konzept» soll mit Vorlage an die Regierung zwecks Kantonsratsbeschluss im November 2020 wie folgt abgeschlossen werden:

Genehmigung Projektauftrag (RRB bzw. SRB)	3. Dezember 2019
Erstellen der Pflichtenhefte	ab November 2019
Ausschreibungen nach GATT / WTO inkl. Anträge ⁴	bis September 2020
Zuschlagsverfügungen ⁵ (RRB bzw. SRB)	November 2020
Erarbeitung Botschaft	ab Januar 2021
Beschlussfassung; Basis Sonderkredit	spätestens November 2021

Die nachfolgenden Projektphasen Realisierung und Inbetriebnahme ab 2022 bis 2024 werden mit separater Regierungsvorlage im November 2021 beantragt.

⁴ Die Ausschreibung erfolgt unter Vorbehalt der politischen Beschlussfassungen über die Krediterteilung.

⁵ Der Zuschlag erfolgt unter Vorbehalt der politischen Beschlussfassungen über die Krediterteilung.



7.3 Kosten und erforderliche Ressourcen

Es wird empfohlen das Vorhaben mit einer angepassten Projektorganisation gemäss Abschnitt 7.1 bzw. Ressourcenbereitstellung zu führen. Für die Bearbeitung in den beschriebenen Teilprojekten ist zwingend über die Amtsleitung sicherzustellen, dass die jeweiligen Projektbeteiligten über genügend Ressourcen (intern / extern) und hinreichende Entscheidungskompetenzen verfügen. Eine externe übergeordnete Projektleitung und -Unterstützung wird aktuell ausgeschrieben.

Die Projektkosten und Ressourcen für die Projektphase «Konzept» werden bis und mit Vorlage an die Regierungen im November 2020 wie folgt geschätzt:

Alle Projektphasen	Interne Ressourcen Stadt	Interne Ressourcen Kanton	Externe Ressourcen
Gesamtprojektleiter(in)	R. Isenring	U. Studerus	vakant (Ausschreibung i.A.)
Ext. Unterstützung / Projekt «NEZ – Technik und Organisation»	100 Arbeitstage	100 Arbeitstage	1,5 Mio. Franken (bis KRB)
Ext. Unterstützung / TP «Backend RZ»	32 Arbeitstage (bis KRB)	320 Arbeitstage (bis KRB)	200'000 Franken (bis KRB)
Ext. Bauplanung KNZ / TP «Frontend NEZ»	n/a	250 Arbeitstage (bis KRB)	1,7 Mio. Franken (bis KRB; betrifft nur Kanton)
Nutzer Kapo / Stapo	120 Arbeitstage	120 Arbeitstage	siehe TP «NEZ – Technik und Organisation»

7.4 Kostenteiler Kanton – Stadt St.Gallen

Für die Aufteilung der Kosten haben die beteiligten Vertreter der Finanz- und Polizeidirektionen von Stadt und Kanton bisher vereinbart, für die Investitions- und die Betriebskosten einen identischen Verteilschlüssel für die einmaligen und wiederkehrenden Kosten anzuwenden. Sodann teilen sie die einzelnen Teilprojekte in jene Bereiche auf, die jeder Partner selbst tragen soll, bzw. in jene, die in den gemeinsamen Verteilschlüssel einfließen sollen. Als Kostenteiler wurde mit einem Verteilschlüssel von 75 Prozent zulasten des Kantons und 25 Projekt zulasten der Stadt gerechnet. Dieser Kostenschlüssel ist zu verifizieren und vor Beginn der Phase Realisierung durch Regierung und Stadtrat zu verabschieden.

Die Zahlungsmodalitäten bzw. Rechnungsstellung erfolgt in der vorliegenden Projektphase «Konzept» gemeinsam und in der folgenden Projektphase «Realisierung» pro Los Kanton (KNZ) bzw. Stadt (EZ-Stapo) getrennt. Konkret werden alle Lieferanten angewiesen, eine getrennte Rechnungsstellung für KNZ bzw. EZ-Stapo gemäss dem zu verabschiedenden Verteilschlüssel anzuwenden. Der Kanton muss damit keine Vorleistungen zuhanden der Stadt erbringen, umgekehrt keine Zahlungen der Stadt ohne Mehrwert erfolgen. Bis zur definitiven Verabschiedung des Kostenteilers ist der Kanton indessen bereit, die laufenden Ausgaben vorzufinanzieren; eine Verpflichtung zur Rückerstattung seitens der Stadt, gemäss späterem Kostenteiler, liegt vor.



7.5 Finanzstruktur

Anmerkung: Sämtliches Zahlenmaterial ist einschliesslich MWST ausgewiesen.

Das bisherige Projekt VZW wurde bis und mit Projektskizze RRB 2017/847 vom 19. Dezember 2017 unter dem Projektierungskredit «PK 6C.II.070052» geführt. Dieser PK war ausgestattet mit einem Budget von rund 2 Mio. Franken. In der weiteren Bearbeitung wurde dieser mit Budget 2019 um 5 Mio. auf rund 7 Mio. Franken erhöht. Per Ende September 2019 sind noch rund 5 Mio. Franken verfügbar. Der Projektierungskredit «PK 6C.II.070052» wird weiterhin dem Projekt VZW zugeordnet und weitergeführt.

Ein weiterer PK (Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentrale, PK 6C.II.01906) in Höhe von 1,5 Mio. Franken wurde per 1. Januar 2019 für die Bearbeitung einer möglichen ersten Etappe «NEZ» im Projekt «VZW» im BD eingerichtet. Dieser PK wurde bis anhin nicht in Anspruch genommen. Der im BD eingestellte PK 6C.II.01906 «Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentrale» in Höhe von 1,5 Mio. Franken findet im Projekt «VZW» keine Verwendung mehr. Ende Jahr 2019 wird die vollumfängliche Bevorschussung in Höhe von 1,5 Mio. Franken nicht mehr aktiviert.

Die Finanzstruktur soll wie folgt geregelt werden:

- Projekt «NEZ – Technik und Organisation»:
Insgesamt sind im Aufgaben- und Finanzplan SJD 23 Mio. Franken enthalten (Projektphase «Konzept» bis und mit «Einführung»). Davon sind für die Jahre 2019 und 2020 rund 1,5 Franken für den Beizug externer Fachkräfte enthalten bzw. budgetiert (Projektierungskredit «T150 Ersatz ELIS»). Die Stadt wird sich gemäss dem zu definierenden Verteilschlüssel beteiligen (siehe Abschnitt 7.4).
- Teilprojekt «Backend RZ»:
Im Teilprojekt «Backend RZ» sind aktuell keine Mittel eingestellt und werden gemäss Beschluss des Steuerungsausschusses «VZW» über das Vorhaben «T150 Ersatz ELIS» bereitgestellt. Die Stadt wird sich gemäss dem zu definierenden Verteilschlüssel beteiligen (siehe Abschnitt 7.4).
- Teilprojekt «Frontend NEZ»
Das Teilprojekt «Frontend NEZ» ist eine bauliche Übergangslösung von acht bis zehn Jahren der KNZ. Es ist Teil des Technik- bzw. IT-Projekts des SJD. Davon unabhängig steht das Hochbauamt als Baufachorgan für die baulichen Belange in der Pflicht. Die Investitionen für «Frontend NEZ» werden auf 16 Mio. Franken (+/- 20 Prozent) und der Rückbau nach Auszug im Jahr 2033 auf 1,0 Mio. Franken (+/- 20 Prozent) geschätzt. Im Falle eines Mietobjektes ist zudem mit Mietkosten (Mietzins, Nebenkosten, Parkierung, ohne Betriebskosten) im Rahmen von 2,2 bis 3,9 Mio. Franken für zwölf Jahre (2022-2033) und mit einer Reservationsgebühr für das Mietobjekt von 0,2 Mio. Franken für das Jahr 2021 zu rechnen. Der Kreditbedarf bis KRB wird vom HBA auf höchstens 1,7 Mio. Franken geschätzt (1,5 Mio. Franken Projektleistungen und 0,2 Mio. Franken Reservationsgebühren für das Mietobjekt für das Jahr 2021). Die entsprechenden Mittel sollen über das Vorhaben «T150 Ersatz ELIS» bereitgestellt werden. Die Mietkosten sind dabei über den Kredit «Mieten» im Rahmen des Budgets 2021 zu berücksichtigen.
Die Stadt St.Gallen ist von diesem Teilprojekt «Frontend NEZ» nicht betroffen. Sie trägt demzufolge keine Investitions- und Betriebskosten in diesem Teilprojekt.

Die externen Kosten für den Beizug externer Fachkräfte wurden im Organisationsprojekt «NEZ» zwischen der Stadt und dem Kanton bis zur Vorlage des definitiven Kostenschlüssels hälftig geteilt. Die Verhandlungen über die Teilung der Kosten zwischen Kanton und Stadt sind in der Projektphase «Konzept» aufzunehmen und mit der Projektphasenabnahme abzuschliessen. Es ist



grundsätzlich von gebundenen Ausgaben auszugehen, die in das zu bewilligende Realisierungsprojekt bzw. in die betroffenen Teilprojekte «umgebucht» werden sollen.

Es wurde zudem festgehalten, dass verwaltungsinterne personelle Projektaufwände gegenseitig nicht verrechnet werden.

7.6 Projektmarketing und -kommunikation

Im Projekt «VZW» wurde eine Arbeitsgruppe Kommunikation eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe Kommunikation wird weitergeführt. Mit dem Projekt «NEZ-Technik und Organisation» und dessen Teilprojekten erfolgt eine enge Abstimmung der Kommunikation. Diese ist insbesondere für eine ausreichende Kommunikation zuständig, die z.B. auch weitere Anspruchsgruppen wie Gemeinden, Stadt- und Kantonsrat von St.Gallen einbeziehen.

Für das Projekt «ÜL-NEZ» bzw. der Teilprojekte werden folgende Instrumente für die geordnete Kommunikation vorgesehen:

- Einsetzen der professionell geführten Arbeitsgruppe Kommunikation aus dem Projekt «VZW»;
- ein fortlaufend geführter Kommunikationsplan. Dieser definiert das Ereignis, den Inhalt, den Kanal, den Verantwortlichen und den Zeitpunkt;
- Koordination mit dem Projekt «VZW»;
- Projekt-Plattform SharePoint des Kantons St.Gallen als Kollaborations- und Datenaustauschplattform. Sie wird regelmässig mit den wesentlichen Ergebnissen der vergangenen Projektphasen aktualisiert. Offizielle Dokumente werden über die Plattform zur Verfügung gestellt;
- regelmässige Projekt-Newsletter zum Stand des Projekts und den weiteren Schritten.

Das durch die Gesamtprojektleitung zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess in der Projektkommunikation abschliessend. Dieses wird nach Freigabe des Projektauftrags erstellt und durch den Projektausschuss verabschiedet.

7.7 Change Management

Abweichungen zu den ursprünglichen Anforderungen werden als sogenannte «Changes» dokumentiert, beantragt und beurteilt.

Wesentliche Projektänderungen sind durch den Steuerungs- bzw. Projektausschuss zu genehmigen. Der Projektausschuss regelt die diesbezüglichen Einzelheiten für eine stufengerechte Zuständigkeitsordnung.

Im Grundsatz sind die in den jeweiligen Projektphasen definierten Lieferobjekte massgebend. Ergänzend ist es möglich, dass z.B. aus den zu erstellenden Konzepten während dem Projektverlauf Änderungen, Ergänzungen oder Präzisierungen resultieren, die zu berücksichtigen sind. Alle Abweichungen unterliegen dem ordentlichen Änderungsmanagement-Prozess. Das zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess im Change Management abschliessend.

7.8 Projektauswertung

Das Projekt unterliegt einem laufenden Review durch ein Qualitätsmanagement. Im Rahmen der ordentlichen Projektphasen-Meilensteine werden durch die Projektleitung die erforderlichen Zusammenzüge in Sachen Lieferobjekte und Erfüllung bewertet und dem Projektausschuss angezeigt. Beim Projektabschluss unterliegt das Vorhaben zudem der ordentlichen Gesamtwürdigung inkl. einer Kurzabhandlung der «lessons learned». Das zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess im Qualitätsmanagement abschliessend.



7.9 Übergang in die Betriebsphase

Für die technischen Teilprojekte unterliegt der Übergang in die Betriebsphase der Projektmethode Hermes 5.1, Szenario Standardanwendung, Projektphase «Einführung» und wird zu gegebener Zeit erstellt. Die Rollen, Zuständigkeiten und Aufgaben sind in der erwähnten Projektmethode für diese Projektphase abschliessend definiert. Für das bauliche TP «Frontend NEZ» ist die Phase «Bau in Betrieb» ein Drehbuch zu schreiben und die einzelnen Schritte mit dem TP «Ausbau NEZ» abzustimmen.

8 Risiken

Die verwaltungsinternen Ressourcen, die für ein Projekt dieser Dimension erforderlich sind, können qualitativ wie quantitativ nicht aufgebracht werden. Das betrifft einerseits das HBA als Bauherr, die Eigentümerversorger und Betreiber und andererseits das SJD bzw. die DSSI und insbesondere die Nutzervertreter, die neben ihrer alltäglichen Tätigkeit mit der Bearbeitung des Projekts und in diesem Zusammenhang auch mit Organisationsthemen konfrontiert sind. Wird dem Ressourcenaspekt nicht genügend Rechnung getragen, wirkt sich das qualitativ auf das Projekt und in zeitlicher Hinsicht negativ auf die Terminziele aus. Insbesondere das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» wäre davon existenziell betroffen.

Im Rahmen des Genehmigungsprozesses für das Teilprojekt «Frontend NEZ» erhält das Vorhaben keine oder nur teilweise Zustimmung und der Prozess verzögert sich, sofern die vom Hochbauamt vorgeschlagenen Varianten «Frontend NEZ» nicht seitens der Nutzervertreter zufriedenstellend ausfällt.

Der zeitgerechte Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentrale auf Ende 2024 ist eine existenzielle Grundbedingung im öffentlichen Interesse. Ohne diesen Ersatz wird die Kapo und Stapo kurz- oder mittelfristig handlungsunfähig und gefährdet damit die Öffentliche Sicherheit. Neben dem politischen Risiko besteht ein solches auch im Rahmen des Planungs- und Baubewilligungsprozesses (Einsprachen, Bewilligung). Kann der zeitnahe Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentrale nicht in Aussicht gestellt werden, fehlt zum heutigen Zeitpunkt eine Alternative für die Betriebsaufrechterhaltung.

8.1 Ergebnis der initialen Risikoanalyse

Die initiale Risikoanalyse ist der Beilage 2 zu entnehmen.

8.2 Risikomanagement während dem Projekt

Die separate Beilage 2 «Risiken» zeigt nach dem Projektstart die massgebenden Aspekte, die im vorliegenden Projekt zu berücksichtigen sind. Diese wird bis zur Geschäftsvorlage an die Regierung fortgeführt und laufend ergänzt.

Jedes Projektteam-Mitglied ist zudem verantwortlich, die Risiken, die mit seiner Rolle und seinen Kompetenzen zusammenhängen, zu erheben, zu überwachen und Veränderungen sofort der Gesamtprojektleitung oder dem zuständigen Projektleiter anzuzeigen.

Das Risikomanagement wird durch das Riskmanagement durchgeführt und orientiert sich an den Vorgaben des Projektausschusses. Die Risiken werden als Standardtraktandum in Sitzungen geführt, Veränderungen im Risikenumfeld werden laufend nachgeführt.



Die Gesamt-Projektleitung fasst zudem regelmässig die Projektrisiken sowie die implementierten Massnahmen sowie deren Auswirkungen zusammen. Der Risikobericht wird mindestens quartalsweise an die Projektteam-Mitglieder zugestellt.

9 Wirtschaftlichkeit und Finanzen

Mit dem heutigen Planungsstand sind keine Kostenaussagen im Projekt «NEZ-Technik und Organisation» möglich. Dazu fehlen einerseits die konkreten Ergebnisse aus den vorliegenden Teilprojekten sowie den verabschiedeten Standards der Nutzer und des Betreibers bzw. Vermieters. Mit den Ergebnissen aus den folgenden Ausschreibungen (erstes / zweites Semester 2020) bzw. der Projektdefinition (2. Semester 2020) werden die folgenden groben Angaben mittels Antragsstellung an die Regierungen im November 2020 präzisiert.

Um dem Vorhaben, trotz fehlender Projektinformationen, eine ungefähre Kostengrösse zuordnen zu können, wurden anhand des Referenzprojekts «ELIS» entsprechende Kosten hergeleitet. Sie belaufen sich für das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» auf gesamthaft rund 23 Mio. Franken. Eine genauere Kostenklärung ist Gegenstand der Ausschreibungen. Zudem muss der Kostenteiler zwischen Kanton und Stadt verbindlich für das Projekt und den anschliessenden Betrieb vor der Realisierung geregelt sein.

Aufgrund der mutmasslichen finanziellen Tragweite und der Komplexität des Vorhabens «NEZ-Technik und Organisation» soll auf Empfehlung der RELEG geprüft werden, ob allenfalls eine eigenständige Vorlage erarbeitet werden soll, die von einer vorbereitenden Kommission und vom Kantonsrat bzw. Stadtrat separat zu behandeln ist (anstelle Einbezug in die Budget- oder Rechnungsbotschaft).

In Sachen eines Finanzreferendums wird auf die unterschiedlichen Materien wie folgt verwiesen:

- Da das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» soweit ersichtlich und wie ausgeführt insgesamt materiell zusammenhängend ist, sind die Kosten für die Teilprojekte «Frontend NEZ» und «Backend RZ» für den Kanton bzw. die Stadt (exkl. TP «Frontend NEZ») gesamthaft zu betrachten.
- Beim TP «Frontend NEZ» geht es um eine provisorische (Hochbau-)Lösung für die KNZ. Im Grundsatz hat das Bundesgericht entschieden, dass Kosten für Provisoriums-Lösungen als gebunden betrachtet werden können, wenn in Bezug auf die Ausgestaltung des Projekts keine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit besteht. Der generelle Charakter des TP «Frontend NEZ» lässt vermuten, dass eine solche verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit tatsächlich nicht besteht. Allerdings muss dies dann anhand der konkreten Ausgestaltung des Teilprojekts überprüft werden. Im Übrigen legt die jüngere Gerichtspraxis nahe, dass Kosten für Provisorien grundsätzlich als gebundene Ausgaben eingestuft werden können.
- Beim TP «Backend RZ» erscheint es grundsätzlich möglich, von gebundenen Ausgaben auszugehen – jedenfalls dann, wenn sich die Art der anstehenden Ausgaben mit jener im Rahmen des erwähnten Sonderkredits aus dem Jahr 2007 vergleichen lässt. Ob die Argumentation zur Gebundenheit der Kosten im Zusammenhang mit der Beschaffung von ELIS (vgl. Botschaft zum Voranschlag 2007 [33.06.03], S. 134 ff.) auf den vorliegenden Fall übertragen werden kann, ist zu gegebener Zeit vertieft zu prüfen.

10 Support für das Projekt

Nebst der umfassenden Bereitstellung von internen Ressourcen mit den erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten ist der Beizug einer externen Projektleitung aus Gründen der aktuellen Kapazitäten und Wissens sowie der Durchsetzbarkeit und Akzeptanz unabdingbar.



Ebenso sollen im Teilprojekt «Backend RZ» Externe beigezogen werden, um zumindest für die fristgerechte Aufbereitung der Pflichtenhefte und ggf. der Ausschreibungsunterlagen zeitgleich bereitstellen zu können. Ohne dieses kann das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» bei den Disponenten-Arbeitsplätzen nicht realisiert werden.

Das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» stellt die technischen bzw. organisatorischen Grundlagen für die neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen. Die Kantonspolizei verfügt über ausreichende Kapazitäten, dieses Projekt materiell in der erforderlichen Tiefe zu bearbeiten, muss aber auch hier auf externe Unterstützung zählen können. Da es sich zudem über ein organisationsübergreifendes Projekt mit Einbezug externer Stakeholder wie die Stadtpolizei handelt, drängt sich eine aussenstehende Gesamtprojektleitung auf.

11 Auftragserteilung

St.Gallen, **05. Dez. 2019**

Heidi Hanselmann
Regierungspräsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär

In Vertretung des federführenden Sicherheits- und Justizdepartementes:

St.Gallen, **- 9. Dez. 2019**

Dr. Hans-Rudolf Arta
Generalsekretär



12 Anhang

12.1 Referenzierte Dokumente

– Bericht «SVZ-RZ», Grundlagen zum Entscheid «make or buy», 27. Februar 2019, V 1.01

12.2 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erklärung
AV/K	Aufgaben, Verantwortung und Kompetenz
BD	Baudepartement
BD-HBA	Baudepartement, Hochbauamt
BIT	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
BORS	Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit
DIP	Dienst für Informatikplanung
DSSI	Direktion Sicherheit und Soziales der Stadt St.Gallen
ELIS	Notruf- und Einsatzleitsystem der Kapo bzw. Stapo
EP	Entlastungsprogramm 2013 des Kantons St.Gallen
ERP	Enterprise Ressource Planning
EZ-Stapo	Notruf- und Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei
FD	Finanzdepartement
FD-DIP	Finanzdepartement, Dienst für Informatikplanung
GOV	Government, (kantonale) Verwaltung
HPI	Harmonisierung der Polizeiinformatik
IDS	Informatikdienste der Stadt St.Gallen
NEZ	Neue Notruf- und Einsatzleitzentrale
Kapo	Kantonspolizei St.Gallen
KNZ	Kantonale Notrufzentrale St.Gallen
KRB	Kantonsratsbeschluss
RELEG	Dienststelle Recht und Legistik des Kantons St.Gallen
RRB	Regierungsbeschluss
RZ-GOV	Rechenzentrum für die IT der kantonalen Verwaltung
RZ-NEZ	Rechenzentrum für die IT der Notruf- und Einsatzleitzentrale
SJD	Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons St.Gallen
Stapo	Stadtpolizei St.Gallen
VWZ	Verwaltungszentrum West

12.3 Beilagenverzeichnis

Beilage 1: Terminplanung bis und mit Kantonsratsbeschluss

Beilage 2 und 3: Ergänzende Unterlagen zum Risikomanagement



Projektauftrag

Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen (Projekt «NEZ-Technik und Organisation»)

Auftraggeber:

- Regierung des Kantons St.Gallen
- Stadtrat der Stadt St.Gallen

Datum des Projektauftrags:

3. Dezember 2019

Verfasser:

- Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons St.Gallen
- Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Vorgeschichte und Ausgangslage	6
1.1 Ausgangslage	6
1.2 Bisher erbrachte Vorleistungen	7
1.3 Abgrenzung und Abhängigkeiten	7
1.4 Systemlandschaft	7
1.5 Dringlichkeit / Konsequenzen bei Nichtrealisierung oder verspäteter Realisierung	7
2 Problem- und Aufgabenstellung	8
3 Weitere Anspruchsgruppen	9
4 Ziele und Lösungsstrategien	9
4.1 Auswirkungen auf die Staatsziele	9
4.2 Neue Notruf- und Einsatzleitzentralen	10
4.2.1 Kantonspolizei St.Gallen	10
4.2.2 Stadtpolizei St.Gallen	10
5 Projektziel und Lösungsvarianten	10
5.1 Standorte	11
5.2 Vorgesehene spätere Nutzungen	11
5.3 Rahmenbedingungen Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentralen	11
5.4 Termindruck, Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentralen	11
5.5 Projektlösungsstrategie Projekt «NEZ – Technik und Organisation»	12
5.6 Projektlösungsstrategie TP «Backend RZ»	12
5.7 Projektlösungsstrategie TP «Frontend NEZ»	12
5.8 Projektanforderungen / erwartetes Projektergebnis	12
5.9 Chancen und Gefahren	13
6 Berührungspunkte zu anderen Projekten und Vorhaben	14
7 Projektabwicklung	14
7.1 Projektorganisation und -controlling	15
7.2 Zeitplan	16
7.3 Kosten und erforderliche Ressourcen	17
7.4 Kostenteiler Kanton – Stadt St.Gallen	17



7.5	Finanzstruktur	18
7.6	Projektmarketing und -kommunikation	18
7.7	Change Management	19
7.8	Projektauswertung	19
7.9	Übergang in die Betriebsphase	19
8	Risiken	19
8.1	Ergebnis der initialen Risikoanalyse	20
8.2	Risikomanagement während dem Projekt	20
9	Wirtschaftlichkeit und Finanzen	20
10	Support für das Projekt	21
11	Auftragserteilung	22
12	Anhang	23
12.1	Abkürzungsverzeichnis	23
12.2	Beilagenverzeichnis	23



Zusammenfassung

Die Regierung des Kantons St.Gallen mit RRB 2004/498 vom 29. Juni 2004 sowie der Stadtrat St.Gallen mit SRB 4261 vom 3. Februar 2004 erklärten übereinstimmend die Absicht, ein einheitliches Einsatzleitzentralen-System namens «ELIS» für die Polizei von Kanton und Stadt St.Gallen zu beschaffen. Dieses Zusammengehen beruhte auf den Tatsachen, dass sowohl die Kantonspolizei als auch die Stadtpolizei St.Gallen ihre bestehenden Notruf- und Einsatzleitzentralen ersetzen mussten, weil bereits verlängerte Wartungsverträge Ende 2006 ausliefen. Mit RRB 2006/144 vom 28. Februar 2006 und SRB 1577 vom 28. Februar 2006 stimmten der Kanton und die Stadt St.Gallen der Realisierung des Vorhabens «ELIS» auf Grundlage eines sogenannten Mandantensystems (mit gegenseitiger Redundanz zwischen Kantons- und Stadtpolizei) zu. Der Projektabschluss folgte mit der etappierten Inbetriebnahme im November 2009. Zwei Jahre später bewilligte die Kantonsregierung St.Gallen die Erweiterung von «ELIS» mit einem Mandanten für den Kanton Appenzell Ausserrhoden (RRB 2011/516). Der Kanton Appenzell Innerrhoden übertrug kurze Zeit später der Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden Teile seiner Notruf- und Einsatzleitzentralen-Dienste (Outsourcing).

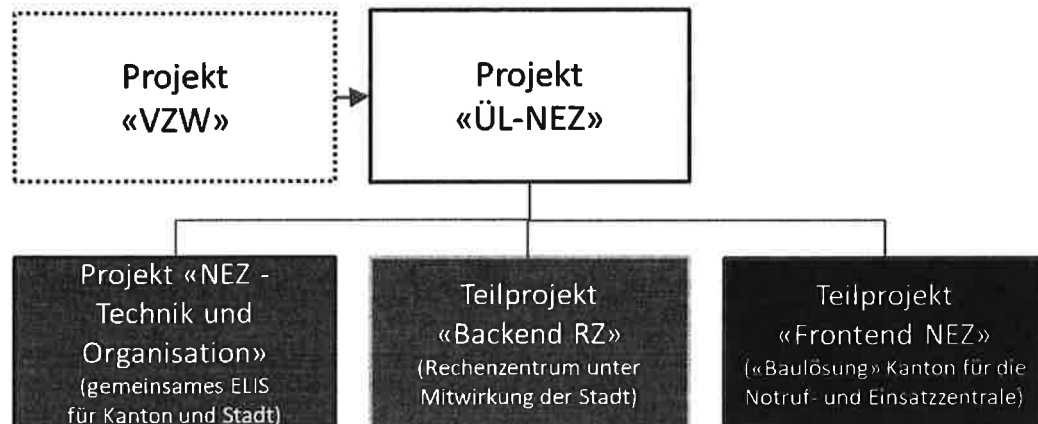
Im Rahmen der ordentlichen Instandhaltung wurden alle Notruf- und Einsatzleitsysteme im November 2015 mit einem neuen «ELIS»-Release ausgestattet. Der technische Produktlebenszyklus kann demzufolge, gemäss den Wartungsbestimmungen der Lieferanten, bis in das Jahr 2022/2023 aufrechterhalten werden. Aufgrund verschiedener anstehender Vorhaben, die die zukünftige Ausgestaltung von «ELIS» beeinflussen (z.B. geplantes Verwaltungszentrum West, Werterhalt POLYCOM, Ersatz der Bildsysteme in der KNZ und der Nationalstrassen der Gebiets-einheit VI) stellte sich ebenso die Frage, in welchen Ausprägungen die Notruf- und Einsatzleitzentralen von Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen in Zukunft bestehen sollen.

Die Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus und die Stadt St.Gallen prüften in der Folge in den Jahren 2017 bis 2018 die Realisierung einer gemeinsamen neuen Notruf- und Einsatzzentrale Ost («NEZ-Ost»). Dieses umfassende Organisationsmodell für eine integrierte Ostschweizer Notruf- und Einsatzleitzentrale, wie es seitens der Kantonspolizei St.Gallen skizziert worden war, stiess jedoch bei den Nachbarkantonen und der Stadt St.Gallen auf Ablehnung, insbesondere bezüglich Einsatzführung und -disposition, Personaleinsatz und Kostenverteilung. Aus politischen Gründen wurde dieses Modell deshalb nicht weiterverfolgt, doch soll ein neues Organisationsmodell jedenfalls sicherstellen, dass sich jederzeit weitere Partnerkantone anschliessen können. Einigkeit bestand indessen zwischen Kanton und Stadt St.Gallen, dass die bisherige bewährte Zusammenarbeit zwingend fortgesetzt und die Ablösung des Einsatzleitsystems bzw. dessen technische Neukonstruktion gemeinsam erfolgen soll.

In der Folge suchten und ermittelten das Sicherheits- und Justizdepartement sowie die Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen gemeinsam mit einem externen Gutachter eine optimale technische und organisatorische Struktur. Dabei zeigte sich, dass ein Modell «abgesetzte Arbeitsplätze» unter Berücksichtigung der aufgezeigten politischen Rahmenbedingungen die meisten Synergien für Kanton und Stadt St.Gallen mit sich bringt, die grösste Realisierungschance hat und die zukunftssträchtigste Lösung ist, zumal sie jederzeit den Anschluss weiterer Kantone mit ebenfalls «abgesetzten Arbeitsplätzen» zulässt. In diesem Modell wird das Einsatzleitsystem in einem separaten Rechenzentrum aufgesetzt und installiert («Backend»), während die Arbeitsplätze der Disponentinnen und Disponenten («Frontend») in abgesetzten Notruf- und Einsatzleitzentralen, die nahe bei den jeweiligen Führungsorganen sind, eingerichtet und betrieben werden können. Bezüglich «Backend» wurde der grundlegende Entscheid gefällt, dass es aus mehreren Gründen (Wirtschaftlichkeit, Skalierbarkeit) in der heutigen Zeit nicht mehr sinnvoll ist, ein Rechenzentrum selbst zu bauen, sondern die Rechenzentrumsleistungen bei externen Anbietern zu beziehen.

Am 15. bzw. 22. Oktober 2019 stimmten die Regierung und der Stadtrat dem Organisationsmodell der «Abgesetzten Arbeitsplätze» zu und beauftragten das Sicherheits- und Justizdepartement (SJD) und die Direktion Soziales und Sicherheit (DSSI), einen gemeinsamen (Teil-)Projektauftrag für die organisatorische und technische Ablösung des heutigen Einsatzleitsystems ELIS zu erarbeiten (RRB 2019/709 bzw. SRB 2019/3488).

Das vorliegende Projekt ist eingebettet in insgesamt drei Teile, die als Ganzes bestehen müssen, um den Betrieb einer gemeinsam funktionsfähigen Notruf- und Einsatzleitzentrale («NEZ») von Kantons- und Stadtpolizei und weiteren Blaulichtorganisationen erfüllen zu können. Dies sind:



- Projekt «NEZ – Technik und Organisation»¹:
Die Notruf- und Einsatzleitzentrale besteht aus verschiedenen technischen Systemen und Anwendungen («ELIS»). Diese sind mit den zugehörigen Umsystemen und Disponenten-Arbeitsplätzen abzulösen. Der Ausbau findet sowohl in dem bereitzustellenden Rechenzentrum («Backend RZ») wie auch an den Standorten der Disponenten-Arbeitsplätze statt («Frontend NEZ»). Es unterliegt der gemeinsamen Federführung durch die Kantonspolizei St.Gallen (KNZ) und die Stadtpolizei St.Gallen (EZ-Stapo).
- Teilprojekt «Backend RZ»:
Im Teilprojekt «Backend RZ» soll eine geeignete Rechenzentrumsinfrastruktur (die allenfalls auch für die weitere Staatsverwaltung geeignet ist) gesucht werden. Die Rechenzentrumsleistungen sind von einem geeigneten Betreiber zu beziehen; der Stadtpolizei stehen diese Serviceleistungen ebenso zur Verfügung. Das TP «Backend RZ» unterliegt der Federführung durch das Finanzdepartement bzw. den Dienst für Informatikplanung, da die Anforderungen und Bedürfnisse nicht «nur» auf die Kantons- bzw. Stadtpolizei bezogen sind. Die Informatikdienste der Stadt St.Gallen sollen im Teilprojekt «Backend RZ» Einsitz nehmen, um die städtischen Anliegen zu vertreten.
- Teilprojekt «Frontend NEZ»:
Für die Räumlichkeiten «Frontend NEZ» der Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantonspolizei soll ein geeigneter Standort möglichst in Nähe des Kommandos der Kantonspolizei in der Stadt St.Gallen gesucht werden. Dieses Teilprojekt nennt sich «Frontend NEZ». Es unterliegt in baulicher Hinsicht der Federführung durch das Hochbauamt des Kantons St.Gallen. Vom Teilprojekt «Frontend NEZ» nicht betroffen ist der Standort der Stadtpolizei St.Gallen, der mit der Vadianstrasse 57 (V57) gegeben ist. Die Stadtpolizei ist demzufolge nicht in diesem Teilprojekt involviert.

¹ Im Rahmen der Projektarbeiten «VZW» wurde dieses (Teil-)Projekt bisher als «Ausbau NEZ» bezeichnet. Der neue Begriff bringt zum Ausdruck, dass es um ein umfangreiches organisatorisches und technisches Ablöseprojekt für das ELIS geht, das überdies paritätisch mit der Stadt St.Gallen zu führen ist.



Die Beschaffungen innerhalb des Projekts unterstehen dem öffentlichen Beschaffungsrecht und folgen den Zuständigkeiten der Regierung und des Kantonsrates bzw. des Stadtrates und des Stadtparlamentes. Das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» bzw. das Teilprojekt «Backend RZ» werden zudem in einer gemeinsamen interdisziplinären Projektorganisation aus Vertretern von Kanton und Stadt zusammengefasst.

Gegenstand des vorliegenden Geschäfts bildet die Projektphase «Konzept» nach Hermes 5.1. Es wird mit Investitionen von rund 1,7 Mio. Franken gerechnet, wobei der Bauteil des TP «Frontend NEZ» davon ausgeschlossen ist.

1 Vorgeschichte und Ausgangslage

Die Kantonale Notrufzentrale (KNZ) ist in St.Gallen im Calatrava-Gebäude zwischen Klosterhof und Moosbruggstrasse untergebracht. Sie bearbeitet die Notrufe aus dem ganzen Kanton, die über die Notrufnummern 117 (Polizei), 118 (Feuerwehr), 144 (Sanität) und 112 (europäische Notrufnummer) abgesetzt werden. Ausgenommen sind Notrufe aus dem Gebiet der Stadt St.Gallen über die Nummern 117 (Fest- und Mobilnetz) und 112 (Festnetz). Diese werden von der Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei St.Gallen am Standort V57 entgegengenommen und bearbeitet. Die KNZ bearbeitet und disponiert ebenso die 144er-Notrufe für die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Glarus.

Das Einsatzleitsystem der KNZ – das die Notrufentgegennahme, die Disposition der Einsatzmittel, die Führungsmittel Funk und Telefonie sowie Bildsysteme umfasst – wurde in den Jahren 2007 bis 2009 gemeinsam mit der Stadt St.Gallen beschafft. Beide Notruf- und Einsatzleitzentralen beruhen demgemäss auf weitgehend identischer Technologie, was die Fallübergabe, die gegenseitige Unterstützung und die betriebliche Redundanz ermöglicht. Ebenfalls gemeinsam und zeitgleich nahmen Kanton und Stadt im Jahr 2015 einen umfassenden Release des Einsatzleitsystems vor. Seit Inbetriebnahme des heutigen Einsatzleitsystems (2009) ist das System «mandantenfähig». Es lässt mithin den technischen Anschluss weiterer Kantone zu. Seit 2011 ist der Kanton Appenzell Ausserrhoden mit seiner – betrieblich unabhängigen – Notruf- und Einsatzleitzentrale als Mandant angeschlossen (ohne Notruf 144, der direkt von der KNZ bedient wird); seinerseits stellt dieser Kanton auch für den Kanton Appenzell Innerrhoden die Bearbeitung der Notrufe sicher.

1.1 Ausgangslage

Die Kantonspolizei wie auch die Stadtpolizei St.Gallen müssen in den kommenden Jahren ihre bestehenden Zentralensysteme «KNZ» bzw. Notruf- und Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei «EZ-Stapo» ersetzen; die Hardware ist am Ende ihres technischen Lebenszyklus angelangt. Die Vorsteherin der betroffenen Direktion der Stadt bzw. der Vorsteher des zuständigen Departements des Kantons St.Gallen beschlossen deshalb am 23. April 2019 aufgrund des ausgewiesenen Handlungsbedarfs ein gemeinsames Vorgehen für die Prüfung möglicher Organisationsformen und, daraus abgeleitet, die Prüfung einer gemeinsamen Beschaffung eines Notruf- und Einsatzleitzentralen-Systems für die KNZ und die EZ-Stapo. Die Ergebnisse sind im Schlussbericht vom 8. August 2019, «Notruf- und Einsatzleitzentralen der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen» dokumentiert. Sowohl Regierung wie auch Stadtrat haben von diesem Schlussbericht am 13. August 2019 informell und am 15. bzw. 22. Oktober 2019 mit formellen Beschlüssen zustimmend Kenntnis genommen. Die gemeinsame Lösung sieht eine gemeinsame Beschaffung eines Einsatzleitsystems vor, das bei den beiden Notruf- und Einsatzleitzentralen KNZ und EZ-Stapo den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden kann. Die Rechenzentren (Backend) werden abgesetzt be-



trieben und sind nicht in der KNZ bzw. EZ-Stapo untergebracht. Die Arbeitsplätze der Disponentinnen und Disponenten (Frontend) werden an den neuen (Kapo) bzw. bestehenden (Stapo) Standorten errichtet und betrieben. Es erfolgt eine gemeinsame Betriebsorganisation. Die technische und betriebliche Redundanz wird mit einer vergleichbar starken Organisation geführt (z.B. Kantonspolizei Zürich), womit die bestehende Redundanz zwischen KNZ und EZ-Stapo aufgelöst werden soll.

1.2 Bisher erbrachte Vorleistungen

Die massgebenden materiellen Grundlagen für die gemeinsame Beschaffung eines Notruf- und Einsatzleitzentralen-Systems für die KNZ und die EZ-Stapo sind im Schlussbericht vom 8. August 2019, «Notruf- und Einsatzleitzentralen der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen» festgehalten. Die Kantons- und Stadtregierung haben am 15. bzw. 22. Oktober 2019 beschlossen, dass im Schlussbericht empfohlene Modell «Abgesetzte Arbeitsplätze» weiter zu verfolgen.

1.3 Abgrenzung und Abhängigkeiten

Das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» bzw. die Teilprojekte «Backend RZ» und «Frontend NEZ» stehen in direkter Abhängigkeit zueinander. Kann eines der Teilprojekte nicht realisiert werden, fällt das gemeinsame Projektziel. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass die Räume für die Unterbringung der Disponenten-Arbeitsplätze «Frontend NEZ» und der Rechnersysteme «Backend RZ» vor oder gleichzeitig mit der materiellen Bereitstellung des Einsatzleitzentralen-Systems «ELIS» bereitgestellt werden können, damit die Notruf- und Einsatzleitzentralen mit der erforderlichen Hard- und Software ausgestattet werden können.

Das vorliegend zu erarbeitende Projekt «NEZ – Technik und Organisation» beabsichtigt, die Notruf- und Einsatzleitzentralen mindestens für einen Produktlebenszyklus von acht bis zehn Jahren zu erhalten. Die Investitionen im Teilprojekt «Backend RZ» sind unabhängig von den Standorten V57 bzw. vom neuen Standort der KNZ geschützt. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für das Teilprojekt «NEZ – Technik und Organisation», auch wenn voraussichtlich nach einem Produktlebenszyklus gewisse Erneuerungen erforderlich sein werden. Voraussichtlich werden auf Kantonsseite die Bauten im Teilprojekt «Frontend NEZ» durch neue Räume im «VZW»-Vorhaben abgelöst. Für die Stadtpolizei ist die räumliche und organisatorische Situation dannzumal neu zu beurteilen.

Damit bestehen, jedenfalls auf kantonaler Ebene, im Projekt «NEZ-Technik und Organisation» enge Abhängigkeiten zu den Vorhaben «VZW» und «ÜL-NEZ»: Mit dem Projekt «ÜL-NEZ» sind insbesondere die baulichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Frontend-Arbeitsplätze der kantonalen Notruf- und Einsatzleitzentrale bereitzustellen; das Projekt «VZW» bildet die langfristige Sicherstellung (ab etwa 2033) der Notruf- und Einsatzleitzentrale.

1.4 Systemlandschaft

Die Systemlandschaft (Ist) ist in den gemeinsamen Studien «RNZ» vom März 2018 dokumentiert.

1.5 Dringlichkeit / Konsequenzen bei Nichtrealisierung oder verspäteter Realisierung

Ein Nichtrealisieren oder zu spätes Realisieren hat folgende Konsequenzen:



- Generelle Konsequenzen: Der gesetzliche Leistungsauftrag der Staatsverwaltung des Kantons und der Stadt St.Gallen können nicht eingehalten werden; Notrufe werden nicht oder zu spät verarbeitet.
- Organisatorische/funktionelle Konsequenzen: Die Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen sind nicht mehr funktionsfähig; die Tätigkeiten können mit dem bestehenden Personal mit den bereitgestellten Notsystemen nicht aufrechterhalten werden.
- Wirtschaftliche/funktionelle Konsequenzen: Ein Betriebsausfall führt zu hohen Kosten. Haftungsfällen gegenüber Dritten sind nicht auszuschliessen.
- Ressourcenbezogene Konsequenzen: Die Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen können mit dem bestehenden Personal die gesetzlichen Leistungsaufträge ohne Notruf- und Einsatzleitzentrale nicht erfüllen.

2 Problem- und Aufgabenstellung

Das Einsatzleit- und Informationssystem «ELIS» ist das zentrale Führungsinstrument für die tägliche Bewältigung von Ereignissen. Ohne ein derartiges System können die Notrufzentralen und damit auch die Kantons- und die Stadtpolizei ihre Aufgaben nicht wahrnehmen und die Sicherheit der Bevölkerung wäre dadurch nicht mehr gewährleistet. Aufgrund des technischen Lebenszyklusende von «ELIS» per 2023 kann ab diesem Zeitpunkt die Funktionalität nicht mehr vollumfänglich zugesichert werden. Es muss daher mit Systemausfällen gerechnet werden, was wiederum die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet.

Die Flächen und Raumkonditionen in der heutigen KNZ sind nicht optimal und für die Ablösung des technischen Systems und die künftigen Arbeitsplätze ungeeignet. Akustik und Klima (Durchzugerscheinungen, Frischluftzuführung, usw.) erschweren den Dienstbetrieb in der KNZ. Trotz punktueller Massnahmen konnte die Arbeitsplatz-Situation nur in Teilen verbessert werden. In der Stadtpolizei genügen die Flächen und Raumkonditionen den aktuellen und zukünftigen Anforderungen und Bedürfnissen.

Das Aufgabengebiet der KNZ und EZ-Stapo wachsen kontinuierlich. Die Anzahl Anrufe, auch aufgrund von mobilen Geräten (u.a. Alarmierungs-Apps usw.) steigt. Neue Dienste müssen durch ein neues Einsatzleitsystem abgedeckt werden können, wie z.B. die Entgegennahme von SMS, MMS, Messaging-Diensten etc. Der Strassenverkehr nimmt ebenfalls zu, was zu Mehraufwand bei der Verkehrsüberwachung und damit verbunden auch zu mehr Verkehrsschalt-Aktionen führt.

Zeitkritische Tätigkeiten wie beispielsweise die Fahndung, Notsuche usw. führen zu grösserem Aufwand und zu einem erhöhten Personalbedarf. Insbesondere im Notruf 144 ist mit dem Bevölkerungswachstum und der Altersentwicklung mit einem Zuwachs der medizinischen Notfälle zu rechnen. Zur Abarbeitung des erweiterten Aufgabengebietes braucht es mehr Personal. Die Infrastrukturen der KNZ sind heute ausgereizt; der zusätzlich geforderte Raumbedarf kann darin nicht abgedeckt werden.

In besonderen Lagen ist die Nähe zur Führung entscheidend, um einen schnellen und sicheren Informationsfluss zu gewährleisten. Normalerweise treffen die Informationen in der KNZ bzw. EZ-Stapo ein und müssen dann an die entsprechenden Führungsstellen verteilt werden. Heute sind die Führungsräume bei der Kantonspolizei auf verschiedene Stockwerke und auf verschiedene Gebäude verteilt. Um die Arbeit optimal durchführen zu können, braucht es jedoch die Nähe der Führungsräume zur KNZ. In welcher Form diese bereitgestellt werden, ist Gegenstand des Teilprojekts «Frontend NEZ» der Kantonspolizei. Bei der Stadtpolizei St.Gallen ist dies bereits umgesetzt und deshalb kein Bestandteil des Projekts «Frontend NEZ».



Mit den neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen muss die Redundanzfrage mit einem gleichwertigen Partner gelöst werden. Fehlt die Redundanz, können die abgesetzten Arbeitsplätze bei einem Ausfall oder einer Evakuierung nicht mehr betrieben werden.

Zusammenfassend gilt:

- Das Einsatzleit- und Informationssystem «ELIS» der KNZ und EZ-Stapo erreicht per Ende 2023 das technische Lebenszyklusende. Ohne Ersatzlösung steigt bei einem Weiterbetrieb danach das Ausfallrisiko der Anlage zunehmend. Die Redundanz ist heute zwischen diesen beiden Systemen sichergestellt; in Notfallsituationen hingegen räumlich unzureichend (höchstens vier Disponenten-Arbeitsplätze für den Kanton)
- Es gibt keine Alternative, sollte die Ersatzlösung KNZ und EZ-Stapo nicht oder nicht zeitnah zur Verfügung stehen
- Eine alternative Redundanzlösung von KNZ und EZ-Stapo ist nicht vorhanden
- Die aktuelle Infrastruktur der KNZ ist bereits ausgereizt und der zusätzliche Raumbedarf kann darin nicht abgedeckt werden (höchstens dreizehn Disponenten-Arbeitsplätze).

3 Weitere Anspruchsgruppen

Folgende massgebenden Anspruchsgruppen sind in diesem Vorhaben von Bedeutung:

- Durch die strategische Zusammenarbeit von Kantons- und Stadtpolizei ist bei der Evaluation und Beschaffung der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen eine enge Koordination und Abstimmung gefordert. Dies betrifft die Organisation, Prozesse, Anwendungen und die Technik der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen gleichermassen.
- Die neue Notruf- und Einsatzleitzentrale bedingt eine neue Lösung zur Sicherstellung der Redundanz. Dazu muss ein Partner bzw. ein Zweitgebäude gefunden werden, dessen Anlage zeitgleich mit der Notruf- und Einsatzleitzentrale in Betrieb gehen kann. Des Weiteren sind bei einer Mietlösung für das Teilprojekt «Frontend NEZ» die Anspruchsgruppen um den zuständigen Vermieter zu ergänzen (betrifft nur Kapo).
- Weitere Kantone wie z.B. Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sind interessiert, sich gegebenenfalls der neuen Notruf- und Einsatzleitzentrale anzuschliessen. Im Moment liegen mündliche Absichtserklärungen der zuständigen Behörden vor. Mit dem Organisationsmodell «Abgesetzte Arbeitsplätze» kann dies sichergestellt werden.

4 Ziele und Lösungsstrategien

4.1 Auswirkungen auf die Staatsziele

Mit der Schwerpunktplanung 2017–2027 (28.17.01) hat die Kantonsregierung als strategische Ziele die «Zukunftsfähige Infrastruktur», die «Umfassende Sicherheit», die «Neue Arbeitswelt», die «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» und «Zukunftsorientierte Reformen» festgelegt und die angestrebte Immobilienentwicklung bestätigt. Die Vision des Sicherheits- und Justizdepartementes (SJD) lautet «Wir schaffen Sicherheit». Darunter werden die Bündelung der Kräfte und die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit sowie das effektive und effiziente Erfüllen der Aufgaben verstanden. Mit dem vorgezogenen Projekt «ÜL-NEZ» wird ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung geleistet. Es werden die Voraussetzungen geschaffen, damit die Polizei ihren umfassenden Sicherheitsauftrag in der Region effizient und mit kurzen Wegen erfüllen kann.



4.2 Auswirkungen auf die Vision 2030 des Stadtrates

Der St.Galler Stadtrat hat 2017 im Rahmen eines Strategieprozesses die Vision 2030 und neun Handlungsfelder verabschiedet. Die übergreifende Vision 2030 lautet «St.Gallen ist als lebenswerte, weltoffene, ökologische und innovative Stadt das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Ostschweiz». Um dieses Ziel zu erreichen, wurden «Kooperation», «Smarte Stadt», «Gesellschaft», «Lebensraum», «Kultur und Sport», «Bildung», «Mobilität», «Wirtschaft und Forschung» sowie «Umwelt» als Handlungsfelder definiert. Die Projekte «NEZ – Technik und Organisation» sowie «Backend RZ» sind aufgrund der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton für eine gemeinsame Erneuerung der (digitalen) Infrastruktur, die der Erfüllung des Sicherheitsauftrags dient, wichtige Komponenten der Handlungsfelder «Kooperation», «Smarte Stadt» sowie «Gesellschaft».

4.3 Neue Notruf- und Einsatzleitzentralen

4.3.1 Kantonspolizei St.Gallen

Die Kantonspolizei zählt aktuell rund 900 Mitarbeitende und gliedert sich in die Hauptabteilungen Technik & Logistik, Kriminalpolizei, Verkehrspolizei, Sicherheitspolizei und Regionalpolizei. Sie betreibt – als Teil der Hauptabteilung Technik & Logistik – die kantonale Notrufzentrale «KNZ». Diese ist für die Meldungseingänge bzw. Alarmierung sämtlicher Blaulichtorganisationen verantwortlich. Der heutige Standort der «KNZ» an der Moosbruggstrasse in St.Gallen wurde im Jahr 1998 als Neubau im sogenannten Calatrava-Bau bezogen. In den Jahren 2008/09 mussten das Einsatzleit- und Informationssystem «ELIS» vollständig erneuert und die Räumlichkeiten baulich angepasst werden. Das «ELIS» ist seither im 7x24h-Betrieb im Dauereinsatz. Bereits damals zeigte sich, dass die räumlichen Gegebenheiten zunehmend die betrieblich-technischen Anforderungen nicht mehr erfüllen können. Das heutige System wird im Jahr 2023 am Ende seines technischen Lebenszyklus sein, der normalerweise eine Zeitdauer von acht bis zehn Jahren umfasst. Dadurch können der technische Support und die Ersatzteillieferungen zur Aufrechterhaltung des Systems nur mit erhöhtem Aufwand gewährleistet werden. Ohne Ersatzlösung «ELIS» bis Ende 2023 steigt bei einem Weiterbetrieb ab dem Jahr 2024 das Ausfallrisiko des Systems zunehmend. Eine Alternative zur Ersatzlösung ist nicht vorhanden. Als Redundanz (Übergangslösung für einige Tage) steht das gleiche System bei der Stadtpolizei St.Gallen zur Verfügung. Dieses muss gleichzeitig erneuert werden, ansonsten besteht ein existenzielles Sicherheitsrisiko für die Öffentlichkeit.

4.3.2 Stadtpolizei St.Gallen

Für die Stadtpolizei St.Gallen gelten sinngemäss die Aussagen im Abschnitt 4.3.1. Ausgenommen davon sind deren Raumverhältnisse: Die Räumlichkeiten an der Vadianstrasse 57 genügen den Anforderungen und Bedürfnissen der Stadtpolizei, zumal die Redundanzfrage mit der KNZ gemäss Schlussbericht vom 8. August 2019, verabschiedetes Lösungskonzept «Abgesetzte Arbeitsplätze», nicht mehr sicherzustellen ist.

5 Projektziel und Lösungsvarianten

Die Zielformulierungen der Anspruchsgruppen lassen sich zusammengefasst wie folgt beschreiben:

- Beschaffung und Betrieb eines neuen Einsatzleit- und Informationssystems «ELIS» mit der Bereitstellung von Hard- und Software im «Frontend NEZ» sowie «Backend RZ» bei Kantons- und Stadtpolizei;
- nachhaltige und sichere Infrastrukturen und Arbeitsplatzbedingungen; Bereitstellung der Bauten für die Unterbringung der Notruf- und Einsatzleitzentralen («Frontend NEZ»);



- Inbetriebnahme der Notruf- und Einsatzleitzentralen spätestens per Mitte 2024 bei Kantons- und Stadtpolizei;
- Festlegung der Organisationsform der Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Stadtpolizei beim Betrieb der neuen NEZ sowie Klärung der Finanzierung für Vorbereitung, Einführung, Aufbau und Betrieb;
- Prüfung der Möglichkeit des Einbezugs eines Rechenzentrums für die Staatsverwaltung des Kantons St.Gallen im «Backend RZ».

Die detaillierten Ausprägungen der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen sind gemeinsam zwischen Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen zu klären und zu definieren. Gleichzeitig wird für die baulich-betriebliche Ablösung der KNZ ein eigenständiger Projektauftrag (Projekt «ÜL-NEZ») erteilt.

5.1 Standorte

Gemäss Entscheid des Steuerungsausschusses «VZW» vom 18. Juni 2019 wurden als Rahmenbedingungen für die Notruf- und Einsatzleitzentrale der KNZ festgehalten:

- Auf die Nutzung der bestehenden KNZ-Räume (Calatrava-Bau) wird verzichtet; das «Armstrong»-Areal wird ausgeschlossen.
- Der Standort der Kantonspolizei für das TP «Frontend NEZ» soll möglichst in der Nähe zum Klosterhof (Kommando) bzw. auf Stadtgebiet zu liegen kommen; dieser Standort ist in Form einer Übergangslösung bis zum Bezug «VZW», voraussichtlich im Jahr 2033, gesetzt.
- Die Suche nach dem Standort und Leistungserbringer im TP «Backend RZ» ist Gegenstand eines Beschaffungsvorhabens. Als zwingende Vorgabe muss dieser in der Schweiz und wünschenswert in nicht allzu ferner Distanz von der Stadt St.Gallen liegen. Betroffen davon sind die Kantons- und Stadtpolizei gleichermassen.
- Die Stadtpolizei bzw. die zuständige Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen halten am bestehenden Standort der EZ-Stapo an der Vadianstrasse 57 fest.

5.2 Vorgesehene spätere Nutzungen

Durch die Abkopplung des Rechenzentrums, einerseits vom «VZW», andererseits von den Einsatzleitzentralen, kann das Teilprojekt «Backend RZ» bzw. diese Investitionen als langfristige Lösung betrachtet werden, die auch nach dem Bezug des VZW im Zeitraum 2033 weiterbestehen wird.

5.3 Rahmenbedingungen Ersatz Notruf- und Einsatzleitzentralen

Der dringliche Ersatz von «ELIS» und der zusätzliche Platzbedarf der KNZ kann aufseiten des Kantons nicht innerhalb des aktuellen Baubestandes gelöst werden. Somit hat der Ersatz KNZ, inkl. «ELIS», an einem neuen Standort zu erfolgen. Die neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen sollen räumlich unabhängig von der heutigen Anordnung betrieben werden können.

5.4 Termindruck für den Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentralen

Die Planung und Genehmigung eines komplexen Vorhabens wie derjenigen einer Notruf- und Einsatzleitzentrale bedingt eine lange Entwicklungs-, Planungs- und Realisierungszeit, andererseits den Durchlauf an speziellen formellen und baulichen Prozessen und Verfahren. Eine Inbetriebnahme ist jedoch spätestens im Jahr 2024 sicherzustellen.



5.5 Projektlösungsstrategie Projekt «NEZ – Technik und Organisation»

Die Lösungsstrategie ist im Schlussbericht vom 8. August 2019, «Notruf- und Einsatzleitzentralen der Kantons- und Stadtpolizei St.Gallen» dokumentiert. Diese wurde von den Regierungen von Kanton und Stadt am 15. bzw. 22. Oktober 2019 verabschiedet.

5.6 Projektlösungsstrategie Teilprojekt «Backend RZ»

Die Lösungsstrategie in diesem Teilprojekt ist im Bericht «SVZ-RZ», Grundlagen zum Entscheid «make or buy», 27. Februar 2019, V 1.01, dargelegt. Der Steuerungsausschuss «VZW» hat am 18. Juni 2019 auf Grundlage der Zustimmung der betroffenen Departemente einstimmig beschlossen, die Rechenzentren NEZ und GOV nicht im «VZW» durch den Kanton zu erstellen, sondern zu sourcen.

5.7 Projektlösungsstrategie Teilprojekt «Frontend NEZ»

Das Teilprojekt «Frontend NEZ» der Kantonspolizei soll als Übergangslösung bis zum Bezug im «VZW» im Jahr 2033 konzipiert werden. Als wesentliche Abweichung gegenüber der definitiven Lösung, die im «VZW» vorgesehen wird, ist der Verzicht auf die Führungsräume des Kommandos und auf das Besucherzentrum zu erwähnen. Das Kommando führt während der Übergangszeit weiterhin vom Stadtzentrum St.Gallen bzw. vom Klosterhof aus. Hintergrund dieser Strategie ist die Entlastung des Projekts vom Druck der ansonsten notwendigen Erweiterung der Räumlichkeiten. Der Bedarf und die Anforderungen der KNZ im Teilprojekt «Frontend NEZ» der Kantonspolizei sind auf eine Übergangslösung von rund acht bis zehn Jahren ausgerichtet. Alle Funktionen werden sinngemäss wie im heute bestehenden Betrieb der Kantonalen Notrufzentrale bereitgestellt. Der sichere und unterbrechsfreie Betrieb gemäss den Anforderungen ist dabei zu gewährleisten. Der Ausbaustandard für «Frontend NEZ» soll mit dem Charakter einer Übergangslösung einhergehen, hingegen so gewählt werden, dass insbesondere die Mitarbeitenden optimale Bedingungen für ihre Leistungserbringung vorfinden.

Das Hochbauamt und die Kantonspolizei haben gemeinsam den Bedarf und die Anforderungen an den Standort bzw. an das Objekt für «Frontend NEZ» vorgegeben. Auf dieser Grundlage soll ein geeignetes Objekt gefunden werden. Als Resultat einer ersten groben Machbarkeitsprüfung wurden drei Mietobjekte als geeignet gewertet und für eine vertiefte Betrachtung empfohlen. Die räumliche Bereitstellung der Arbeitsplätze «Frontend NEZ» für die Kantonspolizei erfolgt im Projekt «ÜL-NEZ».

5.8 Projektanforderungen / erwartetes Projektergebnis

Die Anforderungen an das Projekt können im jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend definiert werden, sondern müssen im Verlauf der Projektarbeiten weiter verfeinert und bei Bedarf ergänzt werden. Insbesondere wird das Projekt die folgenden Anforderungen zu erfüllen haben:

- neue Notruf- und Einsatzleitzentrale für die Kantonspolizei in einer gesicherten Bauwerksklasse mit erhöhten Anforderungen (Raumklima, Akustik, Raumhöhe usw.)
- vollständiger technischer und applikatorischer Ersatz von «ELIS» mit den zugehörigen Umsystemen («Frontend» und «Backend») für KNZ und EZ-Stapo;
- Bereitstellung eines Rechenzentrums in der geforderten Grösse bzw. Skalierung nach den einschlägig gültigen Standards für KNZ und EZ-Stapo;



- Berücksichtigung der Partnerorganisationen, auch in einer späteren Entwicklung oder Projektphase;
- Möglichkeit, jeweils in rund 8-bis-10-Jahres-Zyklen einen weiteren «ELIS»-Ersatz ohne bauliche Massnahmen vornehmen zu können.
- organisatorische und technisch-betriebliche Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Stadtpolizei, mit der Möglichkeit des Anschlusses weiterer Leistungsbezüger.
- Klärung der Finanzierung für Investition und Betrieb zwischen Kanton und Stadt St.Gallen.

Damit das erwartete Projektergebnis eintritt, sind die involvierten Stakeholder wie folgt gefordert:

Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons bzw. Direktion für Soziales und Sicherheit der Stadt St.Gallen (Projekt «NEZ – Technik und Organisation»):

- ein Pflichtenheft für die Ablösung der Kantonalen Notrufzentrale KNZ und der EZ-Stapo zu erarbeiten;
- gestützt auf die Pflichtenhefte Ausschreibungen gemäss dem gültigen öffentlichen Beschaffungsverfahren durchzuführen (gilt sowohl für die technische Ablösung des «ELIS» als auch für eine externe Projektleitung);
- die zur Realisierung vorgesehenen Varianten zu konkretisieren;
- die Entscheidungsgrundlagen für die Einholung der erforderlichen Kredite zu erarbeiten;
- den Projektauftrag für die Einführung der neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen inkl. Rechenzentrum zu formulieren;
- die für die Entwicklungs- und Projektierungsarbeit nötigen Mittel in allen drei Teilprojekten sicherzustellen.

Finanzdepartement des Kantons St.Gallen (Teilprojekt «Backend RZ»):

- ein Pflichtenheft für die Bereitstellung ausreichend gesicherter Rechenzentren für KNZ und EZ-Stapo zu erarbeiten, mit der Möglichkeit der Ausweitung auf weitere Teile der Staatsverwaltung;
- gestützt auf das Pflichtenheft ggf. eine Ausschreibung² gemäss dem Beschaffungsverfahren durchzuführen;
- die zur Realisierung vorgesehenen Varianten zu konkretisieren;
- die Entscheidungsgrundlagen für die Einholung der erforderlichen Kredite zu erarbeiten;
- den Projektauftrag für die Beschaffung und den Betrieb des Rechenzentrums zu formulieren.

Baudepartement des Kantons St.Gallen (Teilprojekt «Frontend NEZ»):

- Raum und Flächen sowie Infrastruktur für die Arbeitsplätze der Disponenten der KNZ bereitzustellen;
- mögliche Nutzungsstrategien der freiwerdenden Räumlichkeiten in der heutigen KNZ (Calatrava-Bau) aufzuzeigen.

5.9 Chancen und Gefahren

Chancen

Mit der Projektstruktur im Vorhaben «NEZ-Technik und Organisation» sowie mit den Teilprojekten «Backend» und «Frontend» des Projekts «ÜL-NEZ» sind die Zuständigkeiten und Aufgaben klar abgegrenzt. Die organisatorische Lösungsform sowie die technische Architektur sind zudem sehr flexibel und erlauben die gemeinsame Nutzung bedeutender Ressourcen wie z.B. Personal und Sachmittel. Unter Einbezug der Partnerorganisation entsteht ein Vorhaben von weitreichender Bedeutung.

² Alternative: Ggf. ist eine «In-State»-Vergabe anzuwenden, bei der im Wesentlichen darauf abgestellt wird, ob ein Vergabevergung wettbewerbsneutral ist.



Gefahren

Projekte in der geplanten Grössenordnung sind von grosser politischer und finanzieller Bedeutung. Sie stehen vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit und sind damit verbunden, dass ein Zusammenwirken mit Dritt- und übergeordneten Interessen unausweichlich ist. Damit bestehen unvorhersehbare Risiken.

6 Berührungspunkte zu anderen Projekten und Vorhaben

Zusammengefasst können die Berührungspunkte zu anderen Projekten wie folgt beschrieben werden:

- Mit dem Werterhalt POLYCOM gilt es, das Führungssystem (Funk) von Kantons- und Stadtpolizei zu ersetzen. Das Funksystem ist heute eng mit den Notruf- und Einsatzleitsystemen verbunden. Deren Ersatz hat koordiniert und gleichzeitig zu erfolgen.
- Die Bereitstellung des Rechenzentrums ist ein strategisches Querschnittsprojekt der IT-Strategie 2016+ im Finanzdepartement. Für die Koordination weiterer Mieterausbauten ist der Dienst für Informatikplanung (DIP) verantwortlich.
- Eine gleichwertige Redundanz mit einem starken Partner wie z.B. die Kantonspolizei Zürich muss rechtzeitig geklärt werden, um die massgebenden Anknüpfungspunkte klären zu können.

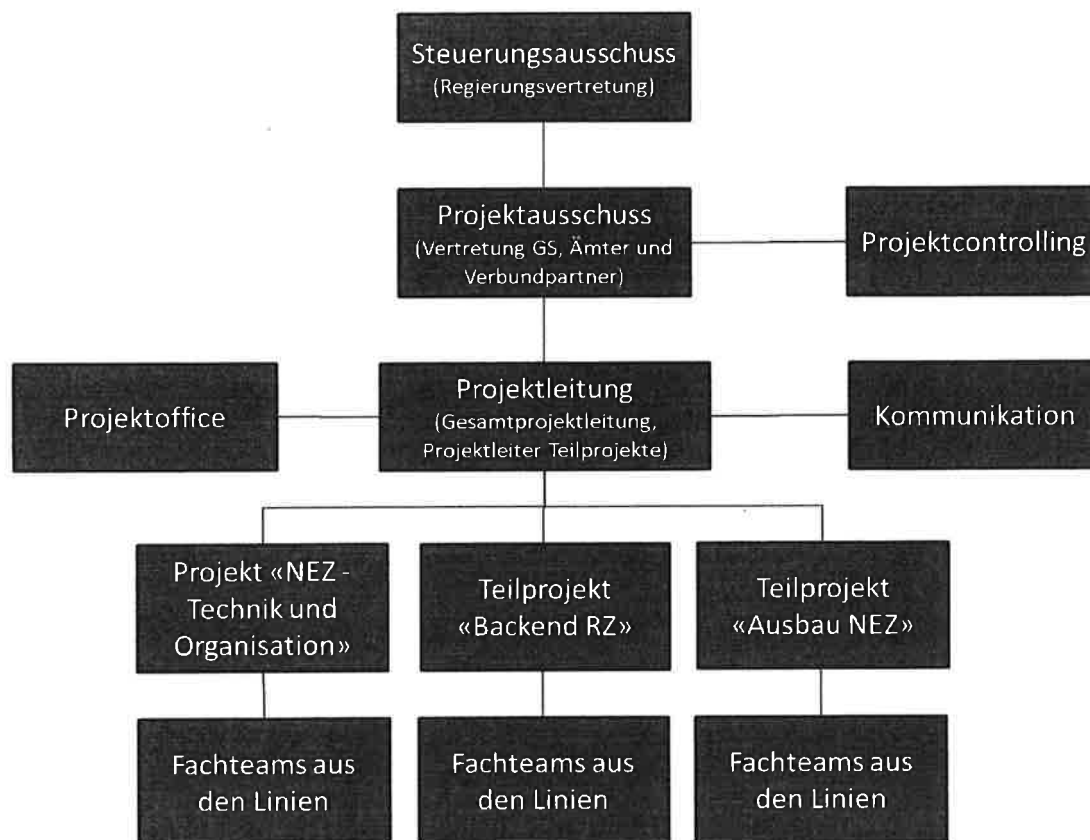
7 Projektabwicklung

Die Dienststelle Recht und Legistik (RELEG) der Staatskanzlei wurde angeschrieben, um zu prüfen, welches Vorgehen in der Projektabwicklung bzw. mit Blick auf die Verfahren der Beschlussfassung zu wählen ist. Sie hält fest, dass das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» bzw. die Teilprojekte «Backend RZ» und «Frontend NEZ» zusammen in jedem Fall Kosten von über 3 Mio. Franken verursachen. Daher ist eine Vorlage an den Kantonsrat erforderlich. Da diese Teilprojekte eng miteinander verknüpft sind, ist es angezeigt, dem Kantonsrat eine einzige Vorlage zu unterbreiten. Sollte der Kreditbeschluss des Kantonsrates nicht dem Finanzreferendum unterliegen, wäre es grundsätzlich möglich, die Vorlage in eine Budgetbotschaft an den Kantonsrat zu integrieren. Dies wurde mit dem Sonderkredit «Kantonale Notrufzentrale: Ersatz des Einsatzleitsystems, gemeinsame Beschaffung mit der Stadt St.Gallen» im Rahmen des Voranschlags 2007 [33.06.03] vollzogen. Nach heutiger Einschätzung ist davon auszugehen, dass der betreffende Sonderkredit im Sinn der bundesgerichtlichen Rechtsprechung als gebundene Ausgabe erscheint und damit nicht referendumspflichtig ist (siehe auch Abschnitt 9).



7.1 Projektorganisation und -controlling

Für das vorliegende Vorhaben ist folgende Organisationsstruktur vorgesehen, wobei die Gesamtprojektleitung und allfällige externe Mandate abschliessend zu bestimmen sind:



Steuerungsausschuss [SA]

F. Fässler, RR, SJD (Co-Vorsitz)
 S. Lüthi, SR, DSSI (Co-Vorsitz)
 HR. Arta, SJD-GS
 S. Gerteis, DSSI-SC
 B. Zanga, Kdt Kapo
 R. Hurni, Kdt Stapo

Projektausschuss [PA]

M. Gächter, SJD-KAPO (co-Vorsitz)
 E. Gschwend, DSSI-Stapo (co-Vorsitz)
 R. Schneider, FD-DIP
 J. Kellenberger, BD-HBA
 Vertretung GD
 Vertretung GVA
 H. Vetsch, DI-IDS
 GPL Gesamtprojektleiter/in (tbd)

Projekt TP «NEZ – Technik und Organisation»: Projektleitung [PL]

PL U. Studerus (Stv. Th. Diem), SJD-KAPO
 PL R. Isenring (Stv. vakant), DSSI-STAPO
 ggf. Vertreter Verbundpartner



Fachteams [FT]:	Fach- und Arbeitsgruppen inkl. Verbundpartner mit deren Vertretern (durch PL noch zu bestimmen)
Teilprojekt TP «Backend RZ»: Projektleitung [PL]	PL KH. Holenstein (Stv. D. Locher), FD-DIP TPL U. Studerus (Stv. Th. Diem), SJD-KAPO TPL R. Isenring, DSSI STAPO Vertretung IDS
Fachteams [FT]	Fach- und Arbeitsgruppen inkl. Verbundpartner mit deren Vertretern (durch PL noch zu bestimmen)
Teilprojekt TP «Frontend NEZ»: Projektleitung [PL]	PL Bau R. Rüfli, BD-HBA (für Projektentwicklung; PL Bau Umsetzung vakant) TPL Nutzer R. Knechtle (Stv. E. Heldner), SJD-KAPO ggf. Vertreter Verbundpartner
Fachteams [FT]	Fach- und Arbeitsgruppen inkl. Verbundpartner mit deren Vertretern (durch PL noch zu bestimmen)

Die Teilprojekte bzw. die Teilprojektleiter werden durch die Gesamtprojektleitung in Form einer Projektleiterkoordination geführt. Unterstützend soll für das vorliegende Vorhaben ein Projektcontrolling, ein Riskmanagement, eine Fachgruppe Kommunikation und ein Projektoffice unterstützt werden. Die dazu erforderlichen Ressourcen werden noch erhoben.

Die A/V/K zwischen Stamm- und Projektorganisation orientieren sich nach dem Rollenmodell von Hermes 5.1.

7.2 Zeitplan

Die Zeitplanung in Beilage 1 umfasst einen ersten Einblick ab der Beschlussfassung durch die Regierung im Dezember 2019 (Projektauftrag) bis und mit Inbetriebnahme im Jahr 2024. Mit der gleichzeitigen und inhaltlich aufeinander abgestimmten Beschlussfassung über den Nachtrag zur Projektskizze «VZW» sowie über die Erteilung der Projektaufträge «ÜL-NEZ» und «NEZ-Technik und Organisation» wird eine zentrale Grundlage für den Projekterfolg gelegt. Die Meilensteine richten sich nach den Projektphasen-Ergebnissen nach Hermes 5.1, Szenario Standardanwendung.

Der vorliegende Projektauftrag bis und mit Projektphase «Konzept» soll mit Vorlage an die Regierung zwecks Kantonsratsbeschluss im November 2020 wie folgt abgeschlossen werden:

Genehmigung Projektauftrag (RRB bzw. SRB)	3. Dezember 2019
Ausschreibung externe Projektleitung	bis Ende 2019
Erstellen der Pflichtenhefte	ab November 2019
Ausschreibungen nach GATT / WTO inkl. Anträge ³	bis September 2020
Zuschlagsverfügungen (RRB bzw. SRB) ⁴	November 2020
Erarbeitung Botschaft	ab Januar 2021
Beschlussfassung; Basis Sonderkredit	spätestens November 2021

³ Die Ausschreibung erfolgt unter Vorbehalt der politischen Beschlussfassungen bezüglich Krediterteilung.

⁴ Der Zuschlag erfolgt unter Vorbehalt der politischen Beschlussfassungen bezüglich Krediterteilung.



Die folgenden Projektphasen Realisierung und Inbetriebnahme ab 2022 bis 2024 werden mit separaten Vorlagen an Regierung und Stadtrat im November 2021 beantragt.

7.3 Kosten und erforderliche Ressourcen

Für die Bearbeitung in den beschriebenen Teilprojekten ist zwingend über die Amtsleitung sicherzustellen, dass die jeweiligen Projektbeteiligten über genügend Ressourcen (intern / extern) und hinreichende Entscheidungskompetenzen verfügen. Eine externe übergeordnete Projektleitung und -Unterstützung wird aktuell ausgeschrieben.

Die Projektkosten und Ressourcen für die Projektphase «Konzept» werden bis und mit Vorlage an die Regierungen im November 2020 wie folgt geschätzt:

Alle Projektphasen	Interne Ressourcen Stadt	Interne Ressourcen Kanton	Externe Ressourcen
Gesamtprojektleiter(in)	R. Isenring	U. Studerus	vakant (Ausschreibung i.A.)
Ext. Unterstützung / Projekt «NEZ – Technik und Organisation»	100 Arbeitstage	100 Arbeitstage	1,5 Mio. Franken (bis KRB)
Ext. Unterstützung / TP «Backend RZ»	32 Arbeitstage (bis KRB)	320 Arbeitstage (bis KRB)	200'000 Franken (bis KRB)
Ext. Bauplanung KNZ / TP «Frontend NEZ»	n/a	250 Arbeitstage (bis KRB)	1,7 Mio. Franken (bis KRB; betrifft nur Kanton)
Nutzer Kapo / Stapo	120 Arbeitstage	120 Arbeitstage	siehe TP «NEZ – Technik und Organisation»

7.4 Kostenteiler Kanton – Stadt St.Gallen

Für die Aufteilung der Kosten haben die beteiligten Vertreter der Finanz- und Polizeidirektionen von Stadt und Kanton bisher vereinbart, für die Investitions- und die Betriebskosten einen identischen Verteilschlüssel für die einmaligen und wiederkehrenden Kosten anzuwenden. Sodann teilen sie die einzelnen Teilprojekte in jene Bereiche auf, die jeder Partner selbst tragen soll, bzw. in jene, die in den gemeinsamen Verteilschlüssel einfließen sollen. Als Kostenteiler wurde mit einem Verteilschlüssel von 75 Prozent zulasten des Kantons und 25 Prozent zulasten der Stadt gerechnet. Dieser Kostenschlüssel ist zu verifizieren und vor Beginn der Phase Realisierung durch Regierung und Stadtrat zu verabschieden.

Die Zahlungsmodalitäten bzw. Rechnungsstellung erfolgt in der vorliegenden Projektphase «Konzept» gemeinsam und in der folgenden Projektphase «Realisierung» pro Los Kanton (KNZ) bzw. Stadt (EZ-Stapo) getrennt. Konkret werden alle Lieferanten angewiesen, eine getrennte Rechnungsstellung für KNZ bzw. EZ-Stapo gemäss dem zu verabschiedenden Verteilschlüssel anzuwenden. Der Kanton muss damit keine Vorleistungen zuhanden der Stadt erbringen, umgekehrt



keine Zahlungen der Stadt ohne Mehrwert erfolgen. Bis zur definitiven Verabschiedung des Kostenteilers ist der Kanton indessen bereit, die laufenden Ausgaben vorzufinanzieren; eine Verpflichtung zur Rückerstattung seitens der Stadt, gemäss späterem Kostenteiler, liegt vor.

7.5 Finanzstruktur

Anmerkung: Sämtliches Zahlenmaterial ist einschliesslich MWST ausgewiesen.

Die Finanzstruktur soll wie folgt geregelt werden:

- Projekt «NEZ – Technik und Organisation»:

Insgesamt sind im Aufgaben und Finanzplan SJD 23 Mio. Franken enthalten (Projektphase «Konzept» bis und mit «Einführung»). Davon sind für die Jahre 2019 und 2020 rund 1,5 Mio. Franken für den Beizug externer Fachkräfte enthalten bzw. budgetiert (Projektierungskredit «T150 Ersatz ELIS»). Die Stadt wird sich gemäss dem zu definierenden Verteilschlüssel beteiligen (siehe Abschnitt 7.4) und nimmt für die Jahre 2020 bis 2024 5 Mio. Franken in die Investitionsplanung auf.
- Teilprojekt «Backend RZ»:

Für das Teilprojekt «Backend RZ» sind aktuell keine Mittel eingestellt und werden gemäss Beschluss des Steuerungsausschusses «VZW» über das Vorhaben «T150 Ersatz ELIS» bereitgestellt. Die Stadt wird sich gemäss dem zu definierenden Verteilschlüssel beteiligen (siehe Abschnitt 7.4).
- Teilprojekt «Frontend NEZ»

Das Teilprojekt «Frontend NEZ» ist eine bauliche Übergangslösung von acht bis zehn Jahren der KNZ. Es ist Teil des Technik- bzw. IT-Projekts des SJD. Davon unabhängig steht das Hochbauamt als Baufachorgan für die baulichen Belange in der Pflicht. Der Kreditbedarf bis KRB wird vom HBA auf höchstens 1,7 Mio. Franken geschätzt (Projektierung ohne Realisierung). Die entsprechenden Mittel sollen über das Vorhaben «T150 Ersatz ELIS» bereitgestellt werden.

Die Stadt St.Gallen ist von diesem Teilprojekt «Frontend NEZ» nicht betroffen. Sie trägt demzufolge keine Investitions- und Betriebskosten in diesem Teilprojekt.

Die externen Kosten für den Beizug externer Fachkräfte wurden im Organisationsprojekt «NEZ» zwischen der Stadt und dem Kanton bis zur Vorlage des definitiven Kostenschlüssels hälftig geteilt. Die Verhandlungen über die Teilung der Kosten zwischen Kanton und Stadt sind in der Projektphase «Konzept» aufzunehmen und mit der Projektphasenabnahme abzuschliessen. Es ist grundsätzlich von gebundenen Ausgaben auszugehen, die in das zu bewilligende Realisierungsprojekt bzw. in die betroffenen Teilprojekte «umgebucht» werden sollen.

Es wurde zudem festgehalten, dass verwaltungsinterne personelle Projektaufwände gegenseitig nicht verrechnet werden.

7.6 Projektmarketing und -kommunikation

Für das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» erfolgt die Kommunikation in Abstimmung mit der im Gesamtprojekt «VZW» bzw. «ÜL-NEZ» eingesetzten Arbeitsgruppe Kommunikation. Diese ist insbesondere für eine ausreichende Kommunikation zuständig. Für das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» bzw. der Teilprojekte werden folgende Instrumente für die geordnete Kommunikation vorgesehen:

- Ein fortlaufend geführter Kommunikationsplan. Dieser definiert das Ereignis, den Inhalt, den Kanal, den Verantwortlichen und den Zeitpunkt



- Koordination mit dem Projekt «VZW»
- Projekt-Plattform SharePoint des Kantons St.Gallen als Kollaborations- und Datenaustauschplattform. Sie wird regelmässig mit den wesentlichen Ergebnissen der vergangenen Projektphasen aktualisiert. Offizielle Dokumente werden über die Plattform zur Verfügung gestellt
- Regelmässige Projekt-Newsletters zum Stand des Projekts und den weiteren Schritten erscheinen in einem kontinuierlichen Rhythmus.

Das durch die Gesamtprojektleitung zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess in der Projektkommunikation abschliessend. Dieses wird nach Freigabe des Projektauftrags erstellt und durch den Projektausschuss verabschiedet.

7.7 Change Management

Abweichungen zu den ursprünglichen Anforderungen werden als sogenannte «Changes» dokumentiert, beantragt und beurteilt.

Wesentliche Projektänderungen sind durch den Steuerungs- bzw. Projektausschuss zu genehmigen. Der Projektausschuss regelt die diesbezüglichen Einzelheiten für eine stufengerechte Zuständigkeitsordnung.

Im Grundsatz sind die in den jeweiligen Projektphasen definierten Lieferobjekte massgebend. Ergänzend ist es möglich, dass z.B. aus den zu erstellenden Konzepten während dem Projektverlauf Änderungen, Ergänzungen oder Präzisierungen resultieren, die zu berücksichtigen sind. Alle Abweichungen unterliegen dem ordentlichen Änderungsmanagement-Prozess. Das zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess im Change Management abschliessend.

7.8 Projektauswertung

Das Projekt unterliegt einem laufenden Review durch ein Qualitätsmanagement. Im Rahmen der ordentlichen Projektphasen-Meilensteine werden durch die Projektleitung die erforderlichen Zusammenzüge in Sachen Lieferobjekte und Erfüllung bewertet und dem Projektausschuss angezeigt. Beim Projektabschluss unterliegt das Vorhaben zudem der ordentlichen Gesamtwürdigung inkl. einer Kurzabhandlung der «lessons learned». Das zu erstellende Projekthandbuch regelt den Prozess des Qualitätsmanagements abschliessend.

7.9 Übergang in die Betriebsphase

Für die technischen Teilprojekte unterliegt der Übergang in die Betriebsphase der Projektmethoden Hermes 5.1, Szenario Standardanwendung, Projektphase «Einführung» und wird zu gegebener Zeit erstellt. Die Rollen, Zuständigkeiten und Aufgaben sind in der erwähnten Projektmethode für diese Projektphase abschliessend definiert.

8 Risiken

Die verwaltungsinternen Ressourcen, die für ein Projekt dieser Dimension erforderlich sind, können qualitativ wie quantitativ nicht aufgebracht werden. Das betrifft einerseits das HBA als Bauherr, die Eigentümervertreter und Betreiber und andererseits das SJD bzw. die DSSI und insbesondere die Nutzervertreter, die nebst ihrer alltäglichen Tätigkeit mit der Bearbeitung des Projekts und in diesem Zusammenhang auch mit Organisationsthemen konfrontiert sind. Wird dem Ressourcenaspekt nicht genügend Rechnung getragen, wirkt sich das qualitativ auf das Projekt und



in zeitlicher Hinsicht negativ auf die Terminziele aus. Insbesondere das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» wäre davon existenziell betroffen.

Der zeitgerechte Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentrale auf Ende 2024 ist eine existenzielle Grundbedingung im öffentlichen Interesse. Ohne diesen Ersatz wird die Kapo und Stapo kurz- oder mittelfristig handlungsunfähig und gefährdet damit die Öffentliche Sicherheit. Nebst dem politischen Risiko besteht ein solches auch im Rahmen des Planungs- und Baubewilligungsprozesses (Einsprachen, Bewilligung). Kann der zeitnahe Ersatz der Notruf- und Einsatzleitzentrale nicht in Aussicht gestellt werden, fehlt zum heutigen Zeitpunkt eine Alternative für die Betriebsaufrechterhaltung.

8.1 Ergebnis der initialen Risikoanalyse

Die initiale Risikoanalyse ist der Beilage 2 zu entnehmen.

8.2 Risikomanagement während dem Projekt

Die separate Beilage 2 «Risiken» zeigt nach dem Projektstart die massgebenden Aspekte, die im vorliegenden Projekt zu berücksichtigen sind. Diese wird bis zur Geschäftsvorlage an die Regierung fortgeführt und laufend ergänzt.

Jedes Projektteam-Mitglied ist zudem verantwortlich, die Risiken, die mit seiner Rolle und seinen Kompetenzen zusammenhängen, zu erheben, zu überwachen und Veränderungen sofort der Gesamtprojektleitung oder dem zuständigen Projektleiter anzuzeigen.

Das Risikomanagement wird durch das Riskmanagement durchgeführt und orientiert sich an den Vorgaben des Projektausschusses. Die Risiken werden als Standardtraktandum in Sitzungen geführt, Veränderungen im Risikenumfeld werden laufend nachgeführt.

Die Gesamt-Projektleitung fasst zudem regelmässig die Projektrisiken sowie die implementierten Massnahmen sowie deren Auswirkungen zusammen. Der Risikobericht wird mindestens quartalsweise an die Projektteam-Mitglieder zugestellt.

9 Wirtschaftlichkeit und Finanzen

Mit dem heutigen Planungsstand sind keine Kostenaussagen im Projekt «NEZ – Technik und Organisation» möglich. Dazu fehlen einerseits die konkreten Ergebnisse aus den vorliegenden Teilprojekten sowie den verabschiedeten Standards der Nutzer und des Betreibers bzw. Vermieters. Mit den Ergebnissen aus den folgenden Ausschreibungen (erstes / zweites Semester 2020) bzw. der Projektdefinition (2. Semester 2020) werden die folgenden groben Angaben mittels Antragsstellung an die Regierungen im November 2020 präzisiert.

Um dem Vorhaben, trotz fehlender Projektinformationen, eine ungefähre Kostengrösse zuordnen zu können, wurden anhand des Referenzprojekts «ELIS» entsprechende Kosten hergeleitet. Sie belaufen sich für das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» auf gesamthaft rund 23 Mio. Franken. Eine genauere Kostenklärung ist Gegenstand der Ausschreibungen. Zudem muss der Kostenteiler zwischen Kanton und Stadt verbindlich für das Projekt und den anschliessenden Betrieb vor der Realisierung geregelt sein.

Aufgrund der mutmasslichen finanziellen Tragweite und der Komplexität des Vorhabens «NEZ-Technik und Organisation» soll auf Empfehlung der RELEG geprüft werden, ob allenfalls eine eigenständige Vorlage erarbeitet werden soll, die von einer vorberatenden Kommission und vom



Kantonsrat bzw. Stadtparlament separat zu behandeln ist (anstelle Einbezug in die Budget- oder Rechnungsbotschaft).

In Sachen eines Finanzreferendums wird auf die unterschiedlichen Materien wie folgt verwiesen:

- Da das Projekt «NEZ-Technik und Organisation» soweit ersichtlich und wie ausgeführt insgesamt materiell zusammenhängend ist, sind die Kosten für die Teilprojekte «Frontend NEZ» und «Backend RZ» für den Kanton bzw. die Stadt (exkl. TP «Frontend NEZ») gesamthaft zu betrachten.
- Beim TP «Frontend NEZ» geht es um eine provisorische (Hochbau-)Lösung für die KNZ. Im Grundsatz hat das Bundesgericht entschieden, dass Kosten für Provisoriums-Lösungen als gebunden betrachtet werden können, wenn in Bezug auf die Ausgestaltung des Projekts keine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit besteht. Der generelle Charakter des TP «Frontend NEZ» lässt vermuten, dass eine solche verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit tatsächlich nicht besteht. Allerdings muss dies dann anhand der konkreten Ausgestaltung des Teilprojekts überprüft werden. Im Übrigen legt die jüngere Gerichtspraxis nahe, dass Kosten für Provisorien grundsätzlich als gebundene Ausgaben eingestuft werden können.
- Beim TP «Backend RZ» erscheint es grundsätzlich möglich, von gebundenen Ausgaben auszugehen – jedenfalls dann, wenn sich die Art der anstehenden Ausgaben mit jener im Rahmen des erwähnten Sonderkredits aus dem Jahr 2007 vergleichen lässt. Ob die Argumentation zur Gebundenheit der Kosten im Zusammenhang mit der Beschaffung von ELIS (vgl. Botschaft zum Voranschlag 2007 [33.06.03], S. 134 ff.) auf den vorliegenden Fall übertragen werden kann, ist zu gegebener Zeit vertieft zu prüfen.

Insgesamt kann voraussichtlich davon ausgegangen werden, dass die Kosten für die Realisierung des Projekts «NEZ – Technik und Organisation» als reines Ablöseprojekt des heutigen ELIS gebundene Ausgaben darstellen. Vertiefende Aussagen hierzu sind in die Botschaft an den Kantonsrat und das Stadtparlament aufzunehmen.

10 Support für das Projekt

Nebst der umfassenden Bereitstellung von internen Ressourcen mit den erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten ist der Beizug einer externen Gesamtprojektleitung aus Gründen der aktuellen Kapazitäten und Wissens sowie der Durchsetzbarkeit und Akzeptanz unabdingbar.

Ebenso sollen im Teilprojekt «Backend RZ» Externe beigezogen werden, um zumindest für die fristgerechte Aufbereitung der Pflichtenhefte und ggf. der Ausschreibungsunterlagen zeitgleich bereitstellen zu können. Ohne dieses kann das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» bei den Disponenten-Arbeitsplätzen nicht realisiert werden.

Das Projekt «NEZ – Technik und Organisation» stellt die technischen bzw. organisatorischen Grundlagen für die neuen Notruf- und Einsatzleitzentralen sicher. Die Kantonspolizei verfügt über ausreichende Kapazitäten, dieses Projekt materiell in der erforderlichen Tiefe zu bearbeiten, muss aber auch hier auf externe Unterstützung zählen können. Da es sich zudem über ein organisationsübergreifendes Projekt mit Einbezug externer Stakeholder wie die Stadtpolizei handelt, drängt sich eine aussenstehende Gesamtprojektleitung auf.



11 Auftragserteilung

St.Gallen, **17. Dez. 2019**

Heidi Hanselmann
Regierungspräsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär

St.Gallen, 3. Dezember 2019

Thomas Scheitlin
Stadtpräsident

Dr. Manfred Linke
Stadtschreiber

In Vertretung des federführenden Sicherheits- und Justizdepartementes:

St.Gallen, **11. Dez. 2019**

Dr. Hans-Rudolf Arta
Generalsekretär

In Vertretung der federführenden Direktion Soziales und Sicherheit:

St.Gallen, **03. Dez. 2019**

Sarah Gerteis
Stabschefin



12 Anhang

12.1 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erklärung
A/V/K	Aufgaben, Verantwortung und Kompetenz
BD	Baudepartement
BD-HBA	Baudepartement, Hochbauamt
BIT	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
BORS	Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit
DIP	Dienst für Informatikplanung
DSSI	Direktion Sicherheit und Soziales der Stadt St.Gallen
ELIS	Notruf- und Einsatzleitsystem der Kapo bzw. Stapo
EP	Entlastungsprogramm 2013 des Kantons St.Gallen
ERP	Enterprise Ressource Planning
EZ-Stapo	Notruf- und Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei
FD	Finanzdepartement
FD-DIP	Finanzdepartement, Dienst für Informatikplanung
GOV	Government, (kantonale) Verwaltung
HPI	Harmonisierung der Polizeiinformatik
IDS	Informatikdienste der Stadt St.Gallen
NEZ	Neue Notruf- und Einsatzleitzentrale
Kapo	Kantonspolizei St.Gallen
KNZ	Kantonale Notrufzentrale St.Gallen
RELEG	Abteilung Recht und Legistik des Kantons St.Gallen
RNZ Ost	Notruf- und Einsatzzentrale Ost auf dem «Armstrong-Areal»
RRB	Regierungsbeschluss
RZ-GOV	Rechenzentrum für die IT der kantonalen Verwaltung
RZ-NEZ	Rechenzentrum für die IT der Notruf- und Einsatzleitzentrale
SJD	Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons St.Gallen
Stapo	Stadtpolizei St.Gallen
VWZ	Verwaltungszentrum West

12.2 Beilagenverzeichnis

Beilage 1: Terminplanung bis und mit Kantonsratsbeschluss

Beilage 2 und 3: Ergänzende Unterlagen zum Risikomanagement

Notruf- und Einsatzleitzentralen (NEZ) Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen

Nr.	Vorgangsname	erl.	Dauer	Anfang	Ende	18 H2	2019 H1 H2	2020 H1 H2	2021 H1 H2	2022 H1 H2	2023 H1 H2	2024 H1 H2	2025 H1 H2	2026 H1 H2
1	1 Projekt VZW (separate Vorlage bzw. Planung)	7%	1804 Tage?	Don 23.05.19	Die 21.04.26									
2	1.1 Revision Projektskizze	10...	88 Tage	Don 23.05.19	Mon 23.09.19									
3	1.2 RRB 11/2019 BD PS	80%	41 Tage	Die 08.10.19	Die 03.12.19									
4	1.3 Evaluation Externe	0%	200 Tage	Mit 04.12.19	Die 08.09.20									
5	1.4 Projektdefinition	0%	450 Tage	Mit 09.09.20	Die 31.05.22									
6	1.5 RRB Juni 2022	0%	1 Tag?	Don 30.06.22	Don 30.06.22									
7	1.6 Botschaft	0%	90 Tage	Fre 01.07.22	Don 03.11.22									
8	1.7 RRB November 2022	0%	1 Tag?	Fre 04.11.22	Fre 04.11.22									
9	1.8 Eingabe mit Lesung Kantonsrat	0%	150 Tage	Mon 07.11.22	Fre 02.06.23									
10	1.9 Kantonsratbeschluss Juni 2023	0%	1 Tag?	Mon 05.06.23	Mon 05.06.23									
11	1.10 Vorbereitung Volksabstimmung	0%	120 Tage	Die 06.06.23	Mon 20.11.23									
12	1.11 Volksabstimmung November 2023	0%	1 Tag?	Die 21.11.23	Die 21.11.23									
13	1.12 Evaluation Externe	0%	220 Tage	Mit 22.11.23	Die 24.09.24									
14	1.13 Projektwettbewerb	0%	320 Tage	Mit 25.09.24	Die 16.12.25									
15	1.14 Verträge Realisierung VZW	0%	90 Tage	Mit 17.12.25	Die 21.04.26									
16														
17	2 Projekt ÜL-NEZ (Bezug VZW) => NEZ -Technik und Organisation (Kanton und Stadt)	11%	1349 Tage?	Mit 01.05.19	Mon 01.07.24									
18	2.1 TP "Frontend NEZ"	12%	1326 Tage?	Mon 03.06.19	Mon 01.07.24									
19	2.1.1 Vorlage Projektauftrag TP "Frontend NEZ"	25%	652 Tage?	Mon 03.06.19	Die 30.11.21									
20	2.1.1.1 Projektskizze Mietobjekt TP "Frontend NEZ"	63%	200 Tage	Mon 03.06.19	Fre 06.03.20									
33	2.1.1.2 Projektdefinition TP "Frontend NEZ"	0%	240 Tage	Mit 04.12.19	Die 03.11.20									
34	2.1.1.2.1 Erarbeiten Studien/Konzepte/Kosten für selektierte Objekte	0%	218 Tage	Mit 04.12.19	Fre 02.10.20									
35	2.1.1.2.2 Klären Mietvertragsmodalitäten nach Bedarf	0%	218 Tage	Mit 04.12.19	Fre 02.10.20									
36	2.1.1.2.3 Klären/gfs. Einleiten Sicherungsmassnahmen für Objekt/Objekte	0%	218 Tage	Mit 04.12.19	Fre 02.10.20									
37	2.1.1.2.4 Erarbeiten Vorgehenskonzept für Planung und Realisierung	0%	218 Tage	Mit 04.12.19	Fre 02.10.20									
38	2.1.1.2.5 Erarbeiten Projektorganisation/Ressourcen für Phase Umsetzung	0%	218 Tage	Mit 04.12.19	Fre 02.10.20									
39	2.1.1.2.6 Vorlage Entwurf Projektdefinition/RRB als Teil PA SJD/FD	0%	1 Tag	Mon 21.09.20	Mon 21.09.20									
40	2.1.1.2.7 Mitberichtsverfahren BD-HBA für PS/RRB	0%	16 Tage	Mon 12.10.20	Mon 02.11.20									
41	2.1.1.2.8 Genehmigung Projektdefinition/RRB durch RR	0%	1 Tag	Die 03.11.20	Die 03.11.20									
42	2.1.1.3 Mitwirkung Botschaft	0%	138 Tage	Mit 25.11.20	Fre 04.06.21									
43	2.1.1.4 KR Kommissionsbestellung	0%	3 Tage	Mon 07.06.21	Mit 09.06.21									
44	2.1.1.5 Workshop/Info vorberatende Kommission	0%	1 Tag	Mit 18.08.21	Mit 18.08.21									
45	2.1.1.6 KR 1. Lesung	0%	1 Tag	Mon 20.09.21	Mon 20.09.21									
46	2.1.1.7 KR 2. Lesung (Genehmigung Vorlage)	0%	1 Tag	Mon 29.11.21	Mon 29.11.21									
47	2.1.1.8 Freigabe Realisierung durch KRB	0%	1 Tag?	Die 30.11.21	Die 30.11.21									

Notruf- und Einsatzleitzentralen (NEZ) Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen

Nr.	Vorgangsname	erl.	Dauer	Anfang	Ende	18 H2	2019 H1 H2	2020 H1 H2	2021 H1 H2	2022 H1 H2	2023 H1 H2	2024 H1 H2	2025 H1 H2	2026 H1 H2
48	2.1.2 Planungsprozess TP "Frontend NEZ"	0%	1146 Tage	Mon 10.02.20	Mon 01.07.24									
49	2.1.2.1 Projektvorbereitungen (Organisation, Termine, Gefässe)	0%	90 Tage	Mon 10.02.20	Fre 12.06.20									
50	2.1.2.2 Interner Kickoff Planung	0%	1 Tag	Mon 15.06.20	Mon 15.06.20									
51	2.1.2.3 Evaluation Ausschreiber der Planungsleistung (freihändig)	0%	50 Tage	Mon 15.06.20	Fre 21.08.20									
52	2.1.2.4 Erarbeiten Ausschreibungsunterlagen Planerleistung	0%	70 Tage	Mon 24.08.20	Fre 27.11.20									
53	2.1.2.5 Simap-Ausschreibung Planerleistung	0%	75 Tage	Mon 30.11.20	Fre 12.03.21									
54	2.1.2.6 Vertragsabschluss Planerleistung	0%	1 Tag	Mon 05.04.21	Mon 05.04.21									
55	2.1.2.7 Kickoff mit Planer	0%	1 Tag	Mon 19.04.21	Mon 19.04.21									
56	2.1.2.8 Kickoff für Mieterausbau/ Abstimmung Planer/Nutzer	0%	20 Tage	Die 20.04.21	Mon 17.05.21									
57	2.1.2.9 Vorprojektphase	0%	45 Tage	Mon 19.04.21	Fre 18.06.21									
58	2.1.2.10 Bauprojektphase	0%	180 Tage	Mon 21.06.21	Fre 25.02.22									
59	2.1.2.11 Ausführungsplanung	0%	490 Tage	Mon 16.08.21	Fre 30.06.23									
60	2.1.2.12 Erarbeitung Ausschreibungsunterlagen (1. Abbruch/Baumeister)	0%	460 Tage	Mon 27.09.21	Fre 30.06.23									
61	2.1.2.13 Abstimmung/Vorbesprechung Baubewilligungsbehörde	0%	10 Tage	Mon 15.11.21	Fre 26.11.21									
62	2.1.2.14 Simap-Ausschreibung Abbruch/Baumeister	0%	100 Tage	Mon 29.11.21	Fre 15.04.22									
63	2.1.2.15 Baubewilligungsverfahren	0%	95 Tage	Mon 10.01.22	Fre 20.05.22									
64	2.1.2.16 Vertragsabschluss Abbruch/Baumeister	0%	1 Tag	Fre 13.05.22	Fre 13.05.22									
65	2.1.2.17 Vorlage Baubewilligung (geplant)	0%	1 Tag	Fre 20.05.22	Fre 20.05.22									
66	2.1.2.18 Vorbereitungen zum Baubeginn	0%	80 Tage	Mon 23.05.22	Fre 09.09.22									
67	2.1.2.19 Baubeginn und Realisierung	0%	260 Tage	Mon 12.09.22	Fre 08.09.23									
68	2.1.2.20 Mängelbehebung / Integrale Tests für Bau / Baureinigung	0%	15 Tage	Mon 11.09.23	Fre 29.09.23									
69	2.1.2.21 Bauabschluss und Übergabe an Nutzer	0%	1 Tag	Mon 02.10.23	Mon 02.10.23									
70	2.1.2.22 Mieterausbau NEZ	0%	55 Tage	Die 03.10.23	Mon 18.12.23									
71	2.1.2.23 Mängelbehebung / integrale Tests für NEZ / Baureinigung	0%	15 Tage	Die 09.01.24	Mon 29.01.24									
72	2.1.2.24 Inbetriebnahme / Einführung Bau und NEZ	0%	85 Tage	Die 30.01.24	Mon 27.05.24									
73	2.1.2.25 Bezug	0%	20 Tage	Die 28.05.24	Mon 24.06.24									
74	2.1.2.26 Betriebsstart	0%	1 Tag	Mon 01.07.24	Mon 01.07.24									
75	2.2 TP "Backend RZ" & Projekt "NEZ-Technik und Organisation"	4%	719 Tage	Mit 01.05.19	Mon 31.01.22									
76	2.2.1 Erstellen Pflichtenheft TP "Backend RZ" & Projekt "NEZ-Technik und Organisation"	25%	260 Tage	Mit 01.05.19	Die 28.04.20									
77	2.2.1.1 Projektauftrag	10...	35 Tage	Mit 01.05.19	Die 18.06.19									
78	2.2.1.2 Entscheid SA	10...	0 Tage	Die 18.06.19	Die 18.06.19									
79	2.2.1.3 Erarbeitung 1. Entwurf Pflichtenheft (spätestens ab)	0%	40 Tage	Mit 04.12.19	Die 28.01.20									

Notruf- und Einsatzleitzentralen (NEZ) Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen

Nr.	Vorgangsname	erl.	Dauer	Anfang	Ende	18 H2	2019 H1	2020 H1	2020 H2	2021 H1	2021 H2	2022 H1	2022 H2	2023 H1	2023 H2	2024 H1	2024 H2	2025 H1	2025 H2	2026 H1	2026 H2
80	2.2.1.4 Abgabe 1. Entwurf PH	0%	0 Tage	Die 28.01.20	Die 28.01.20				28.01.20												
81	2.2.1.5 Vernehmlassung mit Review	0%	20 Tage	Mit 29.01.20	Die 25.02.20																
82	2.2.1.6 Erarbeitung 2. Fassung PH	0%	20 Tage	Mit 26.02.20	Die 24.03.20																
83	2.2.1.7 Abgabe 2. Fassung PH	0%	0 Tage	Die 24.03.20	Die 24.03.20				24.03.20												
84	2.2.1.8 Vernehmlassung mit Review	0%	10 Tage	Mit 25.03.20	Die 07.04.20																
85	2.2.1.9 Schlussbereinigung PH	0%	5 Tage	Mit 08.04.20	Die 14.04.20																
86	2.2.1.10 Abgabe Schlussversion PH	0%	0 Tage	Die 14.04.20	Die 14.04.20				14.04.20												
87	2.2.1.11 Vernehmlassung PH	0%	10 Tage	Mit 15.04.20	Die 28.04.20																
88	2.2.1.12 Entscheid Pflichtenheft inkl. Partnerwahl	0%	0 Tage	Die 28.04.20	Die 28.04.20				28.04.20												
89																					
90	2.2.2 Ausschreibung Projekt "NEZ-Technik und Organisation"; ggf. "Backend RZ"	0%	90 Tage	Die 28.04.20	Mit 02.09.20																
91	2.2.2.1 Auftrag zur Erstellung der Ausschreibung	0%	0 Tage	Die 28.04.20	Die 28.04.20				28.04.20												
92	2.2.2.2 Ausschreibung erstellen	0%	50 Tage	Mit 29.04.20	Die 07.07.20																
93	2.2.2.3 Zuschlagskriterien festlegen	0%	5 Tage	Mit 08.07.20	Die 14.07.20																
94	2.2.2.4 Vernehmlassung PA Ausschreibungsunterlage	0%	10 Tage	Mit 08.07.20	Die 21.07.20																
95	2.2.2.5 Entscheid PA Ausschreibung	0%	0 Tage	Die 21.07.20	Die 21.07.20				21.07.20												
96	2.2.2.6 Publikationseingabe SIMAP	0%	1 Tag	Mit 22.07.20	Mit 22.07.20																
97	2.2.2.7 Ausschreibung veröffentlichen	0%	0 Tage	Mit 22.07.20	Mit 22.07.20				22.07.20												
98	2.2.2.8 Fragenbeantwortung	0%	1 Tag	Don 23.07.20	Don 23.07.20																
99	2.2.2.9 Frist mindestens 40 Tage	0%	41,38 fTage	Mit 22.07.20	Mit 02.09.20																
100	2.2.2.10 Abgabe Angebote	0%	0 Tage	Mit 02.09.20	Mit 02.09.20				02.09.20												
101																					
102	2.2.3 Evaluation TP "Backend RZ" & "Ausbau NEZ"	0%	81 Tage	Mit 02.09.20	Mit 23.12.20																
103	2.2.3.1 Bewertungsraster vorschlagen und verteilen	0%	1 Tag	Mit 02.09.20	Mit 02.09.20																
104	2.2.3.2 Bewertung bereinigen und verabschieden	0%	10 Tage	Don 03.09.20	Mit 16.09.20																
105	2.2.3.3 PA-Sitzung (ua Bewertung/Vorselektion)	0%	1 Tag	Don 17.09.20	Don 17.09.20				17.09.20												
106	2.2.3.4 Offertöffnung	0%	1 Tag	Fre 18.09.20	Fre 18.09.20																
107	2.2.3.5 Offertverteilung und Ablage	0%	1 Tag	Mon 21.09.20	Mon 21.09.20																
108	2.2.3.6 Vorselektion durchführen	0%	20 Tage	Die 22.09.20	Mon 19.10.20																
109	2.2.3.7 Vorselektion Lieferanten	0%	1 Tag	Die 20.10.20	Die 20.10.20																
110	2.2.3.8 Lesen und Beurteilen der Offerten	0%	15 Tage	Mit 21.10.20	Die 10.11.20																
111	2.2.3.9 Lieferantenpräsentation	0%	10 Tage	Mit 04.11.20	Die 17.11.20																
112	2.2.3.10 Nachbearbeitung / Offertbereinigung ab	0%	10 Tage	Mit 18.11.20	Die 01.12.20																
113	2.2.3.11 Verabschiedung Lieferant mit Empfehlung	0%	1 Tag	Mit 02.12.20	Mit 02.12.20				02.12.20												
114	2.2.3.12 Abschlussbericht erstellen	0%	10 Tage	Don 03.12.20	Mit 16.12.20																
115	2.2.3.13 Vernehmlassung Abschlussbericht	0%	5 Tage	Don 17.12.20	Mit 23.12.20																
116	2.2.3.14 Entscheid Lieferanten	0%	0 Tage	Mit 23.12.20	Mit 23.12.20				23.12.20												
117																					





















Notruf- und Einsatzleitzentralen (NEZ) Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen

Nr.	Vorgangsname	erl.	Dauer	Anfang	Ende	18 H2	2019 H1 H2	2020 H1 H2	2021 H1 H2	2022 H1 H2	2023 H1 H2	2024 H1 H2	2025 H1 H2	2026 H1 H2
118	2.2.4 Teilprojekte innerhalb Projekt "NEZ-Technik und Organisation"	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
119	2.2.4.1 Teilprojekt Ausbauten	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
127	2.2.4.2 Teilprojekt Elektroplanung	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
135	2.2.4.3 Teilprojekt Telefonie	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
143	2.2.4.4 Teilprojekt Verkehr	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
151	2.2.4.5 Teilprojekt IT	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
159	2.2.4.6 Teilprojekt Funk	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
167	2.2.4.7 Weitere Teilprojekte	0%	38 Tage	Mon 04.01.21	Mit 24.02.21									
175														
176	2.2.5 Projektaufträge erstellen NEZ "Backend RZ" & Projekt "NEZ-Technik und Organisation"	0%	85 Tage	Die 13.08.19	Mon 09.12.19									
177	2.2.5.1 Variante "Abgesetzt"	0%	30 Tage	Die 13.08.19	Mon 23.09.19									
178	2.2.5.2 Projektauftrag Realisierung / Einführung	0%	45 Tage	Die 08.10.19	Mon 09.12.19									
179	2.2.5.2.1 Projektauftrag erarbeiten	0%	10 Tage	Die 24.09.19	Mon 07.10.19									
180	2.2.5.2.2 Projektauftrag vernehmlassen	0%	10 Tage	Die 08.10.19	Mon 21.10.19									
181	2.2.5.2.3 Projektauftrag bereinigen	0%	10 Tage	Die 22.10.19	Mon 04.11.19									
182	2.2.5.2.4 Projektauftrag verabschieden	0%	0 Tage	Mon 04.11.19	Mon 04.11.19									
183	2.2.5.3 Kostenteiler	0%	25 Tage	Die 24.09.19	Mon 28.10.19									
184	2.2.5.3.1 Kostenteiler erarbeiten	0%	10 Tage	Die 24.09.19	Mon 07.10.19									
185	2.2.5.3.2 Kostenteiler vernehmlassen	0%	10 Tage	Die 08.10.19	Mon 21.10.19									
186	2.2.5.3.3 Kostenteiler bereinigen	0%	5 Tage	Die 22.10.19	Mon 28.10.19									
187	2.2.5.3.4 Kostenteiler verabschieden	0%	0 Tage	Mon 28.10.19	Mon 28.10.19									
188	2.2.5.4 RRB / SRB	0%	10 Tage	Die 05.11.19	Mon 18.11.19									
189	2.2.5.4.1 RRB / SRB erarbeiten	0%	5 Tage	Die 05.11.19	Mon 11.11.19									
190	2.2.5.4.2 RRB / SRB vernehmlassen und bereinigen	0%	5 Tage	Die 12.11.19	Mon 18.11.19									
191	2.2.5.4.3 RRB / SRB verabschieden (def. Termin wird noch bestimmt)	0%	0 Tage	Mon 18.11.19	Mon 18.11.19									
192														
193	2.2.6 Botschaft Projekt "NEZ-Technik und Organisation" inkl. Teilprojekte	0%	54 Tage	Die 21.09.21	Fre 03.12.21									
194	2.2.6.1 Mitberichtwirkung	0%	10 Tage	Mit 20.10.21	Die 02.11.21									
195	2.2.6.2 1. Session im 2021 (def. Termin wird noch bestimmt)	0%	3 Tage	Die 21.09.21	Don 23.09.21									
196	2.2.6.3 2. Session im 2021 (def. Termin wird noch bestimmt)	0%	3 Tage	Die 30.11.21	Don 02.12.21									
197	2.2.6.4 Budgetfreigabe nach 2. Session 2021 (def. Termin wird noch bestimmt)	0%	1 Tag	Fre 03.12.21	Fre 03.12.21									
198														
199	2.2.7 Vergabe / Verfügung	0%	41 Tage	Mon 06.12.21	Mon 31.01.22									
200	2.2.7.1 Vergabe / Verfügung (unter Vorbehalt des Kantonsrat-Entscheidung) ab	0%	5 Tage	Mon 06.12.21	Fre 10.12.21									

Notruf- und Einsatzleitzentralen (NEZ) Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen

Nr.	Vorgangsname	erl.	Dauer	Anfang	Ende	18 H2	2019 H1 H2	2020 H1 H2	2021 H1 H2	2022 H1 H2	2023 H1 H2	2024 H1 H2	2025 H1 H2	2026 H1 H2
201	2.2.7.2 Publikation ab	0%	10 fTage	Fre 10.12.21	Mon 20.12.21									
202	2.2.7.3 Vertragsausarbeitung mit Lieferant ab	0%	30 Tage	Die 21.12.21	Mon 31.01.22									
203														
204	2.2.8 Start Realisierung Projekt	0%	0 Tage	Mon 31.01.22	Mon 31.01.22									

Projekt: NEZ-Technik und Organisation
Datum: 02. Okt. 2019

Vorgang		Inaktiver Vorgang		Manueller Sammelvorgang	
Unterbrechung		Inaktiver Meilenstein		Nur Anfang	
Meilenstein		Inaktiver Meilenstein		Nur Ende	
Sammelvorgang		Inaktiver Sammelvorgang		Externe Vorgänge	
Projektsammelvorgang		Manueller Vorgang		Externer Meilenstein	
Externe Vorgänge		Nur Dauer		In Arbeit	
Externer Meilenstein		Manueller Sammelrollup		Stichtag	

Risikobeurteilung Projekt "NEZ-Technik und Organisation"

Gesamtbeurteilungen	Risiko-Level		
	Niedrig	Mittel	Hoch
Gesamt Punkte	3	22	6
Punkteverteiler: Niedrig =1; Mittel =2; Hoch =3	3	44	18
Total Punkte			65
Durchschnitt			2.0968

1 Projektmanagement

Nr.	Risikofaktor	Risikoeinstufung	Risiko-Level (Zutreffendes ankreuzen)		
			Niedrig	Mittel	Hoch
1.1.1	Projektumfang	klar abgegrenzt, keine Unklarheiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.1.2		abgegrenzt, aber noch offene Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.1.3		Abgrenzung noch unklar, viele offene Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.2.1	Projekttermine	Realistisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.2.2		Möglich, jedoch anspruchsvoll	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.2.3		Aggressiv, eher unrealistisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.3.1	Projektkosten (Cashout)	kleiner 0.5 Mio. EUR	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.3.2		0.5 ...2 Mio. EUR	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.3.3		größer 2 Mio. EUR	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1.4.1	Abhängigkeit von anderen Projekten	keine Abhängigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.4.2		geringe Abhängigkeit von einem Projekt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.4.3		starke Abhängigkeit von einem oder mehreren Projekten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.5.1	Personalaufwand (intern)	kleiner 500 Tage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.5.2		500 ... 2000 Tage	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.5.3		größer 2000 Tage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.6.1	Projektdauer	6 Monate oder weniger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.6.2		7 bis 12 Monate	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.6.3		mehr als 12 Monate	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
1.7.1	Max. Projektteamgröße (Kernteam, Hauptbeitragende)	5 Personen oder weniger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.7.2		6 ...12 Personen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.7.3		Mehr als 12 Personen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.8.1	Projektteam - örtliche Verteilung	Nur an einem Ort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1.8.2		1 bis 3 Orte im gleichen Land	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

1.8.3		Mehr als 3 Orte oder länderübergreifend			
1.9.1	Projektleitererfahrung	Mehr als ein Projekt gleicher Grösse erfolgreich durchgeführt	x		
1.9.2		Ein Projekt gleicher Grösse erfolgreich durchgeführt			
1.9.3		keine, oder nur geringe Erfahrung mit kleineren Projekten			
1.10.1	Projektleitereinsatz	Vollzeit bei diesem Projekt			
1.10.2		Mehr als die Hälfte der Zeit für dieses Projekt		x	
1.10.3		Weniger als die Hälfte der Zeit für dieses Projekt			
1.11.1	Klar definierte Projektprozesse (Change Request Managemgt., Risikomgt., Controlling)	klar definiert und rigoros ausgeführt			
1.11.2		teilweise definiert aber effektiv		x	
1.11.3		informell definiert, nur teilweise ausgeführt			
Projektmanagement Gesamt			2	7	2

2 Führungs- und Organisationsrisiken

Nr.	Risikofaktor	Risikoeinstufung	Risiko-Level		
			Niedrig	Mittel	Hoch
2.1.1	Managementsupport	Enthusiastisch			
2.1.2		Unterstützung wahrnehmbar		x	
2.1.3		neutral oder keiner			
2.2.1	Projektpriorität	Hoch			
2.2.2		moderat			
2.2.3		gering			
2.3.1	Kritische Personalressourcen	Bekannt und zugesagt			
2.3.2		alle bekannt und teilweise zugesagt		x	
2.3.3		grosser Teil unbekannt			
2.4.1	Zu koordinierende, am System beteiligte Organisationen	1			
2.4.2		2 bis 4			
2.4.3		mehr als 4			
2.5.1	Vom Projekt direkt betroffene Mitarbeiter	kleiner 5% des Unternehmens			
2.5.2		5% bis 10% des Unternehmens		x	
2.5.3		grösser 10% des Unternehmens			
2.6.1	Kundenkritische Geschäftsprozesse	keine betroffen			
2.6.2		einer gering betroffen			
2.6.3		einer oder mehrere stark betroffen			x
2.7.1	Benutzerumgebung	keine betroffen			
2.7.2		gering betroffen			
2.7.3		signifikant betroffen			
Führungs- und Organisationsrisiken Gesamt			0	5	2

3 Technische Risiken

Nr.	Risikofaktor	Risikoeinstufung	Risiko-Level		
			Niedrig	Mittel	Hoch
3.1.1	Technische Komplexität der Entwicklung	geringer als frühere, erfolgreiche Projekte			
3.1.2		ähnlich wie frühere, erfolgreiche Projekte		x	
3.1.3		unbekannt oder grösser als frühere Projekte			
3.2.1	Eingesetzte Technologien (Hardware, Software)	bereits gut bekannte Technologie	x		
3.2.2		Signifikante Erweiterung existierender Technologien			
3.2.3		Innovation in verschiedenen Bereichen notwendig			
3.3.1	Technisches Wissen	bekannt und vorhanden			
3.3.2		grösstenteils bekannt und vorhanden		x	
3.3.3		zum geringen Teil vorhanden oder unbekannt			
3.4.1	Anforderungen/Spezifikation	vollständig, detailliert definiert			
3.4.2		vollständig, geringe Details unbekannt			
3.4.3		noch unvollständig geringer Detaillierungsgrad			
3.5.1	Technische Schnittstellen zu anderen, grösseren Fremdsystemen notwendig	keine, (stand-alone), gut bekannt			
3.5.2		weniger als 5 und alle zu existierenden Systemen			
3.5.3		Mehr als 5 oder mehr als 1 zu neuen Systemen (Parallelentw.			
Technische Risiken Gesamt			1	4	0

4 Kommerzielle Risiken

Nr.	Risikofaktor	Risikoeinstufung	Risiko-Level		
			Niedrig	Mittel	Hoch
4.1.1	Abhängigkeit von externen Lieferanten/Beratern	gering oder keine (kleiner 20% Projektbudget)			
4.1.2		moderat (20...40% Projektbudget)		x	
4.1.3		grösser 40% des Projektbudgets			
4.2.1	Qualität der Unterlieferanten/Berater	Hoch, mit relevanter Erfahrung (oder kein Unterlieferant verwendet)			
4.2.2		Gut, solide Referenzen von zuverlässigen Ressourcen		x	
4.2.3		zweifelhaft oder unbekannt			
4.3.1	Verträge mit Unterlieferanten	Vertragsbedingungen klar, Vertragsprüfung erstellt			
4.3.2		noch offene, unklare Vertragsbedingungen, Vertragsprüfung erstellt			
4.3.3		noch keine Vertragsprüfung erstellt			
4.4.1	Risikoabwälzung auf Unterlieferanten	Alle Projektrisiken liegen beim Unterlieferanten			
4.4.2		Die Risikoverteilung ist ausgeglichen		x	
4.4.3		Alle Risiken liegen beim Projekt			
4.5.1	Wirtschaftlichkeit/Nutzen	klar definiert oder quantifiziert			
4.5.2		im allgemeinen definiert, jedoch nicht quantifiziert			
4.5.3		nicht definiert oder unklar			
Kommerzielle Risiken Gesamt			0	4	1

5 Umfeldrisiken

Nr.	Risikofaktor	Risikoeinstufung	Risiko-Level		
			Niedrig	Mittel	Hoch
5.1.1	Politik, Recht	Umfeld stabil, keine Änderungen zu erwarten			
5.1.2		Umfeld dynamisch, Änderungen eher unwahrscheinlich			
5.1.3		Umfeld im Umbruch			
5.2.1	Kunden- und Konkurrenzverhalten	bekannt und dokumentiert			
5.2.2		Verhalten teilweise bekannt			
5.2.3		Verhalten unbekannt			
5.3.1	Stakeholderverhalten/Einstellung	bekannt, detaillierte Stakeholderanalysen erstellt			
5.3.2		zum Teil bekannt			
5.3.3		unbekannt			
Umfeldrisiken Gesamt			0	2	1

Komplexitätsbeurteilung für Regierungsprojekte

Version Vorlage 5. September 2017

Kriterium	Bemerkung	Wert 1	Wert 2	Wert 3	Wert 4	Wert
Projektdauer	Bewertung mit aktuellen Planwerten	3-12 Monate	1-2 Jahre	2-4 Jahre	> 4 Jahre	4
Anzahl Projektmitarbeitende	Sämtliche Personen, welche im Projektauftrag namentlich erwähnt und wenigstens einen Tag dem Projekt zur Verfügung stehen. Externe Personen sind zu berücksichtigen.	< 6	6-10	11-20	> 20	4
Bedarf interne Personentage	Bewertung mit aktuellen Planwerten für sämtliche interne Aufwände inkl. Projektausschuss und andere Gremien für die gesamte Projektdauer	1-100 PT	100-500 PT	500-1'000 PT	> 1'000 PT	3
Anzahl projektexterner Personen	Anzahl situativ beigezogener Fachpersonen	0	1-2	2-4	> 4	4
Investitionskosten	kumuliert	< 50'000 CHF	50'000-250'000 CHF	250'000-3 Mio. CHF	> 3 Mio. CHF	4
Betriebs- oder Folgekosten	Kosten für die gesamte Nutzungsdauer (langfristige Perspektive)	< 100'000 CHF	100'000-1 Mio. CHF	1-3 Mio. CHF	> 3 Mio. CHF	3
Anzahl Teilprojekte	Teilprojekte sind ordentliche Projekte, welche wie ein solches geführt werden (inkl. Teilprojektleiter, Projektnr., Statusreporting).	0	2	3-4	> 4	4
Anzahl Abhängigkeiten zu anderen Projekten	Abhängigkeiten sind inhaltliche Verknüpfungen zu anderen Projekten. Im Fokus stehen andere Regierungsprojekte und grosse departementsinterne Projekte.	0	1	2-3	> 3	4
Projektrisiken	Einschätzung gemäss initialer Risikoanalyse	Ausschliesslich Risiken im grünen Bereich	Risiken im gelben Bereich	Max. ein Risiko im roten Bereich	Mehrere Risiken im roten Bereich	3
Aussenwirkung	Anzahl betroffener Personen, Ausmass der politischen Aufmerksamkeit / politische Vorgeschichte (qualitative Einschätzung)	keine	klein	mittel (Behandlung im Kantonsrat)	gross (Volksabstimmung)	4
Total						37

Komplexitätsklassen	
< 15	→ Einfaches Projekt
15-25	→ Teilweise komplexes Projekt
> 25	→ Komplexes Projekt

Komplexitätsklasse: Komplexes Projekt

In Anlehnung an Patzak, G., 2009. In: GPM, Deutsche Gesellschaft für Projektmanagement. & DIP,

